

# AUSDRUCK

Das IMI-Magazin  
Ausgabe August 2009

ISSN 1612-7366

## Inhaltsverzeichnis

### EU-Militarisierung

*Tobias Pflüger*

BVG-Urteil zum Vertrag von Lissabon: Alles unter  
Parlamentsvorbehalt

*Malte Lühmann*

Vernetzte Sicherheit von oben: Zur Rolle der  
Satellitenüberwachung in der EU

*Jürgen Wagner*

EUropas Östliche Partnerschaft: Neoliberales  
Expansionsprojekt mit Energiedimension

*Christoph Marischka*

RABITs: EU-Polizei für den chronischen  
Ausnahmestand?

### Deutschland und die Bundeswehr

*Christoph Marischka*

Die privatwirtschaftliche Basis einer Armee im Einsatz

*Andreas Seifert*

Lesetipp: Krieg als Popkultur: Die neu gestaltete „Y“

*Michael Schulze von Glasfer*

Wehrpflichtigen oder Berufsarmee?

### Neue Kriege

*Christoph Marischka*

Schuss vorn Bug oder Schlag ins Wasser -  
Eskalation am Golf von Aden

### US-Kriegspolitik

*Joachim Guilliard*

Irak: Im Clinch ums Öl

## EU im FOKUS

**Lissabonvertrag**

**Überwachung**

**Expansionspolitik**

**Migrationsabwehr**

**Piratenjagd**



# Editorial:

Um die Arbeit der Informationsstelle Militarisierung auch in Zukunft im bisherigen Umgang aufrechterhalten zu können, sind wir dringend auf neue Unterstützer angewiesen. Aus diesem Grund haben wir nun eine Mitgliederkampagne gestartet. Wir würden uns sehr freuen, wenn möglichst viele unserer Unterstützer uns bei der Suche nach neuen Mitgliedern helfen würden.

Neben der Mitgliederkampagne hat uns in den letzten zwei Monaten unter anderem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon beschäftigt: unser Urteil dazu fällt gemischt aus, wie in diesem AUSDRUCK nachgelesen werden kann. Allerdings hat das BVerfG – wie nicht anders zu erwarten – mit seinem Urteil grundsätzlich den Weg frei gemacht, um

den Vertrag verabschiedet zu bekommen. Die letzte ernste Hürde dürfte deshalb das zweite Referendum in Irland sein, das am 2. Oktober stattfinden soll. Wir bemühen uns derzeit, auf Wunsch der irischen Nein-Kampagne, wichtige Texte ins Englische zu übersetzen und werden wohl auch versuchen, mit ein oder mehreren Personen die Kampagne direkt vor Ort zu unterstützen.

Auch darüber hinaus finden sich in dieser Ausgabe eine Reihe neuer Texte, unter anderem zur expansiven EU-Ost- und Weltraumpolitik, der privatwirtschaftlichen Basis der Bundeswehr, der jüngsten Eskalation im Rahmen der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika sowie den Auseinandersetzungen um die Privatisierung des irakischen Öls. Besonders freuen wir uns über

den Vorabdruck eines Artikels aus unserer neuen Broschüre zur Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. Aufgrund der hohen Nachfrage haben wir uns entschlossen, nicht nur eine zweite Auflage zu machen, sondern eine komplett neue und aktualisierte Broschüre herauszugeben. Wer die Broschüre bestellen möchte, findet alle notwendigen Informationen im entsprechenden Artikel dieser Ausgabe.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und freuen uns wie immer über Anregungen und Rückmeldungen.

Die Redaktion

## Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Christoph Marischka, Die privatwirtschaftliche Basis, gekürzt in: Wissenschaft du Frieden 3/2009, S. 10-14.

Bildnachweise: Titelbild: IMI.; S. 1, Wiki-

pedia, Foto: Evilboy CC; S. 3,5, ESA; S. 21, Ausschnitt aus Y, 6/2009; S. 26, Presseamt der Vereinigten Arabischen Emirate

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:**

Tobias, Pflüger, Jürgen Wagner, Christoph Marischka und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Malte Lühman studiert Politikwissenschaft und ist Beirat der IMI. Michael Schulze von Glaßer ist IMI-Mitglied, freier Journalist und Student der Politikwissenschaft. Joachim Guilliard ist IMI-Mitglied und im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg aktiv.

## Spenden- Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:  
**1662832** bei der Kreissparkasse Tübingen  
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:  
**Informationsstelle Militarisierung e.V.**  
Hechinger Str. 203  
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

# BVG-Urteil zum Vertrag von Lissabon: Alles unter Parlamentsvorbehalt

Aber der Vertrag von Lissabon wurde mit dem Grundgesetz konform gemacht – nun kommt es auf das Referendum in Irland am 2. Oktober an

von Tobias Pflüger

Am 30. Juni hat das Bundesverfassungsgericht in einem spannenden Urteil über die Verfassungswidrigkeit des Lissabon-Vertrages entschieden. Dabei hat es einen Trick angewandt, indem es den Vertrag als solchen als mit dem Grundgesetz konform erklärt hat, aber einen Teil der Begleitgesetzgebung, mit der der Bundestag und der Bundesrat ihren Teil zur Ratifizierung des Vertrages beigetragen haben, wurde für grundgesetzwidrig erklärt: „Das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Ausweitungsgesetz) verstößt insoweit gegen Art. 38 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 GG, als Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages und des Bundesrates nicht in dem erforderlichen Umfang ausgestaltet worden sind.“

Dies bezieht sich auf eine ganze Reihe von Punkten im Vertrag von Lissabon, in denen das Bundesverfassungsgericht nicht hat durchgehen lassen, dass sich Bundestag und Bundesrat selbst entmachten wollten. Ein wesentlicher Punkt ist das Entscheidungsverfahren bei Militäreinsätzen der Europäischen Union.

Im Urteil heißt es: „Der Antrag im Organstreitverfahren zu II. ist zulässig, soweit die Antragstellerin eine Verletzung der Entscheidungsbefugnisse des Deutschen Bundestages über den Einsatz der deutschen Streitkräfte geltend macht (II).“ Und: „Eine ähnlich ausgeprägte Grenze zieht das Grundgesetz für Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr. Der Auslandseinsatz der Streitkräfte ist außer im Verteidigungsfall nur in Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit erlaubt (Art. 24 Abs. 2 GG), wobei der konkrete Einsatz von der Zustimmung des Deutschen Bundestages konstitutiv abhängt. Die Bundeswehr ist ein „Parlamentsheer“, über dessen Einsatz das Repräsentationsorgan des Volkes zu entscheiden hat“.

Der Lissabon Vertrag schafft umfangreich neue militärische Kompetenzen für die EU. Dies bestätigt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil. Der Deutsche Bundestag hatte sich selbst mit der Zustimmung zum Lissabonner Vertrag entmachtet. Dies hat nun das Bundesverfassungsgericht erfreulicherweise korrigiert.

Damit ist klar gestellt: Ausschließlich der Deutsche Bundestag darf über Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheiden. Die bisher im Lissabonner Vertrag und mit dem deutschen Begleitgesetz vorgesehene Aushebelung der Beteiligung des Bundestages bei Militäreinsätzen der EU ist nach diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verfassungswidrig.

Die Frage war unter anderem, wer entscheidet, ob sich die Bundeswehr an einem EU-Militäreinsatz beteiligt. Die Regelung im Vertrag besagt, dass darüber der Rat der EU entscheidet. Die Verfassungsrichter haben nun klargestellt, dass darüber ausschließlich der Bundestag zu entscheiden hat.

So heißt es im Urteil: „Der deutsche Vertreter im Rat wäre in diesem Fall (EU-Ratsentscheidung über einen Militäreinsatz, T.P.) von Verfassungs wegen verpflichtet, jeder Beschlussvorlage die Zustimmung zu verweigern, die den wehrverfassungsrechtlichen Parlamentsvorbehalt des Grundgesetzes verletzen oder umgehen würde.“

Diese Festlegung des Urteils wird an einem Punkt sehr spannend, nämlich bei der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ nach Protokoll 10 des Lissabonner Vertrages. Dort ist von Militäreinsätzen der „EU Battle-Groups“ (EU-Kampfgruppen) innerhalb von fünf bis 30 Tagen die Rede. Diese schnellen Einsätze mit deutscher Beteiligung sind aber durch das Karlsruher Urteil praktisch kaum durchführbar, denn der Bundestag müsste jedes Mal vor einem Ratsbeschluss zur Entsendung der EU Battle-Groups mit deutscher Beteiligung





einberufen werden, um einen Beschluss über den Auslandseinsatz der Soldaten zu fällen.

Das Verfassungsgerichtsurteil ist nun so etwas wie eine parlamentarische Fessel für die Battle-Groups.

Der Bundestag wird mitten in der Sommerpause und im Bundestagswahlkampf in zwei Sondersitzungen am 26. August und am 8. September ein neues Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag verabschieden müssen. Wie die Beteiligung des Bundestages bei schnellen Einsätzen der EU genau vonstatten gehen soll, ist noch offen. In der „Praxis“ – Beispiel Georgien-Krieg im vergangenen Jahr - ist eine Einberufung des Bundestages innerhalb dieser kurzen Frist doch sehr unrealistisch. Es könnte durchaus sein, dass die Funktion der Battle-Groups als schnelle Interventionstruppen dadurch angeknackst oder sogar ausgehebelt wird. Denn auch die Überlegungen, wie sie etwa von Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt angestellt wurden, das Problem per „Dauergenehmigung“, also einem Vorratsbeschluss für Einsätze der EU Battle-Groups aus der Welt zu schaffen, sind mit dem BVG-Urteil nicht vereinbar.

#### **Irland – zweite Runde und weitere Tricks**

Der Lissabonner Vertrag ist damit allerdings in Deutschland nicht verhindert. Deshalb liegt nun alles an Irland, wo am 2. Oktober ein erneutes Referendum zum Vertrag stattfinden wird, nachdem die irische Bevölkerung so renitent war, und zum Vertrag ein klares Nein gesagt hatte.

Auf dem Juni-Gipfel der EU in Brüssel wurde eine „Zusatzprotokoll“ genannte

Erklärung zum Lissaboner Vertrag verabschiedet. Diese Erklärung muss, damit sie gültig wird, in allen EU-Staaten ratifiziert werden. Plan ist, dass die EU-Mitgliedsstaaten diese Erklärung z.B. beim Beitritt von Kroatien mit unterzeichnen und dann in den jeweiligen nationalen Parlamenten beschließen. Es beinhaltet drei Punkte: Steuerpolitik, Abtreibungsrecht und Militärpolitik. Ziel ist, einen Teil derjenigen ruhig zu stellen, die gegen den Lissaboner Vertrag gestimmt haben, um eine Mehrheit beim erneuten Referendum zum Lissabon-Vertrag am 2. Oktober zu erhalten.

Interessant ist vor allem der Punkt „Sicherheit und Verteidigung“. Es wird behauptet, der Vertrag würde die Neutralität Irlands nicht berühren. Das ist falsch: Die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO bleibt ein wesentliches Element des Lissabonner Vertrages. Es gibt eine Reihe von Positivbezügen zur NATO. So heißt es im „Protokoll“ 10: „In der Überzeugung, dass eine maßgeblichere Rolle der Union im Bereich von Sicherheit und Verteidigung im Einklang mit den so genannten Berlin-plus-Vereinbarungen zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses beitragen wird.“ Das ist ein offener Bruch unter anderem der Neutralität Irlands.

Das Zusatzprotokoll wird nichts daran ändern, dass der Lissabonner Vertrag die EU zu einer Militärunion machen würde. Alle Militärelemente des Vertrages bleiben bestehen: Die militärische „Solidaritätsklausel“ (Art. 222), die härter ist als die Solidaritätsklausel der NATO, macht die EU zu einem Militärbündnis und ermöglicht einen Einsatz von Militär im Inneren der EU. Arti-

kel 42 verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung. Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ macht ein militärisches Kerneuropa möglich. Entscheiden dürfen über die so beschlossenen Einsätze dann nur noch diejenigen, die daran teilnehmen. Mit dem „Anschubfonds“ kann der EU-Haushalt erstmals für Militärisches genutzt werden, die bisherigen EU-Verträge verbieten dies. Sowohl die EU Battle-Groups als auch die EU-Rüstungsagentur würden mit dem Lissaboner Vertrag erstmals primärrechtlich verankert und könnten dann erst wieder durch einen neuen EU-Vertrag abgeschafft werden.

Das so genannte Zusatzprotokoll bestätigt, wie richtig unsere Kritik an den militärischen Auswirkungen des Lissaboner Vertrages war und ist. Nun soll also mit Tricksereien der Lissaboner Vertrag doch noch durchgesetzt werden. Die Iren haben klar und deutlich mit „Nein“ gestimmt. Sie sollen jetzt solange abstimmen, bis das Ergebnis der selbst ernannten EU-Elite passt. Die „Zugeständnisse“ im neuen „Zusatzprotokoll“ sind unverbindliche Kosmetik.

Vertreter/innen der progressiven Nein-Kampagne aus Irland haben dazu aufgerufen, das zweite Referendum in Irland zum Lissabon-Vertrag als EU-weite Abstimmung zu verstehen und um Unterstützung von progressiven NEIN-Kräften aus den anderen EU-Ländern geworben. Dem werden wir nachkommen. Wir werden dafür kämpfen, dass auch bei einem zweiten Referendum in Irland das NEIN zu diesem neoliberalen und militaristischen Lissabonner Vertrag obsiegt. Nein heißt Nein!

---

# IMI-Mitglieder-Werbekampagne

Antimilitarismus braucht Unterstützung - IMI braucht mehr Mitglieder!

Um die Basis des Vereins zu stärken, will IMI mehr Mitglieder gewinnen und damit seine Unabhängigkeit wahren und ausbauen. Wie man uns dabei unterstützen kann, erfährt man auf: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



## IMI sieht genauer hin!

# Vernetzte Sicherheit von oben

## Zur Rolle der Satellitenüberwachung in der EU

von Malte Lüthmann

Wenn EU-Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2011 in den Himmel schauen, werden sie wohl wie so oft nur eine trübe Wolken-  
decke zu sehen bekommen. Doch jemand schaut zurück: Jenseits der Wolken und sogar außerhalb der Atmosphäre werden zu diesem Zeitpunkt „Sentinel“ (Wächter) genannte Satelliten, ausgerüstet mit top-modernen Radargeräten und Kameras, ihre Bahnen ziehen. Sie werden dank ihrer technischen Ausstattung in der Lage sein, trotz Wolken und auch bei Nacht, scharfe Bilder von der Erde und ihren Bewohnern zu machen. Europas neue Augen im Weltraum gehören zu „GMES“, einem Kernprojekt des jungen EU-Raumfahrtprogramms, das Satellitenbilder für verschiedene Bereiche der EU-Politik liefern soll. Nicht nur im Namen – GMES steht für „Globale Überwachung für Umwelt und Sicherheit“ – taucht dabei der Begriff „Sicherheit“ auf. Hatte sich die Raumfahrt in Europa in diesem Anwendungsbereich, verglichen mit ihren US-amerikanischen und sowjetisch/russischen Pendanten, in der Vergangenheit eher zurück gehalten, so arbeiten verschiedene Akteure nunmehr mit wachsendem Erfolg an ihrer Militarisierung. Standen bisher wissenschaftliche und (privat-)wirtschaftliche Interessen im Vordergrund, so haben mittlerweile die EU sowie einige Mitgliedsstaaten – allen voran solche mit eigenen Raumfahrtprogrammen und -industrien – ein starkes Interesse entwickelt, den Weltraum für (sicherheits-)politische Zwecke zu nutzen.<sup>1</sup> GMES ist neben Galileo eines der beiden Flaggschiffe der militarisierten EU-Weltraumpolitik. Es soll zukünftig sowohl die Grenzüberwachung als auch die Durchführung von Militär- und Polizeioperationen unterstützen und befindet sich heute kurz vor der Einsatzfähigkeit.

### Räume und Ströme unter Kontrolle

Um die Relevanz von GMES und anderer Initiativen im Kontext der Umorientierung der Weltraumpolitik in Europa richtig einschätzen zu können, ist es allerdings notwendig, sich mit den politischen Prozessen vertraut zu machen, die die umfassende Überwachung aus dem Weltraum

notwendig gemacht haben. Das gesteigerte Interesse der EU an Sicherheitstechnologien kommt nämlich nicht von ungefähr, denn die Union braucht derartige Mittel, um ihre wachsenden Weltmacht-Ansprüche in ihrer Nachbarschaft und im weiteren internationalen Kontext durchzusetzen.<sup>2</sup> Die über wirtschafts- und handelspolitische Themen hinaus reichenden Ambitionen der EU wurden 2003 programmatisch im Grundsatzpapier „Ein Sicheres Europa in einer Besseren Welt“ des EU-Außenbeauftragten Javier Solana dargestellt.<sup>3</sup> Hier wird festgehalten, dass eine Staatengemeinschaft wie die EU, die in außerordentlichem Maße vom globalen Handel und von Rohstoffimporten abhängt und zudem als eigenständiger Akteur die Regeln der aktuellen Weltordnung mitgestalten will, in der Lage sein muss, in sie interessierenden Regionen „Verantwortung zu übernehmen“ – also Kontrolle bzw. Macht auszuüben. Die Union soll über ihre Grenzen hinweg nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf sicherheitspolitischem Terrain aktiv werden, um erstens Räume wie Osteuropa, den Balkan, oder Nord- und Zentralafrika für ihren Zugriff zu sichern und zweitens grenzüberschreitende Ströme von Waren, Rohstoffen und Menschen – die Lebensadern des globalisierten Kapitalismus – zu kontrollieren. Darüber hinaus sollen auf beiden Ebenen vielfältige Bedrohungen, vom Terrorismus bis zur illegalen Einwanderung, abgewehrt werden. Zu diesem Zweck setzt die EU ein vielfältiges Arsenal von Politiken und Strategien ein, das von Beitrittsprozessen z.B. im Fall vieler osteuropäischer Länder, über die verstärkte Einbindung im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik etwa im Fall der nordafrikanischen Staaten bis zu militärischen Interventionen wie im Kosovo oder im Tschad reicht.

### Sicherheit als neuer Leitstern

Die Sicherheit, von der hier die Rede ist, unterscheidet sich deutlich von der Verteidigung, der vormals offiziellen Aufgabe der Sicherheitsorgane. War diese noch eng mit der Grenze als einer zu verteidigenden Linie verbunden, so ist das Konzept „Sicherheit“



in mehrfachem Sinne entgrenzt, sowohl räumlich als auch funktional. Die Aufgabe von Verteidigungs- bzw. Sicherheitspolitik nach dem Ost-West-Konflikt hat sich offensichtlich gewandelt, das wird auch und gerade an der gewandelten Rolle von Territorialgrenzen seit Anfang der 90er Jahre deutlich. Mit dem Wegfall des sowjetischen Gegners, der Ausbreitung von EU und NATO nach Osten und der tendenziellen Öffnung der Grenzen innerhalb der EU durch die Schengen-Abkommen war sowohl die Grenzsicherung, die bisher Aufgabe der Grenzschutzbehörden war, und deren Verteidigung gegen Angriffe von außen durch die Streitkräfte obsolet. Beide Organe wurden in den europäischen Staaten allerdings keineswegs abgeschafft, sondern für ein neues Aufgabenspektrum umgebaut. Im Einklang mit der oben dargelegten strategischen Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsorgane hat eine „Verräumlichung“ der Grenze und gleichzeitig eine räumliche Ausbreitung militärischer Aktivitäten im Rahmen „humanitärer Interventionen“ stattgefunden.

### Die räumliche Ausdehnung von Grenzen und ihre Verteidigung

Der Weg von der Grenzlinie zum Grenzraum ist in Europa eng mit dem Schengen-Prozess verknüpft, bei dem seit Mitte der 80er Jahre eine gemeinsame Außengrenze konstruiert wurde. Klassische Grenzkontrollen wurden aufgegeben, zu Gunsten der Überwachung und selektiven Kontrolle in einem Grenzraum entlang der alten Innengrenzen und vor allem entlang der EU-Außengrenzen bzw. darüber hinaus. Die Einbeziehung von Anrainerstaaten in die Grenzsicherung, die verschärfte Überwachung des Mittelmeeres und die Einrichtung von Auffanglagern in Zusammenarbeit mit lokalen Polizei- und Grenzschutzbehörden in Nordafrika sind Teil der Schaffung eines vorgelagerten Grenzraums, in dem die Immigration in die EU kontrolliert bzw. unterbunden werden soll. Heute ist damit das gesamte Gebiet der Europäischen Union zu einem Grenzraum geworden, in dem MigrantInnen jederzeit Kontrollen unterworfen sein können.<sup>4</sup> Ein anderer

Aspekt der räumlichen Entgrenzung der Aufgaben von Sicherheitsorganen ist ihr Engagement in einer wachsenden Zahl „humanitärer Einsätze“ vom Balkan bis nach Westafrika. Waren europäische Streitkräfte bis Anfang der 90er Jahre primär zur Landesverteidigung bzw. zu konventionellen Kriegshandlungen gegen einen militärisch organisierten Gegner konzipiert, so besteht die Aufgabe moderner europäischer Armeen vor allem in ihrem Einsatz im Ausland bei Interventions- und Besatzungsmissionen. Das Motto der Bundeswehr als „Armee im Einsatz“ steht in diesem Kontext. Immer öfter werden die Militärs dabei von Polizeieinheiten ergänzt, die zum Aufbau von Sicherheitsstrukturen und schwer bewaffneten Gendarmerie-Truppen dienen und dabei als zivile Einsätze bezeichnet und nicht selten über Entwicklungshilfe-Gelder finanziert werden.<sup>5</sup>

Grenzräume, Auslandseinsätze und Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit (Antiterrorgesetze, Luftsicherheitsgesetz, Einsatz der Bundeswehr im Inneren, etc.) stehen in einem neuen räumlichen Kontinuum, in dem „innen“ und „außen“ nicht mehr voneinander zu trennen sind. Dieser Umbau der Verteidigungs- zur Sicherheitsarchitektur wird von offizieller Seite mit der grenzüberschreitenden Qualität der identifizierten Bedrohungen begründet, welche die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufhebe.<sup>6</sup> Polizei, Grenzschutz, Militär, Katastrophenschutz und humanitäre Hilfswerke müssten dem-

nach gemeinsam Bedrohungen durch natürliche und von Menschen gemachte Krisen und Katastrophen begegnen. Neben der räumlichen bringt die Durchsetzung von Sicherheit als neuem politischen Paradigma damit auch eine funktionale Entgrenzung der Sicherheitsarchitektur mit sich, indem zivile und militärische Aufgaben und Strukturen systematisch vermischt werden. Dies wird mit dem Begriff der „vernetzten Sicherheit“ umschrieben. Durch diesen Prozess werden weite Politikfelder, von der Migrationspolitik bis zur Entwicklungszusammenarbeit, auf das Ziel der Herstellung von Sicherheit orientiert – Hand in Hand mit dem Militär.<sup>7</sup> Eigene Logiken, wie die Hilfe für bedrohte Asylsuchende oder die gesellschaftliche Entwicklung des Südens gehen dabei unter.

#### Europäische Sicherheitsorgane und die Rolle der Satellitenüberwachung

Die beiden wichtigsten Schnittstellen der vernetzten Sicherheitsarchitektur auf europäischer Ebene sind die Grenzschutzagentur Frontex und die Strukturen der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik). Beide Institutionen entsprechen voll und ganz dem dargestellten entgrenzten Sicherheitsbegriff, sie decken die Aufgaben räumlich ausgedehnter Überwachung und Kontrolle ab und vermischen dabei in „vorbildlicher“ Weise zivile und militärische Mittel und Kompetenzen. Frontex funktioniert in erster Linie über die Vernetzung nationaler Grenzschutz- und Polizeibehör-

den sowie der (See-)Streitkräfte mit dem gemeinsamen Ziel der lückenlosen Überwachung des europäischen Grenzraumes.<sup>8</sup> Im Rahmen der GASP finden die EU-geführten Auslandseinsätze europäischer Militär- und Polizeikräfte statt.<sup>9</sup> Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben sind die beiden Institutionen auf eine lückenlose und großräumige Überwachungsfähigkeit angewiesen, die von bodengestützten Systemen allein nicht bewältigt werden kann. Allein das Mittelmeer, in dem die sensible Seegrenze zwischen der EU und Nordafrika verläuft, umfasst eine zu überwachende Fläche von 2,5 Millionen km<sup>2</sup> – das siebenfache des deutschen Staatsgebietes. Dazu kommt die Erkundung der ständig wechselnden Einsatzgebiete europäischer Interventionstruppen, für die möglichst schnell und präzise geografische Daten gesammelt werden müssen. Nur mit Radarsystemen und hochauflösenden Kameras ausgerüstete Satelliten können diese Anforderungen befriedigen. Sie werden so zu einem unverzichtbaren Mittel für die neue EU-Sicherheitsarchitektur. Wie stark Satellitenbilder schon heute in Anspruch genommen werden, zeigt die Entwicklung des europäischen Satellitenzentrums (EUSC), in dem Satellitenbilder für die Sicherheitsorgane der EU und ihrer Mitgliedsstaaten aufbereitet werden. In den letzten Jahren hat das Auftragsvolumen insbesondere im Zusammenhang mit EU-Interventionen stark zugenommen, was die große Bedeutung, die der Verfügbarkeit von Satellitenbildern zugerechnet wird,



Messestand von GMES, Foto: Esa



bezeugt.<sup>10</sup> Die Bilder kommen heute direkt von kommerziellen Anbietern und in Einzelfällen von militärischen Überwachungssatelliten der Mitgliedsstaaten. In Zukunft soll das EUSC über das GMES-Programm einen schnellen Zugriff auf alle zivilen Beobachtungssatelliten in der Union erhalten. Zu den Anwendungsbeispielen gehören neben fast allen bisher durchgeführten EU-Einsätzen auch die Überwachung der westafrikanischen Küste, die im Auftrag von Frontex im Jahr 2006 nach potentiellen Flüchtlingsbooten und entsprechenden Werften abgesehen wurde.<sup>11</sup>

### GMES – Deutsche Beiträge auf dem Weg zur Einsatzfähigkeit

Alle drei Institutionen, Frontex, das EUSC und die GASP-Organe, sind in die Ausgestaltung des EU-Satellitenüberwachungsprogramms eingebunden. Konkret werden einzelne Anwendungsmöglichkeiten, wie die Entdeckung von Flüchtlingsbooten im Mittelmeer mit Hilfe von Satellitenaufnahmen, im Rahmen von Teilprojekten erforscht und praktisch umgesetzt. Der Netzwerkcharakter von GMES erlaubt dabei die Durchführung dieser Einzelprojekte an verschiedenen Standorten in der EU. In Deutschland hat das deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit DeMARINE, DeSECURE und DeCOVER drei Projektlinien gestartet, in deren Rahmen deutsche Beiträge zu GMES geliefert werden sollen.<sup>12</sup> Bei den durchgeführten Projekten haben sich zwei regionale Schwerpunkte herausgebildet. Am „Raumfahrtstandort“ Bremen wurde ein GMES-Büro gegründet, um die ansässige Rüstungs- und Raumfahrtindustrie mit Forschungseinrichtungen und Universitäten zusammen zu bringen.<sup>13</sup> Hier wird unter anderem erforscht, wie Satelliten zur Überwachung der europäischen Seegrenze und damit zur Abwehr von Bootsflüchtlingen eingesetzt werden könnten. Am anderen Ende der Republik - in Bayern - gruppieren sich die Aktivitäten um die Einrichtungen des DLR und des Konzerns EADS-Astrium in Oberpfaffenhofen. Auch hier wurde mit BavAIRia e.V. eine von der Landesregierung geförderte Initiative ins Leben gerufen, die Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen aus der Region mit Wissenschaftlern und Politikern zusammenbringt, um Beiträge zu GMES zu liefern.<sup>14</sup> Weitere Projekte werden z.B. in Hamburg durchgeführt. Deutschland ist damit einer der wichtigsten Standorte bei der Entwicklung von GMES, weshalb deutsche Politiker, Wissenschaftler und Unternehmen besondere Verantwortung für die Gestaltung des Programms tragen.

### Dual-use, ziviler Nutzen und die schwierige Kritik an GMES

Bei GMES wird ein konsequenter dual-use-Ansatz verfolgt, indem die EU eine Struktur zur Bereitstellung von Satellitenbildern aufbaut, die sowohl für die zivile Umwelt- und Klimaforschung als auch für Zwecke der vernetzten Sicherheit genutzt werden soll. Das Programm ist demnach nicht ausschließlich auf die Anforderungen der vernetzten Sicherheit zugeschnitten und wird dementsprechend auch nicht mit Geldern aus den Etats für Sicherheit und Verteidigung finanziert. Dadurch können KritikerInnen immer wieder mit der Argumentation konfrontiert werden, GMES sei doch ein ziviles Projekt mit vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten zum Nutzen von Wissenschaft und Gesellschaft. Ohne Zweifel hat das Programm entsprechende Potentiale und wird einige Fortschritte etwa in der Erforschung des Klimawandels ermöglichen. Gleichzeitig wird vor dem Hintergrund der beschriebenen Verräumlichung und Entgrenzung von Sicherheitsaufgaben aber klar, wie wichtig die Fähigkeiten von GMES für die aktuelle EU-Sicherheitsarchitektur sind. Ohne die Möglichkeiten moderner Überwachungssatelliten würden Militärplaner und Grenzschützer vielerorts regelrecht im Dunkeln tappen. Von einem Standpunkt, der grenzenlose Überwachung im Inland bzw. im Grenzraum und „humanitäre Interventionen“ im Ausland gleichermaßen ablehnt, kann die Konsequenz für GMES daher nur lauten, dass es keine Nutzung dieser Infrastruktur im Rahmen der vernetzten Sicherheit geben darf. Es gilt also, dem Ansatz der vernetzten Sicherheit, zivile und militärische Problemlagen ebenso zu integrieren, wie die entsprechenden Strategien zu deren Bewältigung, im Kontext der EU-Weltraumpolitik entgegen zu treten, um eine wirklich zivile - d.h. wissenschaftliche - Nutzung dieser Kapazitäten zu erreichen. Dabei bleibt zu diskutieren, ob eine so umfassende Überwachungsinfrastruktur zu wissenschaftlichen Zwecken überhaupt notwendig ist. Fraglich erscheint insbesondere, ob eine auf beschreibende Risikoanalyse ausgerichtete Forschung die durch sie als „Bedrohungen“ eingestuft Probleme überhaupt adäquat erfassen, geschweige denn lösen kann.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Engels, Dieter (2000): Europäische Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums. In: Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung. Hamburg: VSA-Verlag, S. 36-45.

<sup>2</sup> Slijper, Frank (2008): From Venus to Mars. The European Union's steps towards the militarization of space. Amsterdam: TNI, URL:

<http://www.tni.org/reports/militarism/venustomars.pdf>? (29.06.09).

<sup>3</sup> Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003.

<sup>4</sup> Euskirchen, Markus / Lebuhn, Henrik / Ray, Gene (2009): Wie Illegale gemacht werden. Das neue EU-Grenzregime. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/09, S. 72-80.

<sup>5</sup> Marischka, Christoph (2007): Rüsten für den globalen Bürgerkrieg. Tübingen: IMI (IMI-Studie 2007/08), URL: <http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie-2007-08.pdf> (24.07.09).

<sup>6</sup> Haid, Michael (2007): Heimatschutz: „Die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit ist von gestern“. Tübingen: IMI (IMI-Studie 2007/07), URL: <http://www.imi-online.de/download/MH-Aug07-Heimats.pdf> (24.07.09).

<sup>7</sup> Wagner, Jürgen (2007): Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit. In: Linksfraktion im Bundestag, URL: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmd5/7796242967.pdf> (22.07.09).

<sup>8</sup> Kasperek, Bernd (2008): Frontex: Zur Militarisierung der europäischen Migrationspolitik. Tübingen: IMI (Studien zur Militarisierung Europas 35/2008), URL: <http://www.imi-online.de/download/EU-Studien-35-2008.pdf> (18.07.09).

<sup>9</sup> Hantke, Martin (2006): Institutionalisierte Machtentfaltung. Zur Struktur und Funktionsweise der EU-Außenpolitik. Tübingen: IMI (Studien zur Militarisierung Europas 01/2006), URL: [http://www.imi-online.de/eu-projekt/hantke\\_1\\_2006.pdf](http://www.imi-online.de/eu-projekt/hantke_1_2006.pdf) (24.07.09).

<sup>10</sup> Council of the European Union (2009): EU Satellite Center – A bird's eye view in support of ESDP operations. In: ESDP newsletter Nr 8, S. 22-23, URL: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/CEU-09-001\\_ESDP-8\\_V7\\_BaT.PDF](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/CEU-09-001_ESDP-8_V7_BaT.PDF) (24.07.09).

<sup>11</sup> Westafrika: Council of the European Union (2007): Annual report on the activities of the European Union Satellite Centre 2006. 8435/07. S. 25. URL: [http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/dv/st08435\\_/st08435\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/st08435_/st08435_en.pdf) (22.07.09).

<sup>12</sup> DLR (2009): GMES - Dienste. URL: [http://www.dlr.de/rd/desktopdefault.aspx/tabid-4431/7241\\_read-10906/](http://www.dlr.de/rd/desktopdefault.aspx/tabid-4431/7241_read-10906/) (24.07.09).

<sup>13</sup> Website des GMES Office Bremen (GOB): [www.gmes-bremen.eu](http://www.gmes-bremen.eu)

<sup>14</sup> BavAIRia e.V. und GMES: [http://www.bavaria.org/modul.php?modul\\_id=17&sprache\\_id=1&height=768](http://www.bavaria.org/modul.php?modul_id=17&sprache_id=1&height=768)



# EUropas Östliche Partnerschaft: Neoliberales Expansionsprojekt mit Energiedimension

von Jürgen Wagner

Seit dem 7. Mai 2009 firmiert die expansive Ostpolitik der Europäischen Union unter einem neuen Namen. An diesem Tag wurde die „Europäische Nachbarschaftspolitik: Östliche Partnerschaft“ (ENP-O) offiziell in Leben gerufen. Das Programm, an dem sechs Staaten der ehemaligen Sowjetunion teilnehmen, fügt sich nahtlos in die Expansionsstrategie der Europäischen Union ein. Sie zielt auf die aggressive Erschließung neuer Märkte und die Durchsetzung der neoliberalen Agenda, womit schließlich die Länder im europäischen Großraum peripher in einer gemeinsamen Wirtschaftszone an das EU-Zentrum (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) angebunden werden sollen. Hierdurch will Brüssel dem immer offener artikulierten Anspruch auf eine weltpolitische Führungsrolle ein wirtschaftliches Fundament verschaffen.

Mit der 2004 erfolgten Erweiterungsrunde erfolgte ein erster Vorstoß in das Gebiet des ehemaligen Ostblocks. Parallel dazu wurde jedoch schon die nächste Expansionsphase vorbereitet. Allerdings war hierfür das Instrument der EU-Erweiterung aus verschiedenen Gründen, die weiter unten näher erläutert werden, in dieser Form nicht wiederholbar. Aus diesem Grund soll nun die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zu ähnlichen Ergebnissen führen: „Mit der ENP legt die EU ein Programm vor, das darauf zielt, die peripheren osteuropäischen Länder, aber auch die Mittelmeerstaaten sowie die transkaukasischen Länder sukzessive an den EU-Kern heranzuführen, intensivere Wirtschaftsbeziehungen einzugehen, die Rechts- und Wirtschaftsordnungen der Zielländer an die Regelungen in der EU anzupassen und die sozialen Beziehungen aller Art zu verdichten.“<sup>1</sup>

Während die Europäische Nachbarschaftspolitik auch Staaten der EU-Südflanke umfasst, nehmen an der Östlichen Partnerschaft allein ehemalige Sowjetrepubliken im „Niemandland“ zwischen der Europäischen Union und Russland teil. Das Programm ist damit auch und vor allem eine Kampfansage der EU, den postsowjetischen Raum unter ihre Kontrolle bringen und so endgültig aus Moskaus Einflusszone herausheben zu wollen. Dies wird nicht

zuletzt deshalb als dringend erforderlich erachtet, da einige der ENP-O-Länder eine wichtige Rolle in den europäisch-russischen Auseinandersetzungen um die Verlegung strategisch wichtiger Pipelinerouten spielen. Insbesondere dem Nabucco-Projekt, um das zwischen Brüssel und Moskau mit harten Bandagen gerungen wird, soll die Östliche Partnerschaft zusätzlichen Schub verleihen. Dass sich hierbei zu allem Überfluss seit Neuestem mit RWE auch erstmals ein deutsches Unternehmen an vorderster Front im Great Game um die kaspischen Ressourcen etabliert, dürfte hier zusätzlich Öl ins Feuer gießen.

Die Europäische Union ist somit mitten in einem Prozess, der auf die Schaffung eines imperialen Großraums hinausläuft. Schon heute ist dabei absehbar, dass hiermit auch Anspruch und der Bedarf zunehmen werden, militärisch in der selbst erklärten Interessenssphäre die Aufrechterhaltung der imperialen Ordnung zu gewährleisten.

## Lissabon-Strategie: Neoliberaler Weltmachtanspruch

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er veränderten sich die Rahmenbedingungen für die Europäische Union auf fundamentale Weise. An die Stelle der relativ unverrückbaren Konstellation zu Zeiten der Blockkonfrontation, als man - als Juniorpartner wohlgeachtet - fest an der Seite Washingtons stand, trat eine neue Situation, die sowohl Chancen als auch Risiken in sich barg.

Einerseits bot sich nun die Möglichkeit, aus dem Schatten der USA herauszutreten und immer offensiver eine eigenständige Rolle als Weltmacht für sich zu reklamieren. Andererseits traten vor allem mit China, Indien und Russland (erneut) Länder auf den Plan, die sich zu ernsthaften machtpolitisch-ökonomischen Konkurrenten der Europäischen Union entwickelten. In diesem Zusammenhang wird immer offensichtlicher, dass nicht das gerne proklamierte „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama<sup>2</sup>) - der ultimative Sieg des neoliberalen Ordnungsmodells unter westlicher Vorherrschaft - das prägende Element des frühen 21. Jahrhunderts sein dürfte: „Dem-

gegenüber ist viel eher wirklich neu, dass die Expansion des Westens, die ja mit der Durchsetzung einer globalen kapitalistischen Disziplin kombiniert ist, erneut von profunden und offenen Rivalitäten charakterisiert ist.“<sup>3</sup> Zu diesem Ergebnis gelangen nicht nur zahlreiche politik-wissenschaftliche Veröffentlichungen der jüngsten Zeit, in denen eine „Rückkehr der Geopolitik“ (Robert Kagan<sup>4</sup>), eine „globale Großkonkurrenz“ (Nikolaus Busse<sup>5</sup>) oder ein „Weltkrieg um Wohlstand“ (Gabor Steingart<sup>6</sup>) prognostiziert wird, sondern auch die Chefetagen der Macht. So sagen sowohl die US-Geheimdienste als auch der Bundesnachrichtendienst zunehmende Rivalitäten zwischen den Großmächten voraus.<sup>7</sup>

Um für diese Auseinandersetzungen gewappnet zu sein, verabschiedete die Europäische Union bereits im Jahr 2000 die sog. Lissabon-Strategie. Sie formulierte das ehrgeizige Ziel, bis zum Jahr 2010 zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufzusteigen.<sup>8</sup> Die Lissabon-Strategie ist durchtränkt vom neoliberalen Zeitgeist. Denn die maximal mögliche Entfesselung der Marktkräfte und die Schleifung der sozialen Sicherungssysteme werden dort zum einzig Erfolg versprechenden wirtschaftlichen Ordnungsmodell emporgehoben. Ihre Kernelemente fasste der damalige britische Premierminister Tony Blair folgendermaßen zusammen: „[Die Lissabon-Strategie steht] für eine Veränderung der europäischen Wirtschaftspolitik: Weg von der sozialen Regulierungspolitik aus den 1980er Jahren - hin zu einem Geist von Innovation, Unternehmertum, Wettbewerbsfähigkeit und natürlich Arbeitsplätzen.“<sup>9</sup>

Es kam, was auf solch einer Grundlage kommen musste: Im EU-Inland folgte ein radikaler neoliberaler Umbau - in Deutschland etwa in Form von Agenda 2010 und Hartz IV -, während parallel dazu ein beispielloses Expansionsprojekt in die Wege geleitet wurde. Vorrangiges Interesse ist dabei die Erschließung neuer Märkte zu vorteilhaften Bedingungen, wofür gerade die EU-Osterweiterung ein Paradebeispiel darstellte.

## Die periphere Anbindung Osteuropas

Schon früh nach dem Untergang der Sowjetunion hatte sich ein Konsens herausgebildet, acht mittel- und osteuropäischen Staaten (plus Malta und Zypern) - nach Erfüllung bestimmter Kriterien wohlgeachtet - in die Europäische Union aufzunehmen, wofür die Beitrittsverhandlungen im Jahr 1997 offiziell aufgenommen wurden. Als Ergebnis der Entscheidung des Ratsgipfels von Kopenhagen im Dezember 2002 traten schließlich am 1. Mai 2004



zehn neue Staaten der Union bei. Am ersten Januar 2007 folgten mit Rumänien und Bulgarien zwei weitere, sodass die EU mittlerweile auf 27 Länder angewachsen ist. Aus Sicht der EU-Kommission konnte mit der Osterweiterung der eigene Machtbereich substanziell vergrößert werden, wie aus einer ihrer Mitteilungen hervorgeht: „Am 1. Mai 2004 tritt die Europäische Union in eine neue, historische Phase ein. Mit 25 Mitgliedstaaten, einer Bevölkerung von mehr als 450 Millionen und einem BIP von fast 10 000 Mrd. Euro wird sich das politische, geografische und wirtschaftliche Gewicht der erweiterten Union auf dem europäischen Kontinent grundlegend erhöhen.“<sup>10</sup>

Entgegen den gebetsmühlenartigen Wiederholungen handelte es sich bei der Osterweiterung jedoch keineswegs um ein karitatives Projekt. Denn um sich für den EU-Beitritt zu qualifizieren, mussten sich die osteuropäischen Staaten zuvor derart „reformieren“, dass sie auch auf Dauer keine Gefahr für die kerneuropäischen Wirtschaftsinteressen darstellen werden. Das Mittel hierfür war die - unverhandelbare - Forderung, ein „ebenes Spielfeld“ (level-playing field) herzustellen. Die eigene Wirtschaft wurde damit auf gleicher Augenhöhe und ohne jegliche Schutzmaßnahmen der übermächtigen Konkurrenz der kerneuropäischen Konzerne ausgeliefert. Mit anderen Worten, die Europäische Union ist der Auffassung, ein Wettrennen zwischen einem Ferrari und einem VW Käfer sei deshalb fair, weil sie auf derselben Straße fahren.

Die Auswirkungen der im Rahmen des Beitrittsprozesses verordneten „Schocktherapie“ waren ebenso absehbar wie dramatisch: „Ökonomische Stabilisierungsprogramme und marktwirtschaftliche Reformen, so schmerzhaft sie auch waren, wurden von den westlichen Finanzinstitutionen als Vorbedingung für irgendeine finanzielle oder technische Hilfe abverlangt. Diese Reformen waren ebenso erforderlich, um sich für eine EU-Mitgliedschaft zu qualifizieren. [...] Ein dramatischer Anstieg der Armut und ein präzedenzloser Anstieg sozialer Differenzierung folgten.“<sup>11</sup> Exemplarisch lässt sich Polen als Beispiel anführen: „Das Land gilt als Musterschüler unter den Staaten, die 2004 in die Europäische Union aufgenommen wurden. Die östlichen Nachbarn sind auf dem Weg, westeuropäisches Wohlstandsniveau zu erreichen. So steht es in wirtschaftlichen Analysen. Trotzdem haben die meisten Bürger keinen Grund zum Feiern, denn fast drei Fünftel der Bevölkerung leben heute ‚an oder unterhalb der Armutsgrenze‘, wie das polnische Amt für Statistik GUS (Warschau) offiziell bestätigt. Der Anteil der ‚extrem Armen‘ stieg im letzten Jahrzehnt von 5 auf 12 Prozent.“<sup>12</sup>

Kaum besser – und in Fällen wie Ungarn sogar noch schlechter – sieht es in den anderen neuen Mitgliedsländern aus, die im Zuge der Finanzkrise in erhebliche finanzielle Schieflagen geraten sind. Diese Situation machte sich die Europäische Union zunutze, indem sie an die Vergabe von Unterstützungskrediten umfangreiche Bedingungen koppelte: „Mit anderen

Worten: Die finanzpolitischen Daumenschrauben werden angezogen. Die EU bestimmt demnach mit der Gewährung ‚finanziellen Beistands‘ direkt bei der Formulierung der Haushaltspolitik von in Not geratenen Mitgliedsstaaten mit. Bisher bestehende nationale Souveränitätsrechte werden auf diese Weise ausgehebelt. Die Europäische Kommission nimmt sich dabei Rechte heraus, wie sie bisher nur der Internationale Weltwährungsfonds (IWF) besitzt.“<sup>13</sup>

Da die Europäische Union, wie im folgenden Kapitel erläutert wird, noch vor dem Beitritt der osteuropäischen Staaten mittels zahlreicher Anpassungen die Macht- und Einflussmöglichkeiten der neuen Mitglieder drastisch beschränkte, stellte das EU-Zentrum hierdurch sicher, dass sie auch dauerhaft kaum über die ihnen zugeordnete Rolle als „verlängerte Werkbank“, als Billigproduzenten mit Niedrigsteuerniveau hinauskommen werden.

Doch damit war das Ende der Expansionspläne noch lange nicht erreicht, im Gegenteil: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte.“<sup>14</sup> Eine erneute Erweiterungsrunde erwies sich hierfür jedoch als untauglich.

### Das Dilemma der EU-Expansionsstrategie

Bereits hinsichtlich der EU-Osterweiterung standen die Kerneuropa-Staaten vor



Infokarte der Eastern Partnership, Foto: Europäische Kommission



Innerhalb der Generaldirektion für Außenbeziehungen der Kommission (GD RELEX), ist der eine stellvertretende Generaldirektor, Hugues MINGARELLI, für die Beziehungen mit Osteuropa, dem Südkaukasus, Zentralasien, dem Nahen Osten und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten sowie für die Entwicklung und Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik verantwortlich. Foto: Europäische Kommission.

dem Problem, wie gewährleistet werden konnte, dass ihnen die zahlreichen neuen Mitgliedsstaaten künftig nicht allzu sehr ins Handwerk pfuschen können. Man müsse die „Handlungsfähigkeit“ bewahren, so der fadenscheinige Vorwand für den Versuch, die Macht- und Einflussmöglichkeiten innerhalb der Europäischen Union hin zu den mächtigen Staaten zu verschieben.

In diesem Zusammenhang gelang es bereits mit dem Vertrag von Nizza aus dem Jahr 2000 die Stimmverteilung im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, für die kleinen EU-Länder auf ein – aus kerneuropäischer Sicht – adäquates Maß zurechtzustutzen. Allerdings kamen damals mittelgroße Länder wie Spanien noch vergleichsweise gut weg. Dieser „Mangel“ sollte anschließend mit dem EU-Verfassungsvertrag behoben werden, der ursprünglich ja noch vor dem Beitritt der zehn neuen Mitglieder verabschiedet werden sollte. Denn die im EU-Verfassungsvertrag – und in seinem Nachfolger, dem Vertrag von Lissabon – verankerte „doppelte Mehrheit“ würde bei in Kraft treten des neuen Regelwerkes zu einer massiven Verschiebung der Machtverhältnisse im Rat hin zu den großen EU-Staaten führen (Deutschlands Stimmanteil würde sich von derzeit 8,4% auf 16,73% nahezu verdoppeln<sup>15</sup>). Vor diesem Hintergrund wird der massive Widerstand Polens

(und anfangs auch Spaniens) verständlich, die die Hauptverlierer der neuen Machtverteilung sein werden. Gerade Polen konnte nur durch scharfe Drohungen zur Zustimmung bewegt werden.<sup>16</sup>

Würde die EU-Expansionsstrategie nun aber nach dem bisherigen Muster über eine neuerliche Erweiterung fortgesetzt, würde sich die Machtbalance unweigerlich wieder zu Ungunsten der kerneuropäischen Staaten verschieben. Da dies logischerweise nicht in ihrem Interesse liegt, gleichzeitig aber auch eine erneute Veränderung der Stimmverteilung – der Vertrag von Lissabon ist ja noch nicht einmal verabschiedet – nahezu ausgeschlossen ist, ist eine erneute Erweiterung derzeit erst einmal vom Tisch. Dies ist der Grund für die derzeitigen Warnungen, mit einer neuerlichen Erweiterungsrunde würde die „Absorptionsfähigkeit“ der Europäischen Union überstrapaziert.<sup>17</sup> Folgerichtig plädiert mittlerweile Kanzlerin Angela Merkel für eine „Konsolidierungsphase, in der die Konsolidierung der Werte und Institutionen der Europäischen Union Priorität gegenüber einer nächsten Erweiterungsrunde haben sollten.“<sup>18</sup>

Hierin besteht das Dilemma der EU-Expansionsambitionen: einerseits ist eine neuerliche Anpassung des Institutionengefüges zugunsten der Kerneuropäer in der EU-27 extrem unwahrscheinlich; andererseits will man sich die machtpolitischen

Vorteile einer Expansion in den Nachbarschaftsraum nicht entgehen lassen: „Eine Reihe von Berichten der Europäischen Kommission und Analysen von EU-Wissenschaftlern argumentieren, dass eine fortgesetzte Erweiterung notwendig ist, will die EU ökonomisch und politisch in der Lage sein, mit anderen globalen Akteuren zu konkurrieren.“<sup>19</sup> Vor diesem Hintergrund beschrieb der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Wissmann das Problem der Kerneuropa-Staaten folgendermaßen: „Notwendig ist ein Konzept, das einerseits die unbestreitbaren Erfolge der europäischen Erweiterungspolitik weiter ermöglicht, zugleich aber eine Überforderung der Europäischen Union vermeidet.“<sup>20</sup> Um dieses Dilemma zu lösen, wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik ins Leben gerufen, denn sie verfolgt das Ziel einer „Expansion ohne Erweiterung.“<sup>21</sup>

### Expansion ohne Erweiterung: Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Bereits im November 2002 wurden die Arbeiten an einem neuen Expansionskonzept aufgenommen, das schließlich in Form des „Wider-Europe-Papiers“ der EU-Kommission im März 2003 veröffentlicht wurde. Es steckte erstmals den Rahmen dessen ab, was ein Jahr später in die Europäische Nachbarschaftspolitik umbenannt wurde.<sup>22</sup> Aus oben genannten Gründen ist man nicht bereit, den 16 teilnehmenden Staaten an der Süd- und Ostflanke der EU<sup>23</sup> eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen. Im Wider-Europe-Papier heißt es hierzu: „Ziel der neuen Nachbarschaftspolitik ist es daher, einen Rahmen für die Entwicklung neuer Beziehungen abzugeben, der eine Aussicht auf Mitgliedschaft oder eine Rolle in den Organen der Union mittelfristig nicht einschließt.“<sup>24</sup>

Auch die ENP zielt auf einen umfassenden neoliberalen Umbau ab: „Die entscheidenden Voraussetzungen für verstärkte wirtschaftliche Integration mit ENP-Partnern sind maßgeschneiderte weit reichende und umfassende Freihandelsabkommen, zu denen auch Maßnahmen zum Abbau nichttariflicher Handelshemmnisse durch Herbeiführung der Konvergenz im Regulierungsbereich gehören. Ein Freihandelsabkommen der genannten Art müsste im Wesentlichen den gesamten Waren- und Dienstleistungshandel zwischen der EG und den ENP-Partnern und rigorose rechtsverbindliche Bestimmungen zur Umsetzung der den Handel und die Wirtschaft betreffenden Regulierung umfassen.“<sup>25</sup> Deutlicher könnte die Vorgabe an die ENP-Länder kaum ausfallen, sich in das neoliberale Korsett zu zwängen.<sup>26</sup>

Erreicht werden soll dies abermals durch die Implementierung des EU-Regelwerkes (*acquis communautaire*) und die Herstellung des bereits bekannten „ebenen Spielfelds“ (*level-playing field*): „Der Besitzstand der EU, mit dem ein gemeinsamer Markt auf der Grundlage der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs errichtet wurde, auf dem Wettbewerb unter *gleichen Bedingungen* auf der Grundlage gemeinsamer Normen und unter Einbeziehung des Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutzes gewährleistet ist, könnte den Ländern, die institutionelle und wirtschaftliche Reformen durchführen, als Vorbild dienen.“<sup>27</sup> Insgesamt folgt die ENP exakt der Route der Osterweiterung: „Die Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind Abkömmlinge der EU-Osterweiterungspolitik. Was einst die Beitrittskriterien waren, sind nun die ‚gemeinsamen Werte‘. Obwohl den Nachbarstaaten ein Beitritt nicht in Aussicht gestellt wird [...], unterliegen die ENP-Staaten de facto einer Konditionalität. Problematisch ist auch, dass die ENP einen Wettstreit zwischen den Nachbarstaaten der EU um die beste und schnellste Anpassung an den gemeinsamen Besitzstand der EU fördert und regionale Kooperation schwächt.“<sup>28</sup>

Hiermit wird auf die Schaffung einer „Europäischen Wirtschaftzone“ abgezielt, in die die ENP-Staaten zwar eng integriert werden sollen, ohne jedoch ein Mitspracherecht auf deren konkrete Ausgestaltung zu erhalten.<sup>29</sup> Die Bedingungen für die „Partnerschaft“ werden ausschließlich vom EU-Zentrum diktiert, da „die Zielländer der ENP zwar auf die Regeln des *acquis communautaire* der EU verpflichtet werden, ihnen das Recht auf (wenn auch beschränkte) demokratische Mitbestimmung [aber] abgesprochen wird.“<sup>30</sup> Diese imperiale Einbahnstraße wird sich auch mit der nun begonnenen „Östlichen Partnerschaft“ nicht ändern, im Gegenteil.

### **Östliche Partnerschaft: Maßgeschneidertes Expansionsprojekt**

Die am 7. Mai 2009 offiziell ins Leben gerufene „Östliche Dimension“ der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde bereits während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 auf die Agenda gesetzt.<sup>31</sup> In Teilen wollte Berlin damit ein Gegengewicht zu den mittlerweile umgesetzten französischen Plänen einer Mittelmeerunion schaffen.<sup>32</sup> An der ENP-O nehmen die sechs ehemaligen sowjetischen Gliedstaaten Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine teil,

faktisch also alles, was sich zwischen den EU-Außengrenzen und Russland befindet. Perspektivisch denkt man sogar über eine Einbeziehung zentralasiatischer Länder nach, was tiefe Einblicke gibt, was alles in Brüssel noch als Nachbarschaftsraum verstanden wird. Vorgesehen sind 2-jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie jährliche Frühjahrestreffen der Außenminister.

Grundlage der Östlichen Partnerschaft ist eine Mitteilung der EU-Kommission vom Dezember 2008, die im folgenden März vom Europäischen Rat angenommen wurde. Dort heißt es, man wolle den ENP-O-Staaten „mit vollen Kräften dabei helfen, sich der EU anzunähern.“<sup>33</sup> Hierfür beabsichtige man eine „konkrete Unterstützung für die demokratischen und marktorientierten Reformen dieser Länder.“<sup>34</sup> Schon heute hat die Europäische Union Russland als wichtigsten Handelspartner der ENP-O-Länder (bis auf Weißrussland) abgelöst und sie weist mit allen (außer dem Erdöl exportierenden Aserbaidschan) Handelsbilanzüberschüsse auf.<sup>35</sup> Dieser Trend soll durch umfassende Freihandelsabkommen noch weiter verstärkt werden. In der Kommissionsmitteilung heißt es dazu: „Ziel der Assoziierungsabkommen ist es ferner, zwischen der EU und jedem einzelnen der Partnerländer eine **weitreichende und umfassende Freihandelszone zu schaffen**. Die Freihandelszonen werden allerdings erst nach dem WTO-Beitritt dieser Länder errichtet. Sie werden für praktisch den gesamten Handel gelten, einschließlich des Energiesektors, und auf eine möglichst weitgehende Liberalisierung abzielen.“<sup>36</sup> Um diese Ziele zu unterstützen, wurde beschlossen, die bereits im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik bereitgestellten 250 Millionen Euro um 350 Millionen im Zeitraum bis 2013 aufzustocken.

Die publizistische Begleitmusik am Rande des Gründungstreffens ließ keine Zweifel an den Absichten der ENP-O aufkommen: „Europa streckt die Hand nach Osten aus“, so ein Feature des Deutschlandradios.<sup>37</sup> Noch deutlicher wurde die *Financial Times* Deutschland. Dort war unter dem Titel, „Und es geht doch um Einflusszonen“, folgendes zu lesen: „Natürlich weitet die EU auf diese Weise ihre ‚Einflusszone‘ aus, auch wenn Brüsseler Diplomaten um diesen Begriff am liebsten einen großen Bogen machen. Es liegt im ureigenen Interesse der Gemeinschaft, an ihren Rändern Nachbarn mit ähnlichen Werten und Normen zu haben. Demokratien sehen nicht nur netter aus. Sie sind auf lange Sicht die verlässlicheren Vertragspartner, von ihnen geht weniger militärische Gefahr aus, und sie sind attrak-

tiver für Investoren. Wer das Wort Einflusszone vermeidet, der tut dies vor allem, um Russland nicht zu verärgern. Es wäre jedoch völlig falsch, wenn sich die EU von Moskau vorschreiben ließe, welche Art von Beziehungen sie mit ihren Anrainerstaaten pflegt.“<sup>38</sup> Und in der Tat, Moskau hat die Botschaft verstanden, denn dort wird die ENP-O – zu Recht – als offene Kampfansage betrachtet.

### **EU und Russland: Kampf um den postsowjetischen Raum**

Schon die erfolgreichen „bunten“ Revolutionen in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisistan (2005), in denen es jeweils unter expliziter Befürwortung der Europäischen Union gelang, pro-russische durch pro-westliche Machthaber zu ersetzen, betrachtete Russland als offene und feindselige Einmischung der EU in seiner unmittelbaren Nachbarschaft.<sup>39</sup> Nachdem die jüngsten Umsturzversuche vor allem in Weißrussland (2006) scheiterten, sieht Moskau in der Östlichen Partnerschaft den Versuch, eine EU-Anbindung nun in eleganterer Form durch die Hintertür zu erreichen.

In den Augen des European Council on Foreign Relations ist Osteuropa ein zentraler Schauplatz sich verschärfender Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Europäischen Union: „Die neue Herausforderung durch Russland ist größer als die Drohung Energielieferungen abzuwehren oder in den Vereinten Nationen zu blockieren. Es präsentiert sich als ideologische Alternative zur EU. [Es hat sich] ein Wettkampf zwischen der Europäischen Union und Russland entwickelt, welche politischen Regeln die Nachbarschaft bestimmen sollen. [Deshalb] fordern wir, dass sich die EU darauf konzentriert diese [Nachbarschafts]Länder zu ermutigen, europäische Normen und Regulierungen zu übernehmen und sie so in das europäische Projekt zu integrieren.“<sup>40</sup>

Tatsächlich ist die anti-russische Stoßrichtung der ENP-O schwer zu übersehen. Dies fängt bei den unverblühten Hinweisen der EU-Kommissionsmitteilung an, der von Georgien im Sommer 2008 begonnene Krieg mit Russland sei der eigentliche Anlass gewesen, die ENP-O nun rasch voranzutreiben.<sup>41</sup> Das hiervon ausgehende Signal war eindeutig. Auch die der Bundesregierung zurarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik kommt zu dem Schluss, durch die offene Verknüpfung von Georgienkrieg und ENP-O „entstand sogar der Eindruck, als sei die Initiative gegen Russland gerichtet.“<sup>42</sup>

Genau so wird das Projekt in Russland



auch wahrgenommen. So beklagte sich der russische Außenminister Sergej Lawrow: „Wir werden beschuldigt, über Einflusssphären zu verfügen. Aber was ist die Östliche Partnerschaft anderes als ein Versuch, die europäische Einflusssphäre auszudehnen?“<sup>43</sup> Besonders verärgert war man, dass Brüssel rasch dazu überging, die ENP-O als Druckmittel gegen den engen Verbündeten Weißrussland einzusetzen, die Unabhängigkeit der georgischen Teilrepubliken Süd-Ossetien und Abchasien nicht anzuerkennen: „Es ist uns nicht entgangen, dass die potenziellen Teilnehmer der ‚Östlichen Partnerschaft‘ bisweilen vor eine künstliche Wahl gestellt werden: Entweder ihr seid auf Seiten der EU oder auf Seiten Russlands“, so der russische Außenamtssprecher Andrej Nesterenko. „So ist das bei Weißrussland vollkommen der Fall. In Moskau hat man den Druck auf Weißrusslands innen- und außenpolitischen Kurs sehr wohl registriert.“<sup>44</sup> Besonders pikiert dürfte Moskau vor allem auch wegen der offen energiepolitisch-geostrategischen Komponenten der Östlichen Partnerschaft sein.

### Die Energiedimension der Östlichen Partnerschaft

Im Kontext der immer schärfer werden den russisch-europäischen Auseinandersetzungen unternimmt Moskau in den letzten Jahren in einer energiepolitischen Großoffensive den Versuch, immer größere Teile der EU-Gasversorgung sowie der Zuleitungen unter seine Kontrolle zu bringen. Hierfür wird den Transitländern unter anderem mit einer Unterbrechung der Gasversorgung gedroht, sollten sie sich weigern, ihr Pipelinesystem an Russland zu überschreiben.

In diesem Zusammenhang kommt vor allem der Ukraine eine immense Bedeutung zu, da durch sie gegenwärtig der Großteil des für Westeuropa bestimmten russischen und kaspischen Gases geleitet wird. In einem Artikel mit dem Titel, „Östliche Partnerschaft – ein ambitioniertes Projekt für die europäische Außenpolitik im 21. Jahrhundert“, rückte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner die ENP-O explizit in den Kontext der russisch-ukrainischen Gaskriege: „Als Russland der Ukraine die Gasversorgung im Januar [2009] abschnitt, hatten europäische Haushalte darunter zu leiden. Die EU sah ihre Lebensqualität nicht nur als Resultat ihrer eigenen Energieversorgung direkt beeinträchtigt, sondern auch von der politischen und kommerziellen Umgebung in ihrer östlichen Nachbarschaft.“<sup>45</sup>

Um solche Maßnahmen Moskaus zu konterkarieren – man sollte hier jedoch



Seit Juli 2009 Nabucco Lobbyist im Dienste von RWE und OMV: Ex-Außenminister Joschka Fischer, Foto: Europäische Kommission 2009.

nicht vergessen, dass Kiew permanent seine Rechnungen nicht begleicht – und damit auch die pro-westlichen Kräfte im Land zu stärken, übernahm die EU und nicht Russland wie bislang üblich gewesen wäre schon im März 2009 die Erneuerung des ukrainischen Röhrensystems. Dies soll nun auch explizit im Rahmen der ENP-O ein Schwerpunkt sein, wie aus der Kommissionsmitteilung hervorgeht: „Die Modernisierung des ukrainischen Erdgas- und Erdöltransportnetzes stellt eine Priorität dar.“<sup>46</sup>

Außerdem wird im Kommissionsdokument viel sagend auf den Bau neuer Pipelinerrouten Bezug genommen: „Die Energieversorgungssicherheit der EU und der Partner erfordert eine hohe Diversifizierung der Energieversorgungsquellen und der Transportstrecken.“<sup>47</sup> Dies ist ein kaum versteckter Hinweis, dass die ENP-O auch und vor allem der Förderung von Projekten dienen soll, die das bestehende russische Transportmonopol für kaukasisches (und zentralasiatisches) Gas nach Westeuropa brechen sollen. Zentral ist hier das Nabucco-Projekt, eine 8 Mrd. Euro teure Pipeline, die ab 2013 Gas von Aserbaidschan über Georgien und die Türkei transportieren soll. Lediglich einen Tag nach ihrer ENP-O-Gründung unterzeichneten u.a. die beiden Teilnehmer Georgien und Aserbaidschan in Prag eine gemeinsame Erklärung mit der Europäischen Union, in der unter dem bezeichnenden Titel, „Südlicher Korridor“, der Bau der Nabucco-Pipeline im Grundsatz beschlossen wurde.

Doch hier ist das letzte Wort nicht gesprochen. Denn schon länger versucht Russland

das Projekt nach Kräften – und immer wieder mit einigem Erfolg<sup>48</sup> – zu torpedieren. Denn von den 31. Mrd. Kubikmeter Gas, die notwendig sind, um Nabucco wirtschaftlich betreiben zu können, stehen bislang nur ein Bruchteil zur Verfügung. Von den ohnehin wenigen Optionen galt Aserbaidschan lange als sichere Bank – bis Mitte 2009 jedenfalls: „Eine regelrechte Hiobsbotschaft erreichte am 29. Juni die Europäer. Der russische Monopolist Gasprom wird einer an diesem Tag in Baku geschlossenen Absichtserklärung zufolge ab dem nächsten Jahr 500 Millionen Kubikmeter Erdgas – die sich auf bis zu 1,5 Milliarden erhöhen können – aus dem aserbaidjanischen Gasfeld Shah Deniz im Kaspischen Meer jährlich aufkaufen. Auf gerade diese Erdgasquelle haben die Europäer ihre Hoffnungen gesetzt. In der ersten Ausbaustufe des Projekts müssen mindestens zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas durch Nabucco jährlich fließen, um das Projekt rentabel zu halten. Nun könnte Aserbaidschan ersten Schätzungen zufolge höchstens 4,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr liefern.“<sup>49</sup> Schon für die erste Ausbaustufe steht derzeit demzufolge nicht genug Gas zur Verfügung, geschweige denn für das Endstadium von 31. Mrd. Kubikmeter. Gelingt es demzufolge nicht, Nabucco zusätzliche Gasvorkommen zu sichern, dürfte sich das Projekt, allen Absichtserklärungen zum Trotz, erledigt haben.

### Vorstoß nach Zentralasien

Aufgrund der Tatsache, dass die kaukasischen Vorkommen ohnehin nicht ausreichen, um die Nabucco-Pipeline zu befüllen, ist das Projekt zwingend – zumindest solange iranischen Gas ausscheidet – auf die kasachischen und vor allem die turkmenischen Vorkommen in Zentralasien angewiesen. In diesem Zusammenhang sollte man aufhorchen, wenn sich nunmehr erstmalig ein deutsches Energieunternehmen als wichtiger Spieler im „Great Game“ um die kaspischen Ressourcen hervortut. Denn im April 2009 sicherte sich RWE, einer der Betreiber des Nabucco-Konsortiums, als erster westlicher Konzern in einem Abkommen die Rechte zur Ausbeutung von Gasvorkommen im turkmenischen Sektor des Kaspischen Meeres. Geschätztes Gesamtvolumen: sechs Billionen Kubikmeter.<sup>50</sup>

An der Tragweite dieses Abkommens besteht keinerlei Zweifel: „Dieser Schritt ist möglicherweise ein Durchbruch für den westlichen Zugang zu den turkmenischen Gasreserven und für den von der EU geplanten Südlichen Korridor – einschließlich dem Nabucco-Projekt –, der über

Aserbaidschan und Georgien nach Europa verläuft.<sup>51</sup> Allerdings müsste hierfür zuerst eine Verbindung zwischen den zentralasiatischen Reserven und der auf der anderen Seite des kaspischen Meeres beginnenden Nabucco-Pipeline hergestellt werden. Genau hierfür gründete RWE bereits Ende 2008 zusammen mit der österreichischen OMV die „Caspian Energy Company“, die laut einer RWE-Pressemitteilung folgenden Zweck verfolgt: „Die Nabucco-Anteilseigner OMV und RWE gründen die ‚Caspian Energy Company‘: die Gesellschaft untersucht die Transport-Möglichkeiten für Pipelinegas vom östlichen Ufer des Kaspischen Meeres Richtung Europa. Abhängig von den Ergebnissen, wird die CEC die Entwicklung und den Bau eines Gas-Transportsystems quer durch das Kaspische Meer anstoßen. Das Gas könnte zum einen in die bereits vorhandene Süd-Kaukasus-Gaspipeline oder andere, neue Pipelines eingespeist werden und weiter Richtung Türkei und die Nabucco-Gaspipeline – das Rückgrat des ‚Southern Gas Corridors‘ – transportiert werden.“<sup>52</sup> Auch die Abschlusserklärung des Prager Treffens vom 8. Mai betont, für die Etablierung eines „Südlichen Korridors“ sei es notwendig, „direkte Verbindungen zwischen beiden Seiten des kaspischen Meeres zu errichten.“<sup>53</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Ausweitung der ENP-O auf Zentralasien überaus attraktiv. Sie wird sogar in der Kommissionsmitteilung direkt ins Auge gefasst: „Die Energieversorgungssicherheit der EU [...] kann erreicht werden, wenn Drittländer, beispielsweise zentralasiatische Länder, enger einbezogen werden. Daher sollte die Östliche Partnerschaft weiter zur Förderung des Baku-Prozesses beitragen, der zu einer echten Energiepartnerschaft führen sollte. Dabei müssen die zentralasiatischen Länder als Hauptenergieproduzenten uneingeschränkt an diesem Prozess teilnehmen können, ferner sollte der südliche Korridor, einschließlich des transkaspischen Korridors, ausgebaut werden.“<sup>54</sup> Auch ein Bericht für die Politikplanungsabteilung des Auswärtigen Amtes plädiert vehement für eine Ausweitung der ENP-O nach Zentralasien.<sup>55</sup>

### **Policing the Neighbourhood**

Auf die Risiken und Nebenwirkungen einer derartigen energiepolitisch-wirtschaftlich vorangetriebenen Expansion weist die EU-Kommission nachdrücklich hin: „Die Instabilität im Südkaukasus kann auch ein Risiko für die Energieversorgungssicherheit der Region selbst darstellen.“<sup>56</sup> Der kaum zu übersehende Subtext solcher Aussagen ist, dass für eine militärische Absicherung

der EU-Interessen im europäischen Großraum im Rahmen der ENP-O Sorge getragen werden sollte. Anders jedenfalls lässt sich folgende Passage der Kommissionsmitteilung kaum interpretieren: „Ziel der Östlichen Partnerschaft ist es, die Energieversorgungssicherheit der EU und der Partner, d. h. eine langfristige Sicherung der Energieversorgung und des Energietransports, zu gewährleisten. [Dazu gehört der] Abschluss von **Vereinbarungen** über Energiefragen mit **Moldawien, Georgien und Armenien**, die als zusätzliche, flexible Instrumente dienen. Sie sollten Maßnahmen zur Unterstützung und Überwachung der Sicherheit der Energieversorgung und des Energietransports – einschließlich der Sicherheit der Energieinfrastrukturen – enthalten.“<sup>57</sup>

So scheint sich die Europäische Union Schritt für Schritt als sicherheitspolitischer Akteur in der kaspischen Region in Russlands unmittelbarer Nachbarschaft in Stellung zu bringen. Ein „Durchbruch“ hierfür stellte bereits der Georgienkrieg dar, in dessen Folge die erste größere Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in dieser Region gestartet wurde: „Die Wahrnehmung der EU im südlichen Kaukasus veränderte sich grundsätzlich seit dem Sommer 2008, als Präsident Sarkozy ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Russland und Georgien vermittelte und die Europäische Union wurde physisch in Form der EU Monitoring Mission (EUMM) sichtbar. Die EU tauchte damit als neuer strategischer Akteur in der Region auf, auf gleicher Augenhöhe mit Russland und den Vereinigten Staaten.“<sup>58</sup>

Eine zunehmend auch militärisch unterfütterte Präsenz in der Region soll künftig wohl die Regel werden – heftige Konflikte mit Russland sind damit vorprogrammiert. Zudem sollen die ehemaligen Sowjetstaaten im Rahmen der ENP-O nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärisch an die EU herangeführt werden, wie die EU-Kommissionsmitteilung verdeutlicht: „Diese neuen Abkommen werden starke politische Bindungen entstehen lassen. [...] Darüber hinaus werden sie die Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fördern (ESVP).“<sup>59</sup> Konkret werden etwa bereits Überlegungen zur Bildung einer EU-Kampfgruppe (Battlegroups) unter Beteiligung der Ukraine angestellt.<sup>60</sup> Der „Wert“ einer solchen militärischen Involvierung liegt auf der Hand: „Diejenigen Länder, die ökonomisch und sicherheitspolitisch in hohem Maße von

der EU abhängig sind, unterstützen auch grosso modo die Werte und Normen der EU“, so die Stiftung Wissenschaft und Politik.<sup>61</sup>

### **Eurosphere: Die Nachbarschaft als imperialer Großraum**

Ein kontinuierlicher Expansionsdrang, ein starkes Zentrum-Peripherie-Gefälle und die Bereitschaft, die Aufrechterhaltung der Ordnung nötigenfalls militärisch zu gewährleisten sind die drei wesentlichsten Merkmale von Imperien. Betrachtet man unter diesem Blickwinkel die EU-Osterweiterung sowie die Europäischen Nachbarschaftspolitik genauer, so zeigt sich leider, dass diese Charakterisierung für die Europäische Union nur allzu zutreffend ist. Selbst EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn gibt an, er sehe in der Europäischen Union ein „gutmütiges Imperium“<sup>62</sup> und auch Kommissionschef José Manuel Barroso sieht in der EU mittlerweile „eine Art Imperium.“<sup>63</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich hier natürlich zwangsläufig die Frage nach den Grenzen des Imperiums. Für Alan Posener, Kommentarchef der Welt, sind mit den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik die „denkbaren Mitglieder des Imperiums genannt“<sup>64</sup> Doch andere sind noch weitaus ambitionierter. James Rogers, der für eine offensive geopolitisch-interessensfixierte EU-Militärpolitik eintritt und dessen Studien inzwischen in schöner Regelmäßigkeit als Grundlage für Debatten im Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Ausschuss der EU dienen, hat folgende Vision: „Was wir brauchen, ist nichts anderes als einen Europäischen Commonwealth. [...] Er würde den europäischen geopolitischen Einfluss auf Afrika und Südamerika ausdehnen. [...] Aber wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass dieser Commonwealth nicht dasselbe wie eine EU-Erweiterung ist; Länder würden nicht die Aufnahme in die Union gewinnen, sondern ihnen würde Hilfe im Austausch für die Übernahme der europäischen Werte und ökonomischen Standards gewährt.“<sup>65</sup>

Ganz konkret umreißt Mark Leonard, Chef des European Council on Foreign Relations, der kürzlich als die einflussreichste neu gegründete Denkfabrik der letzten Jahre gekürt wurde<sup>66</sup>, den von ihm als Eurosphere bezeichneten Geltungsbereich des EU-Imperiums: „Die EU ist von einem Gürtel von 70 Staaten umgeben – Heimat von 20% der Weltbevölkerung – die extrem von der EU abhängig sind. Diese 1.3 Mrd. Menschen leben im europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion, dem Mittleren Osten sowie Nord- und Sub-Sahara-Afrika.

Die EU ist deren wichtigste Handels-, Kredit-, Investitions- und Entwicklungshilfequelle. Die EU hat diese Abhängigkeit dazu genutzt, institutionelle Verknüpfungen mit diesen Ländern zu schaffen, um sie unter den legalen und politischen Schirm der EU zu bringen. [...] Die EU muss sorgfältig darüber nachdenken, wie diese Partnerschaften gestärkt werden können – womöglich, indem eine stärkere Nachbarschaftspolitik mit ‚umfassenden Freihandelsvereinbarungen‘, eine europäische Energiegemeinschaft und Sicherheitspartnerschaften entwickelt werden – um sicherzustellen, dass ihre ‚transformative Macht‘ einen Einfluss auf Länder hat, die niemals der EU beitreten werden.“<sup>67</sup>

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Brand, Martin: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: UTOPIE kreativ, H. 217 (November 2008), S. 997-1006, S. 1001.  
<sup>2</sup> Fukuyama, Francis: The End of History?, in: The National Interest, Summer 1989.  
<sup>3</sup> Pijl, Kees van der: Globale Rivalitäten und Aussichten auf Veränderung, in: Arrighi, Giovanni u.a.: Kapitalismus Reloaded, Hamburg 2007, S. 33-52, S. 33.  
<sup>4</sup> Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008.  
<sup>5</sup> Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009, S. 10.  
<sup>6</sup> Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand: Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden, München 2008.  
<sup>7</sup> National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008; Rinke, Andreas: Metamorphose der Geopolitik, in: Internationale Politik, Juni 2009.  
<sup>8</sup> „Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.“ Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäische Rat (Lissabon) 23. und 24. März 2000, S. 2. Hervorhebungen im Original.  
<sup>9</sup> Brand 2008, S. 1000.  
<sup>10</sup> Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 11.3.2003, KOM(2003) 104 endgültig (weiter zitiert als Wider-Europa 2003), URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03\\_104\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf) (17.03.2008), S. 3.  
<sup>11</sup> Zielonka, Jan: Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union, New York 2006, S. 30f.  
<sup>12</sup> Nurh, Achim: Die Verlierer des polnischen Wirtschaftsbooms, WDR/DLF/RB/SR/SWR 2008), URL: <http://tinyurl.com/dhtke5> (03.03.2009).  
<sup>13</sup> Wehr, Andreas: Am EU-Gängelband, Junge Welt, 29.04.2009.  
<sup>14</sup> Vobruba, Georg: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der

Dynamik Europas, in: Osteuropa 2-3/2007.

<sup>15</sup> Die anderen Gewinner wären, wenn auch bei weitem nicht in dem Umfang wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien.  
<sup>16</sup> Wehr, Andreas: Wer regiert Europa?, in: Z, Juni 2004.  
<sup>17</sup> Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela: Die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU. Nötiger Zwischenschritt oder Ende der Erweiterung? SWP-Studie, Dezember 2007, S. 10.  
<sup>18</sup> Five years after ‚big bang‘, EU hesitates over new members, 26.04.2009, URL: <http://www.mysinchew.com/node/23665> (31.07.2009).  
<sup>19</sup> Yesilanda u.a. 2006, S. 620.  
<sup>20</sup> Matthias Wissmann: Neue Strategien für die Erweiterung der EU – Das Modell der gestuften Mitgliedschaft, URL: <http://www.matthias-wissmann.de/index.php?page=449> (18.03.2008)  
<sup>21</sup> Vobruba 2007.  
<sup>22</sup> Europäische Nachbarschaftspolitik: Strategiepapier, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 12.5.2004, KOM(2004) 373 endgültig.  
<sup>23</sup> Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine.  
<sup>24</sup> Wider-Europa 2003, S. 5.  
<sup>25</sup> Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 05/12/07 KOM(2007) 774 endgültig, S. 4f.  
<sup>26</sup> Vgl. Dodini, Michaela/Fantini, Marco: The EU Neighbourhood Policy: Implications for Economic Growth and Stability, in: JCMS, Nr. 3/2006, S. 507–532, S. 514.  
<sup>27</sup> Wider-Europa 2003, S. 10. Hervorhebung JW.  
<sup>28</sup> Tulmets, Elsa: Alter Wein in neuen Programmen: Von der Osterweiterung zur ENP, in: Osteuropa, Jg. 57, 2-3/2007, S. 105-116, S. 105.  
<sup>29</sup> Kelley 2006, S. 37.  
<sup>30</sup> Brand 2008, S. 1000.  
<sup>31</sup> Bolzen, Stefanie/Schiltz, Christoph: Drahtseilakt mit dem Osten, Die Welt, 07.05.2009.  
<sup>32</sup> Schäffer, Sebastian/Tolksdorf, Dominik: The Eastern Partnership – “ENP plus” for Europe’s Eastern neighbors, CAPerspectives 4/2009, S. 1.  
<sup>33</sup> Mitteilung der Kommission: Östliche Partnerschaft, KOM 823, 03.12.2008 (zit. als KOM 2008), S. 2.  
<sup>34</sup> Ebd., S. 3.  
<sup>35</sup> Popescu, Nicu/Wilson, Andrew: The Limits of Enlargement-Lite: European and Russian Power in the Troubled Neighbourhood, ECFR Policy Report, June 2009.  
<sup>36</sup> KOM 2008, S. 5. Hervorhebung im Original.  
<sup>37</sup> Hoffmann, Clemens: Gebremste Euphorie, Deutschlandfunk, 04.05.2009.  
<sup>38</sup> Kreimeier, Nils: Und es geht doch um Einflusszonen, Financial Times Deutschland, 06.05.2009. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold jubiliert: „Auf die Angleichung von Rechtsvorschriften und eine abgestimmte Grenz- und Zollverwaltung warten unsere Unternehmen seit Jahren.“ Russland fühlt sich von „EU-Ostpolitik“ provoziert, Die Welt, 07.05.2009.

<sup>39</sup> Dass sich viele der Kooperationspartner nicht gerade als lupenreine Demokraten erwiesen haben, hat der weiteren Unterstützung durch die EU bislang kaum einen Abbruch getan.  
<sup>40</sup> Leonard, Mark/Popescu, Nico: A Power Audit of EU-Russia Relations, ECFR Policy Report, November 2007, S. 1ff.  
<sup>41</sup> KOM 2008, S. 2.  
<sup>42</sup> Stewart, Susan: Russland und die östliche Partnerschaft, SWP-Aktuell, April 2009, S. 1.  
<sup>43</sup> EU expanding its ‚sphere of influence‘, Russia says, EUobserver, 21.03.2009.  
<sup>44</sup> Baag, Robert: „Ich bin ein Diktator? Schön, bin ich eben ein Diktator!“, Deutschlandradio, 05.05.2009.  
<sup>45</sup> Ferrero-Waldner, Benita: Eastern Partnership - an ambitious project for 21st century European foreign policy, 20.02.2009, URL: <http://tinyurl.com/m2j6ry> (31.07.2009).  
<sup>46</sup> KOM 2008, S. 10.  
<sup>47</sup> Ebd., S. 15.  
<sup>48</sup> Wagner, Jürgen: Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco, in: AUSDRUCK (Februar 2009).  
<sup>49</sup> Konicz, Tomasz: Zukunft ungewiß, Junge Welt, 15.07.2009.  
<sup>50</sup> Ebd.  
<sup>51</sup> Socor, Vladimir: Germans in groundbreaking Turkmen deal, Asia Times, 23.04.2009.  
<sup>52</sup> RWE und OMV gründen „Caspian Energy Company Ltd.“, RWE-Presseinformation, 22.12.2008, URL: <http://tinyurl.com/mm663q> (31.07.2009).  
<sup>53</sup> Prague Summit Southern Corridor, 08.05.2009, URL: <http://tinyurl.com/mpq78t> (31.07.2009).  
<sup>54</sup> KOM 2008, S. 15. Hervorhebung im Original.  
<sup>55</sup> Synergies vs. Spheres of Influence in the Pan-European Space, Centre for European Policy Studies, 07.04.2009, S. 21f.  
<sup>56</sup> KOM 2008, S. 15.  
<sup>57</sup> Ebd., S. 9f. Hervorhebung im Original.  
<sup>58</sup> Kempe, Iris u.a.: Eastern Partnership and the Caucasus, Paper Prepared for the Eastern Partnership: Towards Civil Society Forum May 5-6, 2009, Prague, S. 2.  
<sup>59</sup> KOM 2008, S. 4.  
<sup>60</sup> EU’s Eastern Partnership: Additional Possibilities for European Integration of Ukraine, Kiev 2009, S. 59; Lang, Kai-Olaf: eine Partnerschaft für den Osten, SWP-Aktuell, Juli 2008, S. 4.  
<sup>61</sup> Bendiek, Annegret: Wie effektiv ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?, SWP-Studie, September 2008, S. 31.  
<sup>62</sup> Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007, S. 9.  
<sup>63</sup> „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.  
<sup>64</sup> Posener 2007, S. 100.  
<sup>65</sup> Rogers, James: Towards a „Greater Europe“?, 05.03.2008, URL: <http://tinyurl.com/m2qghq> (18.03.2008).  
<sup>66</sup> Foreign Policy, January/February 2009, S. 84.  
<sup>67</sup> Leonard, Mark: Divided world: The struggle for primacy in 2020, Centre for European Reform, Januar 2007, S. 37.



# RABITs: EU-Polizei für den chronischen Ausnahmezustand?

von Christoph Marischka

## Eine neue Staatsgewalt?

Frontex ist keine EU-Polizeieinheit, Frontex ist auch keine europäische Küstenwache. Frontex koordiniert aber mittlerweile die Küstenwachen der südlichen EU-Staaten und ist eine Agentur, die sich mit der Frage beschäftigt, wie man dem Ziel, europäische Sicherheitskräfte mit polizeilichen Befugnissen zu schaffen, näher kommen kann. Obwohl die europäische Integration in vielen Bereichen mit großer Geschwindigkeit voranschreitet, scheint dieses Ziel aber noch in weiter Ferne zu liegen. Eigene Polizeikräfte der EU setzen voraus, dass die EU selbst zu einer Art Staat wird. Um sie zu kontrollieren, sind ein europäisches Ordnungsrecht und eine Strafprozessordnung notwendig, die über den nationalen Rechtsordnungen stehen und um sie zu legitimieren, ein Staatsvolk, das sich stärker mit der EU, als mit deren Mitgliedstaaten identifiziert. Denn der Rechtsstaat setzt zumindest als theoretische Annahme voraus, dass sich die Bürger der Staatsgewalt unterwerfen, sie als höchste Gewalt anerkennen. Alles andere ist Tyrannei und Bürgerkrieg. Eine Einführung solcher Polizeikräfte ohne die notwendige Kontrolle und Legitimation käme einer Okkupation gleich. Doch das ist nicht der Hauptgrund, warum viele Mitgliedstaaten Widerstand gegen diese leisten. Diese Staaten selbst würden damit immens an Bedeutung verlieren, wenn sie die Kompetenz abgeben würden, zu entscheiden, wer wann wie rechtmäßige Gewalt anwenden darf. Dass es gerade eine „autonome Agentur europäischen Rechts“ wie Frontex sein soll, die bestimmt, wer Waffen tragen darf und wann diese eingesetzt werden dürfen, mag auch die ganz praktischen Befürchtungen erhöhen, den Überblick zu verlieren, wer da im eigenen Land mit welchen Befugnissen welche Staatsgewalt ausübt.

Die Verordnung des Rates (Nr. 863/2007), mit der die „Schnellen Eingreifkräfte für den Grenzschutz“ (Rapid Border Intervention Teams, RABITs) rechtlich begründet wurden, kann als Schritt hin zu einer solchen Okkupation begriffen werden. Wie der oberste Justiziar von Frontex, Sakari Vuorensoja, gegenüber dem britischen Oberhaus angab, würde diese Verordnung „direkt wirken“ und nationales Gesetz „binden und ersetzen“. „Diese Verordnung

legt fest, dass Mitglieder der RABITs sowie Gastbeamte in den normalen gemeinsamen Operationen auf der Basis dieses Teils des Gemeinschaftsrechts exekutive Befugnisse haben, alle exekutiven Befugnisse, die nötig sind, um den so genannten Schengen-Grenzkodex zu erfüllen ... Das ist eine wichtige Entwicklung im Gemeinschaftsrecht, dass wir zum ersten Mal eine Verordnung haben, die festlegt, dass ausländische Beamte gewisse Befugnisse in einem anderen Land haben.“ Diese Befugnisse umfassen das Recht, Menschen anzuhalten, zu kontrollieren, sie unter Umständen zu verhören und Zwang auszuüben, Waffen zu tragen und diese unter bestimmten Umständen einzusetzen, denn: „Waffen spielen leider eine Rolle beim Grenzschutz.“<sup>1</sup> Zuvor hatten die Beamten diese Befugnisse offiziell nicht gehabt, d.h., die Betroffenen hätten sich einer Kontrolle oder Identitätsfeststellung durch Grenzpolizisten aus Drittstaaten verweigern können, bis Beamte des Einsatzlandes auf der Grundlage des nationalen Rechts entsprechende Forderungen an sie richten - sofern sie über die Rechtslage informiert gewesen wären.

Das Europäische Gemeinschaftsrecht setzt sich zusammen aus den Verträgen zu den Europäischen Gemeinschaften und der EU (Primärrecht) sowie den von der EU ergangenen Rechtsakten, wie eben Verordnungen (Sekundärrecht). Die Verordnung über die Einrichtung der RABITs und

die erweiterten Befugnisse der Beamten bei gemeinsamen Operationen wurde per „Mitentscheidungsverfahren“ verabschiedet. Sie basiert auf einem Vorschlag der Kommission, der vom Rat der Innen- und Justizminister überarbeitet und anschließend dem zuständigen Ausschuss des europäischen Parlaments vorgelegt wurde. Dieser verfasste daraufhin einen Bericht mit Änderungsvorschlägen, der mit 42 zu 4 Stimmen angenommen wurde. Durch Zustimmung des Rates zu einem Text, der diese Änderungen teilweise berücksichtigte und dessen Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union wurde diese Verordnung rechtskräftig Teil des Gemeinschaftsrechtes mit „Durchgriffswirkung“. Mit diesem alltäglichen Akt europäischer Verwaltung wurde sozusagen eine neue Staatsgewalt geboren.

## Nationale Renitenz

Bereits der Vorschlag der Kommission<sup>2</sup> machte in seiner Begründung für das Gesetzesvorhaben keinen Hehl aus der Absicht, „dass einheitlich geregelt

werden muss, welche Aufgaben Grenzschutzbeamte eines Mitgliedstaats bei einer gemeinsamen Aktion im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats wahrnehmen dürfen“. Eingebettet wurde diese Absicht aber in eine Rhetorik des Ausnahmezustands: Bei „außergewöhnlichen Problemen im Zusammenhang mit der Kontrolle ihrer Außengrenzen“, einem „Massenzustrom illegaler Einwanderer“, sollten die Mitgliedstaaten „zeitlich befristet“ auf „Krisenreaktionsteams“ bzw. „Soforteinsatzteams“ zurückgreifen können. Die Subsidiarität sei gewährleistet, da nur eine EU-Verordnung, nicht jedoch einzelstaatliche Gesetze „ein ausreichendes Harmonisierungsniveau“ sicherstellen könnten. Diese Rhetorik



wurde in den weiteren Schritten der Gesetzgebung angereichert, es bedurfte jedoch der Intervention des Parlaments, damit sie auch Eingang in den Gesetztext fand, indem das Parlament vorschlug, in diesem festzuhalten, dass „[d]ie Entsendung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke, die für einen begrenzten Zeitraum Unterstützung leisten sollen, [...] in Ausnahme- und Notsituationen erfolgen [sollte]“.<sup>3</sup> Dieser Vorschlag wurde übernommen. Der Vorschlag, den Mitgliedstaaten einzuräumen, die Befugnisse der Gastbeamten einzuschränken, wurde insofern abgewandelt, als diese in der gültigen Fassung nur Einschränkungen festlegen dürfen, die ebenso für ihre eigenen Grenzbeamten gelten.

Die Mitgliedstaaten - abgesehen von Deutschland, das bei der polizeilichen Zusammenarbeit und Integration führend und fordernd ist - geben sich von den praktischen Auswirkungen der RABIT-Verordnung wenig begeistert und zeigen sich ein wenig renitent. Spürbar ist schon die skeptische Distanzierung in einem Bericht des britischen Oberhauses, wonach die neuen Befugnisse nur „nach Ansicht“ des Frontex-Justizars Vuorenola nun unmittelbar „auf der Grundlage des Gemeinschaftsrechts ausgeübt“ werden könnten. Die Briten, die der Einführung einer EU-Polizei ohnehin skeptisch gegenüberstehen, stellen in ihrem Bericht hingegen unumwunden fest, dass die Haftbarkeit eines Beamten, der in Frontex- oder RABIT-Einsätzen

von diesen Befugnissen Gebrauch macht, unklar sei. Dies bestätigte auch ein maltesischer Grenzschrützer gegenüber dem Oberhaus, der zugleich seinem Unbehagen Ausdruck verlieh, mit bewaffnetem Personal aus anderen Staaten zusammenzuarbeiten, bei dem er unsicher sei, wie dieses an der Waffe ausgebildet sei und welche Regeln es beim Schusswaffengebrauch befolge.<sup>4</sup>

Bei einem ersten Übungseinsatz in Portugal im November 2007 zeigten sich auch die dortigen Behörden leicht widerspenstig. Der Einsatz der neuen Befugnisse sollte unter möglichst realistischen Bedingungen erfolgen, weshalb die 16 teilnehmenden Grenzschrützer aus 16 verschiedenen Mitgliedsstaaten aufgefordert waren, ihre Dienstwaffe mitzubringen und zu tragen. Die portugiesischen Behörden machten jedoch geltend, dass diese eine portugiesische Waffenlizenz benötigen würden, um in dem Land eine Waffe führen zu dürfen. Frontex hingegen vertrat die Position, dass sie allein aufgrund der RABIT-Verordnung hierzu befugt seien. Nach „einigen Diskussionen“ ließen sich die portugiesischen Behörden zwar überzeugen, dass die Verordnung des Rates über dem nationalen

Gesetz steht und deshalb keine Lizenzen notwendig seien, sie stellten den eingesetzten Beamten dann aber dennoch solche aus, um auch dem nationalen Recht oberflächlich Genüge zu tun.

Auch in einer anderen Hinsicht schränkt die RABIT-Verordnung die Souveränität der Mitgliedstaaten ein, indem sie deren Verfügungsgewalt über die eigenen Beamten beschneidet. Zwar müssen die Mitgliedstaaten diese einmalig für den Pool, aus dem die jeweiligen „Krisenreaktionsteams“ zusammengestellt werden, zusagen, eine Abberufung in einen Einsatz erfolgt dann jedoch durch Frontex und die Mitgliedstaaten dürfen sich deren Entsendung nur verweigern wenn sie sich - wiederum - „in einer außerordentlichen Situation [befinden], die die Erledigung nationaler Aufgaben erheblich beeinträchtigt.“ „Compulsory Solidarity“ - „Verpflichtende Solidarität“ nennt Frontex das.

### Die „Übungen“ der RABITs

Obwohl das Ziel der bisherigen RABIT-Einsätze vermutlich vorrangig darin bestand, die Fragen des Tragens von Waffen und der potenziellen Anwendung von Waffengewalt zu klären und die Möglichkeiten hierzu gegenüber den Mitgliedstaaten zu demonstrieren und durchzusetzen, steht die Waffengewalt keineswegs im Zentrum des geplanten Grenzmanagements - auch nicht in „Notsituationen“. Denn die unmittelbare Gewalt wird überwiegend in die Herkunfts- und Transitstaaten verlagert. Auch in „Notsituationen“ soll die Aufgabe der europäischen Grenzschrützer vorrangig darin bestehen, ankommende MigrantInnen zu befragen (auch zu ihren Migrationswegen, um die Gewalt dorthin verlagern zu können) und ihre Dokumente zu prüfen. Doch auch dabei ist das Tragen von Waffen nach Ansicht von Grenzschrützern wichtig, da es der Einschüchterung und Abschreckung der Befragten und Kontrollierten dient und den Kontrollierenden Autorität verleiht. Wir haben es aber auch bei den RABITs nicht mit einer martialisch ausgerüsteten Gendarmerieeinheit zu tun, sondern überwiegend mit Beamten, die für Verhöre an den Land- und Luftgrenzen, im Umgang mit technischen Geräten und bei der Erkennung gefälschter Dokumente besonders ausgebildet sind.<sup>5</sup> Dabei tragen sie die Uniformen der jeweiligen nationalen Polizeien, denen sie angehören, eine Armbinde mit EU-Logo verweist aber darauf, dass sie zugleich auf der Grundlage des Gemeinschaftsrechts territorial erweiterte Befugnisse haben. Für Einsätze an den Seegrenzen, wo es tatsächlich häufiger um das auch physische „Zurückdrängen“ und

„Umleiten“ geht, sind wenige Beamte aus dem Pool der RABITs ausgebildet.

So waren bei der ersten „Übung“ der RABITs in Portugal acht der eingesetzten internationalen Beamten mit „frontline interviews“, also Erstbefragungen der ankommenden Passagiere, beschäftigt, fünf mit der Untersuchung verdächtiger Ausweispapiere und die restlichen mit eingehenden Befragungen derjenigen, deren Recht, in die EU einzureisen, bezweifelt wurde. Diese Untersuchungen und Befragungen von Reisenden aus Lateinamerika fanden konkret mit realen Passagieren statt, wobei von den erweiterten Befugnissen Gebrauch gemacht wurde, obwohl die „Ausnahme- und Notsituation“ nur aus einem fiktiven Szenario in einer fiktiven „Zentralamerikanischen Republik (CAR)“ und einem fiktiven Netzwerk von Dokumentenfälschern basierte (Dieses Szenario wird ausführlich im Beitrag „Das nachrichtendienstliche Vorfeld beschrieben“).<sup>6</sup> Ob und wie viele Menschen wegen der auf der Grundlage eines fiktiven Szenarios erweiterten Befugnisse festgenommen oder zurückgeführt wurde, ist nicht bekannt.

Auch die zweite Übung der RABITs während der slowenischen Ratspräsidentschaft im April 2008 an der slowenischen Außengrenze basierte auf einem fiktiven Szenario, nach dem sich die Zahl derer, die sowohl an den Grenzübergängen als auch an der grünen Grenze über Slowenien in den Schengenraum einreisen wollen, plötzlich erhöht hätte. Entsprechend setzten sich die 30 Mitglieder des RABITs aus Experten für das Erkennen gefälschter Dokumente und für intensive Durchsuchungen an den Landgrenzen und Experten für Überwachungstechnologie (Nachtsichtgeräte und thermodynamische Kameras) an der grünen Grenze zusammen. Ziel der Übung sei es wiederum gewesen, „zu testen, wie die Mitglieder der Schnellen Eingreifkräfte für den Grenzschutz ihre Befugnisse in der Praxis anwenden“. Zugleich betonte der slowenische Grenzschutz, dass die Zahl der illegalen Übertritte an der betroffenen Außengrenze seit Jahren rückläufig sei, real also keinerlei Ausnahme- und Notsituation vorlag. In diesem Fall wurde sowohl von der slowenischen Ratspräsidentschaft als auch von öffentlichen Medien berichtet, dass die ausländischen Beamten Straftaten aufgedeckt und so zu Zurückweisungen und Verhaftungen beigetragen hätten. Dabei wurde der Aufgabenbereich des Grenzschutzes und von Frontex über den Personenverkehr hinaus weit überdehnt: Es wurden nicht nur vermeintlich gefälschte Dokumente beschlagnahmt und „illegale Einwanderer“ festgenommen, sondern auch gestohlene

Autos und geschmuggelte Zigaretten aus dem Verkehr gezogen und die Schmuggler verhaftet.<sup>7</sup>

Die dritte RABIT-Übung mit ganzen 49 internationalen Polizeikräften an der rumänischen Grenze nach Moldawien im Oktober 2008 sollte insofern noch „realistischer“ sein, als die teilnehmenden Staaten erst zehn Tage vor Beginn der Übung informiert wurden. Auch wurde erstmals und kurzfristig auf die „Toolbox“ CRATE zurückgegriffen, aus der ein polnischer Hubschrauber und ein österreichisches Fahrzeug mit Überwachungstechnologie für die Grenzsicherung abgerufen wurden.<sup>8</sup> Auch bei der vierten Übung der RABITs an den Außengrenzen zur Türkei, die bereits deutliche Züge eines gemeinsamen operativen Einsatzes trug, spielten technologische Mittel eine wichtige Rolle. Der Journalist Gerd Höhler, der offensichtlich einen mit modernsten Geräten ausgestatteten österreichischen Grenzbeamten bei der Übung begleiten durfte, berichtete in der Frankfurter Rundschau (FR) vom 26.5.2009 unter dem Titel „verräterischer Herzschlag“: „Eine Wärmebildkamera auf dem Dach des Transporters filmt die Grenze. Auf den beiden Bildschirmen taucht plötzlich eine weiße Silhouette auf. Ein Mensch läuft über ein Feld, ein zweiter folgt, ein dritter... Schließlich sind es zwölf. ‚Die kommen aus dem Wald am Flussufer‘, sagt Böhm. Sie sind etwa sechs Kilometer entfernt, aber auf den beiden Bildschirmen klar zu sehen und mit Hilfe eines Satellitennavigationsgeräts, das mit der Kamera gekoppelt

ist, auf den Meter genau zu orten. Böhm drückt die Sprechtafel seines Funkgeräts: ‚Zugriff!... Neidvoll bestaunen die griechischen Polizisten auch die Herzschlag-Detektoren, die finnische Grenzpolizisten während der Frontex-Übung am Grenzübergang bei Kipi vorstellen. Hier rollen vor allem türkische Lastzüge nach Griechenland, die dann vom westgriechischen Hafen Igoumenitsa per Fähre nach Italien übersetzen. Dies ist eine beliebte Route für die Schleuser, die Flüchtlinge in Lastwagen versteckt nach Europa bringen. Mit einem Herzschlag-Detektor können sie aufgespürt werden.“ Seit der RABIT-Übung, die der bulgarische Auslandsrundfunk übrigens als „Militärübung“ bezeichnet hat, prüfen nun die griechischen Behörden ebenfalls die Anschaffung solcher Technologien. Eine Tatsache, die der FR-Autor offensichtlich begrüßt, wenn er im Zusammenhang mit den xenophoben Krawallen in griechischen Städten und „Straßenzüge[n, die] fest in der Hand illegaler Zuwanderer“ seien, schreibt: „Dass die Griechen mit der Anschaffung solcher Geräte bisher zögerten, ist auch deshalb unverständlich, weil gerade an ihrer Grenze zur Türkei viele Armutsfüchtlinge aus dem Nahen Osten, Afghanistan, Pakistan, China und Afrika auftauchen.“

Damit hat Frontex mit dieser jüngsten Übung gleich mehrere Ziele erreicht: Neue Grenztechnologien wurden erprobt und Drittstaaten in der Praxis vorgeführt, RABIT-Übungen auf der Grundlage fiktiver Szenarien wurden mit den alltäglich stattfindenden gemeinsamen operativen

Einsätzen integriert. Die ehemals linksliberale Zeitung Frankfurter Rundschau ergeht sich in Lobeshymnen und diagnostiziert: „[D]er Alltag an vielen EU-Außengrenzen [gleich] längst einem chronischen Ausnahmezustand.“<sup>9</sup> Es ist dieser chronische Ausnahmezustand - ob simuliert oder durch die eigene Politik real produziert - der als Vehikel der Okkupation dient: Polizeikräfte, deren Haftbarkeit nicht geklärt ist.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> House of Lords: FRONTEX - the EU external borders agency, 9th Report of Session 2007-08, HL-Paper 60, die ersten Zitate stammen von Sakari Vuorenola, Justiziar bei Frontex, das letzte von Andrew Mallia, Major der maltesischen Streitkräfte.

<sup>2</sup> KOM(2006) 401 endgültig.

<sup>3</sup> Amendments by Parliament to the Commission proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a mechanism for the creation of Rapid Border Intervention Teams and amending Council Regulation (EC) No 2007/2004 as regards that mechanism and regulating the powers and tasks of guest officers.

<sup>4</sup> House of Lords, a.a.O.

<sup>5</sup> „Rapid Border Intervention Teams first time in action“, Pressemitteilung von Frontex vom 6.11.2007, www.frontex.eu.int.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> „RABIT exercise – Joint exercise of the Slovenian and other European police forces at the external Schengen border“, Pressemitteilung der slowenischen Ratspräsidentschaft vom 10.4.2008, www.eu2008.si.

<sup>8</sup> Frontex-Jahresbericht 2008.

<sup>9</sup> Gerd Höhler: Verräterischer Herzschlag, in: Frankfurter Rundschau vom 26.5.2009.

## NEUE BROSCHÜRE ZU FRONTEx

### Widersprüche im erweiterten Grenzraum

Materialien gegen den Krieg, Repression und für andere Verhältnisse | Nr. 7



Frontex - Widersprüche im erweiterten Grenzraum, herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation im August 2009



Frontex - die europäische Agentur für die Außengrenzen - bildet die institutionelle Basis für die „Festung EUropa“ und entpuppt sich dabei als Instrument der aktiven Flüchtlingsabwehr. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihr ist mehr als angezeigt - IMI hat hierzu eine neue Broschüre (56 Seiten) herausgebracht.

Zu beziehen für 2,- € zuzügl. Porto bei:

Informationsstelle Militarisation  
Hechinger Str. 203  
72072 Tübingen

mehr Infos unter:

[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

#### Unter anderem mit:

Christoph Marischka/ Frontex: Das nachrichtendienstliche Vorfeld • Stefan Geißler / Operative Einsätze an den Außengrenzen • Timo Tohidipur/ Das Agenturwesen der EU • Fabian Wagner/ Die Evaluierungen von Frontex und das Border Package • Conni Gunßer/ Abschiebeagentur Frontex? • Hagen Kopp/ Go East! - „Europäische Nachbarschaftspolitik“ und Frontex in der Ukraine • Bernd Kasperek, Fabian Georgi/ Jenseits von Staat und Nation. Warum Frontex abzuschaffen ist • Andrea Anton, Sandra Gürtler und Holger Wilcke/ „frontex in a nutshell“ - das Hauptquartier packt aus • Bremer Bündnis gegen FRONTEx/ Bremer Raumfahrtindustrie und Flüchtlingsabwehr für die EU • Initiative gegen das Chipkartensystem/ GASIM – das deutsche Pendant zu Frontex • Hagen Kopp/ Frontexplode - Erste Ansätze einer transnationalen Kampagne



# Die privatwirtschaftliche Basis einer Armee im Einsatz

von Christoph Marischka

## Mehr Soldaten für originäre Kernaufgaben

Die Ansprüche der westlichen Industriestaaten zur militärischen Absicherung ihrer Vorherrschaft, Befriedung von Konflikten und Stabilisierung vermeintlich gescheiterter Staaten weltweit sind ausgreifend. Als Beispiele hierfür können die Europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ oder der Entwurf für eine neue NATO-Strategie „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“ dienen, welche jeweils fast die ganze Welt zum Interventionsgebiet erklären und zahllose Bedrohungen identifizieren - darunter viele nicht-militärische - die es einzudämmen gelte. Dabei verlieren beide kein Wort darüber, in welchen Fällen ein militärisches Eingreifen ausgeschlossen wird. Die Szenarien der USA, der EU und Deutschlands, auf deren Grundlage der zukünftige Bedarf an Ausrüstung und Personal der Streitkräfte ermittelt wird, gehen meist von zwei größeren Konflikten wie in Irak und Afghanistan, der Absicherung der Seewege und mehreren kleinen Krisen aus, in denen Streitkräfte gebunden seien. Die hierfür notwendigen Kapazitäten übersteigen die Personalbestände der jeweiligen Streitkräfte bei weitem und lassen sich ohne eine drastische Erhöhung der Wehretats, die politisch kaum durchsetzbar ist, nach Ansicht der Militärplaner nur durch die betriebswirtschaftliche Straffung der Militärstrukturen und durch eine Auslagerung von Aufgaben an private Dienstleister realisieren. Diese Entstaatlichung des Militärischen wird verschärft durch eine asymmetrische Kriegsführung, die immer mehr vormals zivile Akteure und Handlungsfelder integriert.<sup>1</sup> Um den zusätzlichen Personalbedarf der Ausweitung der Kampfzone zu decken, werden verschiedene Strategien angewandt: Im Irak haben die USA ihre Einsatzkräfte in großem Umfang durch Angestellte privater Militärdienstleister (PMCs) ersetzt. In Afghanistan setzt die NATO auf die schnelle Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte, die aufgrund ihrer schwachen Identifikation mit der Regierung von Söldnertruppen kaum zu unterscheiden sind,<sup>2</sup> und deren unmittelbare Einbindung in Gefechte. Weltweit bemühen sich die westlichen Staaten um UN-Einsätze, deren

Rahmenbedingungen sie definieren wollen, bei denen das Gros der Soldaten jedoch aus Südostasien stammt. Die EU finanziert den Aufbau afrikanischer Verbände im Rahmen der Afrikanischen Union, damit diese unter den Vorgaben aus Europa in Afrika intervenieren können. Um darüber hinaus mehr Einsatzkräfte für die Missionen unter eigener Führung zur Verfügung zu haben, gliedern alle NATO- und EU-Staaten zunehmend Bereiche, die sie nicht zu den „originären Kernaufgaben“ des Militärs zählen, an Private aus. Die originäre Kernaufgabe einer Armee im Einsatz, zu der die Bundeswehr gegenwärtig umgebaut wird, ist offensichtlich die Intervention im Ausland. Logistik, Instandhaltung und selbst die Ausbildung, womit eine Armee zur Landesverteidigung überwiegend beschäftigt wäre und die auch die Voraussetzungen einer Armee im Einsatz sind, werden hingegen privatisiert.

## Instandsetzung bei Luftwaffe und Heer

Im Bereich der Wartung und Instandsetzung hat die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Industrie die längste Tradition. Eine Institutionalisierung erfuhr diese im Bereich der Luftwaffe bereits 1983 mit dem Arbeitskreis Industrieunterstützung (AK INDUNT), in dem sich Vertreter der Ministerien für Wirtschaft und Verteidigung sowie der Luftwaffe, des Beschaffungsamtes der Bundeswehr (BWB) und des Bundesverbandes der Luft- und Raumfahrtindustrie zusammenfanden. Da die Wartung und Instandsetzung von Waffensystemen im Ausland noch ganz überwiegend von den hierfür ausgebildeten Einheiten der Bundeswehr selbst übernommen wird, stehen aufgrund der zahlreichen Auslandseinsätze hierfür kaum noch Kräfte im Inland zur Verfügung. Deshalb ist der Anteil der Industrie bei der so genannten Depotinstandsetzung der Luftwaffe, koordiniert vom AK INDUNT, bereits bis 2003 auf 75% gestiegen.<sup>3</sup>

In den frühen 1990er Jahren wurden bei der Instandsetzung von Kampfflugzeugen des Typs F-4F Phantom die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zwischen Industrie und Luftwaffe systematisch im Rahmen eines „Integrationsmodells Luftwaffe/Industrie“ analysiert. Hieraus hervorgegangen sind „kooperative Einrich-

tungen“. „In diesen arbeiten militärisches und Industriepersonal, in gemeinsamen Werkstätten der wehrtechnischen Industrie, gleichberechtigt bei der Instandsetzung oder der Systemunterstützung zusammen ... Damit wird die Freisetzung militärischen Personals zur Wahrnehmung weiterer originärer Kernaufgaben ermöglicht.“<sup>4</sup> Im Kontext der Beschaffung von Eurofightern für die Bundeswehr wurde bereits die Inbetriebnahme drei solcher kooperativer Einrichtungen der Bundeswehr gemeinsam mit den Rüstungsproduzenten EADS und MTU beschlossen, die 2003 den Betrieb aufnahmen: zwei in räumlicher Nähe zum EADS-Werk in Manching mit 45 und 170, eine beim MTU-Werk in München mit 46 militärischen Dienststellen. Für die Instandhaltung der Hubschrauber NH90 und UH Tiger wurden weitere kooperative Einrichtungen in Ottobrunn (gemeinsam mit Eurocopter Deutschland, 57 SoldatInnen), Donauwörth (Eurocopter Deutschland, 25), Oberursel (Rolls-Royce Deutschland, 5) und Erding (MTU, 5) aufgebaut bzw. geplant. „Um den nicht zuletzt aufgrund internationaler Verpflichtungen hohen Anforderungen an den Einsatz des Waffensystems A400M gerecht werden zu können, ... ist in Ergänzung zur Wartung und einfachen Instandsetzung durch die organische Logistik der Einsatzverbände eine umfassende Systembetreuung durch einen gewerblichen Auftragnehmer in einem in Deutschland ansässigen Support Center A400M beabsichtigt ... Ausgewählte Anteile dieser Systembetreuung sollen in Kooperation mit der Luftwaffe sowie erstmalig auch mit der Streitkräftebasis wahrgenommen werden.“<sup>5</sup>

Eine noch umfassendere öffentlich-private Partnerschaft wurde für die Waffensysteme des Heeres, allerdings erst wesentlich später, ins Leben gerufen. Im Januar 2005 gründete das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) gemeinsam mit den Herstellern Krauss-Maffei Wegmann, Industrie-Werke Saar und Rheinmetall Landsysteme die Heeresinstandsetzungslogistik (HIL) GmbH, an der es 49,5% der Anteile hält. Die restlichen Anteile verteilen sich zu gleichen Teilen auf die beteiligten Rüstungsunternehmen. Die HIL hat sich vertraglich verpflichtet, zu jedem Zeitpunkt 70% aller Panzer und sonstiger bewaffneter Fahrzeuge der Bundeswehr einsatzbereit zu halten. Hierfür unterhält sie sechs Standorte für die Wartung mit über 2.000 MitarbeiterInnen. Die GmbH übernimmt darüber hinaus auch Aufgaben im Bereich der Ausbildung der Einsatzkräfte und bei Bundeswehrlübungen. Das Gesamtvolumen des Vertrages zwischen Bundeswehr und HIL

beläuft sich auf 1,7 Mrd. Euro bis ins Jahr 2013. In der Pressemitteilung des BMVg zur Gründung der HIL heißt es: „Heer und Streitkräftebasis werden dadurch von Aufgaben, die nicht zu den militärischen Kernaufgaben gehören, entlastet. Hierdurch frei werdende Kapazitäten können für die Vorbereitung und Durchführung von Einsatzaufgaben genutzt werden.“<sup>6</sup>

### Betriebswirtschaftliche Straffung und Privatisierung der Basislogistik

Bereits im Jahr 2000 hatte das BMVg die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b.) mbH gegründet, die ihm bis heute zu 100% gehört und sozusagen der betriebswirtschaftliche Arm der Bundeswehr sein soll. Als Ziel gibt dieses Unternehmen an: „Wir wollen die Bundeswehr stärken bei der Erfüllung ihrer militärischen Kernaufgaben. Hierzu wollen wir sie entlasten von nicht-militärischen Servicetätigkeiten. Und wir wollen neue investive Spielräume für die Bundeswehr schaffen: Durch eine deutliche Senkung der Betriebskosten und des gebundenen Kapitals sowie die Mobilisierung privaten Investorenkapitals. Zusätzlich wollen wir Erträge generieren und neue Ertragsquellen erschließen... Die g.e.b.b. ist eigenständig, und sie wird eigeninitiativ tätig.“<sup>7</sup> Im Juni 2002 gründete die g.e.b.b. als Firma

im hundertprozentigen Besitz des Bundes gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG die BWFuhrparkService GmbH, deren Aufgabe es war, den Bestand an nicht bewaffneten Fahrzeugen der Bundeswehr kostengünstig zu modernisieren (Vertragsvolumen ca. 3 Mrd. Euro bis 2012). Um Kosten zu sparen, verleiht diese Fahrzeuge, die nicht gerade von der Bundeswehr verwendet werden, auch an Privatpersonen, wobei Bundeswehrangehörigen ein Rabatt eingeräumt wird. Obwohl der Tätigkeitsbereich der BWFuhrparkService GmbH ursprünglich aufs Inland beschränkt war, ist diese mittlerweile auch in Bosnien und Herzegowina aktiv.<sup>8</sup> Bereits wenige Monate später gründete die g.e.b.b. gemeinsam mit der Lion Apparel Deutschland GmbH und Hellmann Worldwide Logistics GmbH die LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft, an der sie nur 25,1% hält. Die Bekleidungsgesellschaft übernahm von der Bundeswehr 21 Bekleidungscentern, 171 Bekleidungskammern sowie Warenbestände in Höhe von 625 Mio. Euro und ist seither für die Lagerung und Zuteilung sowie die betriebswirtschaftliche Verwaltung der Uniformen der Bundeswehr zuständig (Vertragsvolumen ca. 1.7 Mrd. Euro bis 2014). Hierfür ist sie, ebenso wie die BwFuhrparkService, auf militärischen Liegenschaften präsent und greift auf deren Infrastruktur zurück.<sup>9</sup>

Die g.e.b.b. organisiert darüber hinaus in vielen weiteren Bereichen die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und privaten Unternehmen in Bereichen wie Ausbildung, Kinderbetreuung, Verpflegung, Liegenschaftsverwaltung usw. So war sie an der Evaluation der privatwirtschaftlich geleisteten Verpflegung im Camp Mazar-e-Sharif ebenso beteiligt, wie an der Vorbereitung zu Pilotprojekten der Privatisierung von Betrieb und Unterhalt von Bundeswehrkasernen in München, Mainz und Dresden. Vor allem aber führt sie zahlreiche betriebswirtschaftliche Controlling-Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der Bundeswehr durch und macht anschließend auf deren Grundlage Vorschläge, wie Kosten und Personal



Kampagnenplakat gegen die Post als Militärdienstleister: Deutsche Heeres Logistik

eingespart werden könnten.<sup>10</sup>

Das nächste anstehende Mammutprojekt zur Privatisierung der Basislogistik der Bundeswehr betrifft die Bereiche Lagerhaltung und den Transport im Rahmen der Projektstudie Logistik.<sup>11</sup> Diese sieht bis 2010 die Reduzierung der Bundeswehrdepots, -lager und -verteilzentren um etwa die Hälfte sowie deren weitgehende Privatisierung vor. Bereits 2006 sollte eine erste Ausschreibung im Umfang von 800 Mio. Euro stattfinden, wurde aber mehrfach bis zum Juli 2008 verschoben, während das Vertragsvolumen wuchs.<sup>12</sup> Für diesen Betrag sollte die Bewirtschaftung der Depots und die Verwaltung des dort gelagerten Materials (ohne Munition) sowie dessen Transport einschließlich Munition von privaten Unternehmen geleistet werden. Die Bewerbungsfrist endete im September 2008. Die „Welt am Sonntag“ schrieb zuvor: „Es geht um einen Milliardenauftrag, den größten, der in der deutschen Transportbranche je vergeben wurde.“<sup>13</sup> Bereits im November 2008 aber legte der Haushaltsausschuss des Bundestages das Projekt wieder auf Eis. Denn die Privatisierung der Basislogistik stößt auf heftigen Widerstand in Teilen der Bundeswehr (und der betroffenen Kommunen), da sie Standortschließungen und eine Reduzierung des Personalbedarfs um bis zu 80% in den Depots zur Folge hätte. Deshalb hat die Bundeswehr bereits 2006, ebenfalls mit Unterstützung der g.e.b.b., ein optimiertes Eigenmodell Logistik (OEM) entwickelt, das seitdem umgesetzt wird. Auch dieses soll Kosten senken und Abläufe effektivieren, enthält also Standortschließungen und Personaleinsparungen. Dennoch wird es von den Betroffenen gegenüber einer Privatisierung eindeutig präferiert. Im Haus-

**Synergien optimal nutzen!**  
Beim Kooperativen Modell arbeiten MTU und Luftwaffe Hand in Hand.

Suchen Sie uns auf der **Paris Air Show 2007**  
16. - 21. Juni  
Halle 2, Stand C18  
Charité Straße 6, Nr. 28

Wenn zwei starke Partner wie die Bundeswehr und die MTU ihre Kräfte vereinen, entsteht ein Team mit gewinnbringender Dynamik. Die Idee: Die Instandhaltung der Triebwerke wird an denjenigen delegiert, der sie entwickelt und gebaut hat - die MTU, die Kontrolle bleibt bei der Bundeswehr.

Das Ergebnis: Alle Triebwerke werden optimal instand gehalten und verfügen über maximale Lebensdauer bei höchster Einsatzbereitschaft, keine Parallel-Kapazitäten werden verrieselt. Die Kompetenz der MTU wird zum größten Kostenvorteil für die Luftwaffe. [www.mtu.de](http://www.mtu.de)

**MTU**  
Aero Engines

Anzeige von MTU in der Zeitschrift Europäische Sicherheit



haltsausschuss wurde deshalb argumentiert, das OEM müsse zunächst vollständig umgesetzt werden und Wirkung zeigen, bevor es mit den Angeboten privater Unternehmen verglichen werden könnte. Hierfür wurde den Soldaten und Angestellten in den Depots, die bereits seit Jahren unter Hochdruck arbeiten, ein weiteres Jahr eingeräumt: Bis November 2009 wurden die für die Privatisierung vorgesehenen Gelder gesperrt, dann soll endgültig über die Auslagerung entschieden werden.

Interesse an dem öffentlichen Auftrag hatten neben der Post-Tochter DHL die Bahn-Speditionstochter Schenker, die Dienstleistungsfirma Arvato aus der Bertelsmann-Gruppe und ein Konsortium aus der Bremer Hellmann Logistics, dem Rüstungskonzern EADS sowie der Beraterfirma Accenture gezeigt. Als unangefochtener Favorit gilt das Unternehmen DHL. Dessen Mutterkonzern, die Deutsche Post, ist bereits seit der Wiederbewaffnung für die Feldpostzustellung verantwortlich, DHL liefert schon heute „dringenden Sofortbedarf (z. B. Medikamente und Ersatzteile)“ nach Afghanistan<sup>14</sup> und gilt auch am ehesten als in der Lage, ohne gewaltige Neuinvestitionen den Auftrag auszuführen.

Die Teilprivatisierung des Gefechtsübungsentrums (GÜZ) des Heeres in der Colbitz-Letzlinger Heide gilt als Pilotprojekt im Bereich der Ausbildung. Hier werden deutsche Soldaten und diejenigen verbündeter Streitkräfte auf ihre Auslandseinsätze vorbereitet, indem sie mit lasergestützter Übungsmunition in computersimulierten Gefechtszenarien kämpfen. Für den Betrieb des GÜZ, einschließlich der Umrüstung der Waffen auf den Übungsbetrieb, der Pflege der Hard- und Software, die Wartung und Verwaltung der eingesetzten Fahrzeuge usw. ist die Serco GmbH gemeinsam mit Saab und der Industrianlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) mit über 140 Mitarbeitern zuständig. Hierdurch würden 440 Dienstposten

bei der Bundeswehr eingespart, hierfür sollten in den ersten fünf Jahre des Betriebs von 2004-2009 ca. 64 Mio. Euro von der Bundeswehr an die Betreiber fließen.<sup>15</sup>

### Software und Informationstechnik

Gegenwärtig führt die Bundeswehr eine für sie zugeschnittene Standard Anwendungs- Software Produkt Familie (SASPF) der Firma SAP ein.<sup>16</sup> Ziel soll es sein, die bisherigen „Insellösungen“ der einzelnen Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche durch eine einheitliche, betriebswirtschaftliche Software, die „sich am ‚best practice‘ der Industrie orientiert“<sup>17</sup> und bundeswehrweit auf aktuellem Stand eingeführt wird, zu ersetzen und somit Kosten bei der Software-Betreuung und -Pflege einzusparen. SAP bot sich als Anbieter vor allem deshalb an, weil bereits die Streitkräfte von 14 weiteren NATO-Staaten und auch Rüstungshersteller wie Rheinmetall Landysteme dessen Software verwenden. Somit sei der „verstärkte Austausch von Informationen mit Streitkräften und anderen [sic] Dienstleistern auch im Rahmen der Nutzung von Embedded Logistics“ sichergestellt.<sup>18</sup> Eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung der neuen Software war und ist die flächendeckende Modernisierung der IT- und Telekommunikations-Infrastruktur. Diese soll durch das Herkules-IT-Projekt gewährleistet werden, in dessen Rahmen sieben zentrale Rechen- und Servicezentren aufgebaut, 300.000 Festnetz- und 15.000 Mobiltelefone, 140.000 Computerarbeitsplätze an über 1.500 Standorten eingerichtet und über eigene Datennetze miteinander verbunden werden. Hierfür gründete die Bundeswehr gemeinsam mit Firmenausgründungen der Firmen Siemens IT Solutions and Services und IBM Deutschland die BWI Informationstechnik GmbH, an der sie 49,5% hält. Mit einem Auftragsvolumen von etwa 7 Mrd. Euro innerhalb von zehn Jahren gilt Herkules als europaweit größtes Projekt Öffentlich-

Privater Partnerschaft (PPP).<sup>19</sup> Die BWI Informationstechnik GmbH ist auch für die flächendeckende Installation der SASPF und die Ausbildung der Nutzer an diesem System zuständig.

### Einsatzlogistik

Für 2009 ist die Einführung der SASPF im Logistikzentrum der Bundeswehr (LogZBw) in Wilhelmshafen geplant. Das 2002 in Dienst gestellte LogZBw soll u.a. als „zentrale Durchführungs- und Controllingplattform für die militärisch-gewerbliche Zusammenarbeit im Bereich der Streitkräftebasis [dienen]. Zur Optimierung des Ressourceneinsatzes (militärisch oder zivil) sollen zukünftig im Logistikzentrum der Bundeswehr militärische und gewerbliche Leistungserbringer in Kooperation unter militärischer Führung zusammenwirken.“<sup>20</sup> Bereits zur Indienststellung 2002 hieß es: „Die Bundeswehr verspricht sich von dieser Neuerung ihrer Betriebsabläufe und der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft vor allem Kostenreduzierungen und Effizienzsteigerungen“.<sup>21</sup>

Die Streitkräftebasis, zu der das LogZBw gehört, wurde 2000 im Rahmen der Transformation der Bundeswehr geschaffen, um als zentraler „Dienstleister“ der Bundeswehr durch die Übernahme von Aufgaben, die zuvor durch die Teilstreitkräfte (Heer, Luftwaffe, Marine) einzeln erbracht wurden, Synergieeffekte zu nutzen und somit die Zahl der Soldaten, die für den Einsatz bereit stehen, zu erhöhen.<sup>22</sup> Neben der Logistik gehören zu ihren Aufgaben die Bereitstellung von Führungsmitteln, die Weiterentwicklung der Strategie, Ausbildung, das Feldjägerwesen sowie die Nachrichtendienste.

Im Kern ist das LogZBw für den Transport der Truppen, Waffensysteme und Verbrauchsgüter in die Auslandseinsätze zuständig. Hierfür chartert es regelmäßig Flugzeuge vom Typ Iljuschin (IL) 76, die u.a. im Besitz der aserbaidjanischen Silk



Im Dienste von SALIS: Antonov 124 der Volga-Dnepr-Airline, Quelle: wikimedia, Foto: Arcturus, CC.



Way Airlines sind. Diese transportier(t)en von Schützenpanzern über Soldaten und Lebensmittel bis hin zur Zahnpasta täglich Kriegs- und Versorgungsgüter von den deutschen Flughäfen Jagel, Trollenhagen, Rostock-Laage und Hahn meist mit Zwischenstopp in Baku nach Afghanistan.<sup>23</sup> Jagel und Trollenhagen sind militärische Fliegerhorste, die zivil mitgenutzt werden (Trollenhagen) bzw. auf denen eine solche Mit-Nutzung geplant ist (Jagel). Auf dem Fliegerhorst Jagel ist das Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ stationiert, das gegenwärtig Tornados in Afghanistan im Einsatz hat. In Rostock-Laage ist das Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ beheimatet, der Flughafen wird aber bereits seit 1992 auch von zivilen Passagierflugzeugen genutzt. Hahn war ein Luftwaffenstützpunkt der USA, wird aber seit 1993 als ziviler Flughafen genutzt und betrieben. Die Flugzeuge, die Material im Auftrag der Bundeswehr transportieren, sowie ihre Besatzung, gelten ebenfalls als zivil, das Be- und Entladen in Deutschland und in Afghanistan erfolgt durch die jeweiligen Luftumschlagzüge der Bundeswehr gemeinsam mit dem zivilen Personal der Fluglinie.

Das Dezernat Lufttransport des LogZBw kann für den strategischen Lufttransport neben den bundeswehreigenen Transall-Maschinen und ad-hoc gecharterten Flugzeugen privater Anbieter noch auf bis zu sechs Flugzeuge vom Typ Antonow (An) 124 zurückgreifen, die von der deutsch-russisch-ukrainischen SALIS GmbH bereitgestellt werden. Die Gründung dieses Joint Ventures geht auf die NATO und die EU zurück, die beide im Jahre 1999 beschlossen, zukünftig Interventionen jenseits des Bündnisgebietes durchzuführen und erkannten, dass es ihnen hierfür an strategischen Transportkapazitäten mangle. Sowohl NATO als auch EU beauftragten Deutschland damit, eine Übergangslösung für den strategischen Lufttransport (Strategic Airlift Interim Solution, SALIS) zu suchen, bis die insgesamt 170(!) von EU-Mitgliedsstaaten bestellten Militärtransporter Airbus (A) 400M ausgeliefert werden, die ähnliche Kapazitäten aufweisen können, wie die An 124. Deren Tauglichkeit war von der EU bereits 2003 im Rahmen des Artemis-Einsatzes in der DR Congo getestet worden. Damals hatte die Europäische Union bewusst nicht auf amerikanische Kapazitäten im Rahmen des Berlin-Plus Abkommens zurückgegriffen, um die Möglichkeiten von Interventionen ohne Unterstützung durch die NATO auszuloten. Auf der Grundlage eines Vertrages zwischen der NATO-Logistikabteilung und der neu gegründeten SALIS GmbH, der von 16

NATO- und EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde, halten seitdem die an SALIS beteiligten Fluggesellschaften Volga-Dnepr Airlines (Russland) und Antonov Airlines (Ukraine) in Uljanowsk, Kiew und Leipzig je zwei Maschinen vom Typ An 124 bereit, damit diese innerhalb von 72 Stunden an jedem Flughafen der Welt einsatzbereit sein und jährlich mindestens 4.800 Flugstunden leisten können. Auf diese Kapazitäten können sowohl die NATO, als auch die EU und die Bundeswehr zurückgreifen. Im Gegenzug haben die beteiligten Staaten der SALIS GmbH eine „Mindestnutzung“ zugesichert, im Falle Deutschlands beträgt diese 750 Flugstunden im Jahr. Eine Flugstunde wird mit 24.000 bis 44.000 US-Dollar berechnet. Das Gesamtvolumen des Vertrages, der zunächst zwei Jahre galt, betrug etwa 650 Millionen Euro. Im Januar 2009 wurde dieser Vertrag um weitere zwei Jahre verlängert.<sup>24</sup> Bereits im ersten Jahr wurde SALIS intensiv von der Bundeswehr genutzt. Wiederum im Kontext einer EU-Intervention in der DR Congo seien 2006 „nahezu täglich mehrere Antonov 124-100 eingesetzt“ worden. Zudem wurden u.a. folgende Ziele für die Bundeswehr angefliegen: Südafrika, Norwegen, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Gabun, Kap Verde, Djibouti und Zypern. Transportiert wurden dabei u.a. Hubschrauber, Fahrzeuge, Verpflegung, Trinkwasser und Zeltmaterial.<sup>25</sup>

Beim Umbau des Bundeswehrfeldlagers in Mazar-e-Sharif von einem Zeltlager in eine Containerstadt nach der Ausweitung des ISAF-Mandates 2005 wurde gleich die gesamte Logistikplanung an Privatunternehmen delegiert. Das Morsbacher Unternehmen Säbu GmbH lieferte schlüsselfähige Wohncontainer, „ein komplettes Einsatzlazarett, einen kompletten Verpflegungsbereich mit Großküche, Lagerräumen und Kantine sowie weitere Spezialgebäude.“ Die Mannheimer Firma Graeff Container- und Hallenbau GmbH, die 2001 bereits Gebäude für die Bundeswehr nach Kosovo lieferte, baute 28 Hallen für die Lagerung von Waren sowie die Unterbringung und Wartung von Flug- und Fahrzeugen. Den Bahntransport des hierfür benötigten Materials organisierte die Bremer Stute Verkehrs-GmbH, eine Tochter des Schweizer Logistikgiganten Kühne und Nagel. Kühne und Nagel ist einer der wichtigsten Auftragnehmer der westlichen Streitkräfte in Sachen Logistik innerhalb von Afghanistan und zwischen deren afghanischen Stützpunkten und ihren Umschlagplätzen in Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan und Aserbeidschan. Entsprechend organisierte Kühne und Nagel für den Aufbau des Lagers Mazar-e-Sharif auch

den Transport der Container vom nordafghanischen Grenzbahnhof Hairaton aus per LKW in die Bundeswehrstützpunkte sowie 54 ergänzende Flüge mit Luftfracht aus Deutschland.<sup>26</sup> Etwa zeitgleiche Versuche der EU, unter deutscher Führung im Rahmen der EUFOR-Mission DR Congo das Lager für die Einsatzkräfte von Anfang an durch das zivile spanische Unternehmen UCALSA errichten zu lassen, scheiterten kläglich: UCLASA zeigte sich „in jeder Hinsicht überfordert“ und konnte die vertraglich zugesicherten Leistungen bis zum Ende des Einsatzes nicht vollständig zur Verfügung stellen, weshalb allein für die deutschen Soldaten acht Hotels und weitere Unterkünfte angemietet werden mussten.<sup>27</sup> In Afghanistan hingegen scheint sich die Zusammenarbeit bewährt zu haben. Kühne und Nagel ist bis heute einer der wichtigsten Dienstleister der Bundeswehr in Afghanistan.<sup>28</sup>

### Jedes Ziel ist ein Zuhause

Die Transformation der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz verschlingt gewaltige Summen alleine dadurch, dass neue Waffensysteme angeschafft und Strukturen eingeführt werden, die für Auslandseinsätze, Angriffskriege und lang anhaltende Besatzungen geeignet sind. Gleichzeitig nimmt die Zahl der deutschen Soldaten in solchen kostenintensiven Einsätzen bei zeitgleichem allgemeinem Personalabbau der Bundeswehr kontinuierlich zu. Die Bundeswehr wird tatsächlich zu einer professionalisierten Armee im Einsatz, indem sie immer mehr Funktionen, die sie nicht als „originäre Kernaufgaben“ betrachtet, an private Dienstleister auslagert. Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen, sondern eher noch in der Experimentierphase. So wird für die Instandhaltung bei der Luftwaffe auf gemeinsame Einrichtungen mit der Industrie, bei Landfahrzeugen hingegen auf die gemeinsame Firmenausgründungen HIL gesetzt. Bei diesen Privatisierungen wird zugleich mit Modellen operiert, in denen der Bund die Mehrheit der Firmenanteile behält und solchen, bei der er diese abgibt. Die g.e.b.b., die in vollständigem Besitz des Bundes ist, entwickelt Modelle zur betriebswirtschaftlichen Modernisierung der Bundeswehr und erzeugt zugleich Druck für deren Umsetzung durch tief greifende Privatisierungsprogramme, insbesondere in nachgelagerten Bereichen von der Kinderbetreuung über Bekleidung, Verpflegung und Fuhrpark bis hin zum Transport von Waffensystemen und Munition. Auch beim Strategischen Transport in die Einsatzgebiete wird bereits umfassend auf private Dienstleister zurückgegriffen und

auch hier kommen verschiedene Modelle zum Einsatz: Der Transport zum Aufbau des Lagers Mazar-e-Sharif wurde komplett in die Hände privater Logistikunternehmen gegeben, für die kontinuierliche Verlegung von Waffen, Personal und deren Unterhalt wird entweder ad-hoc auf Fluglinien überwiegend aus der kaspischen Region zurückgegriffen oder auf die vertraglich zugesicherten Kontingente der SALIS GmbH.

Die Folgen dieser Privatisierungsstrategien sind vielseitig und gefährlich. Einerseits führen sie zu einer Bundeswehr, die sich nur noch auf ihre „militärischen Kernaufgaben“ - Auslandseinsätze - konzentriert, von denen ganze Wirtschaftszweige profitieren und früher oder später abhängen werden. Andererseits vermengt sie zivile und militärische Strukturen bis zur Unkenntlichkeit und macht damit allerlei Einrichtungen, die keinen militärischen Charakter haben, zum militärischen bzw. - in Zeiten asymmetrischer Kriegführung - zum Anschlagziel. Die menschenverachtende, marktradikale Ideologie, die dafür Voraussetzung ist, kam sehr deutlich in einem Artikel der Zeit über die Widerstände innerhalb der Bundeswehr gegen die Privatisierung ihrer Depots aus dem Jahre 1998 zum Ausdruck:

„Häufiges Argument der Bundeswehr ist, private Anbieter seien nicht in der Lage, das ‚operative Minimum‘ im Ernstfall zu garantieren. Das klingt zunächst einleuchtend. Wie soll schließlich ein Munitionsdepot oder Waffenlager den Nachschub organisieren, wenn das Zivilpersonal beim ersten Schuß das Weite sucht? MDSC [die Firma, die sich um den Auftrag bemüht hatte] - Geschäftsführer Kieschowitz belegt jedoch, daß die jederzeitig verfügbare Personalstärke vertraglich zugesichert werden kann.“<sup>29</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> So nahmen im zweiten Halbjahr 2008 die Angriffe der Aufständischen in Afghanistan auf Straßenbauunternehmen deutlich zu, während einer der Verfasser der US-Aufstandsbekämpfungstrategie gegenüber der Weltwoche angab, „[d]er Schlüssel für eine erfolgreiche Anti-Guerilla-Strategie in Afghanistan ist der Bau eines Strassennetzes...“ („Wir müssen aus ihren Töpfen essen“, Interview mit John Nagl, in: Die Weltwoche, Ausgabe 38/08). In der Folge gingen diese Firmen verstärkt dazu über, Personal der zahlreichen neu entstandenen privaten Sicherheitsdienstleister in Afghanistan zu ihrem Schutz anzuheuern. Ähnliche Tendenzen lassen sich schon länger bei humanitären und entwicklungspolitischen Organisationen beobachten. Es kam schon mehrfach zu Gefechten zwischen US-Streitkräften und afghanischen PMCs, die für Bauunternehmen arbeiten, vgl.: Yochi J. Dreazen: Afghan Guards Confound U.S. Forces, in: The Wall Street Journal, 27.1.2009.

<sup>2</sup> Lisa Rimli u. Susanne Schmeidl: Private Security Companies and Local Populations - An exploratory study of Afghanistan and Angola, Swisspeace, November 2007. Siehe auch: Report of the Working Group on the use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of people to self-determination, 9.2.2008 (A/HRC/7/17).

<sup>3</sup> Michael Vetter: Luftwaffe und Industrie - Eine strategische Partnerschaft in der Instandhaltung, in: Europäische Sicherheit, Juni 2003.

<sup>4</sup> Bernd Jungkunz: Kooperatives Modell, in: Strategie und Technik, April 2009.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> „Heeresinstandsetzungslogistik GmbH wird gegründet“, Pressemitteilung des BMVg vom 27.01.2005.

<sup>7</sup> „Unternehmen“, www.gebb.de (18.6.2009).

<sup>8</sup> AG Sicherheitspolitik der Fraktion „Die Linke“ im deutschen Bundestag: Aufrüstung um jeden Preis - Stellungnahme zum Verteidigungshaushalt 2009.

<sup>9</sup> Caspar von Schoeler: Private Service Providers or Imagine It Is War And You Can't Find A Contractor, Masterarbeit an der Hertie School of Governance (2007).

<sup>10</sup> Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH: Das passt perfekt - Die Bundeswehr und die g.e.b.b. gemeinsam erfolgreich, Jahresbroschüre 2007.

<sup>11</sup> Die Projektskizze Logistik wurde 2004 vom Verteidigungsministerium ins Leben gerufen. Neben der Abteilung Modernisierung und der g.e.b.b. sind hieran der Führungsstab der Streitkräfte und das Streitkräfteunterstützungskommando (SKUKdo) beteiligt. „In der sogenannten ‚Projektskizze Logistik‘ bündelt die Bundeswehr die wichtigsten Aktivitäten zur Modernisierung und Gestaltung der Logistik mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit für Einsätze und im Grundbetrieb zu erhöhen und dabei gleichzeitig die Ausgaben deutlich zu senken.“ Vgl.: „Teilnahmewettbewerb für eine Öffentlich-Private Partnerschaft in der Logistik gestartet“, Pressemitteilung des BMVg vom 5.8.2008.

<sup>12</sup> Axel Granzow: Bundeswehr will Logistik privatisieren, in: Handelsblatt, 20.10.2005.

<sup>13</sup> „Die Bundeswehr will Logistik an private Firmen auslagern“, Welt am Sonntag, 25.11.2007.

<sup>14</sup> Bundestags-Drucksache 16/4343.

<sup>15</sup> Bundesverband Public Private Partnership: Positionspapier des Arbeitskreises Verteidigung und Sicherheit, August 2005.

<sup>16</sup> Im Jahr 2009 soll die Zahl der Nutzer von SASPF im Bereich der Rüstung und Logistik der Bundeswehr von heute 2.700 auf über 10.000 anwachsen, vgl.: Bundestag-Drucksache 16/11574.

<sup>17</sup> Bundestags-Drucksache 16/11574

<sup>18</sup> „Embedded“ ... [soll] in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringen, dass der gesamte Lebenszyklus eines [Waffen-]Systems und die Nutzung der Daten durch die unterschiedlichsten Rollen, wie Bediener, Instandsetzer, Nutzungsmanager sowie Industrieseitig Service- und Entwicklungspersonal in den einzelnen Zyklen berücksichtigt werden“. Vgl.: Björn Lach / Jürgen Besuch: Embedded Logistics und Telemaintenance, in: Strategie und Technik,

November 2008.

<sup>19</sup> Genaue Angaben hierzu sind schwer zu machen, da der dem Herkules-Projekt zugrunde liegende Vertrag nicht öffentlich ist. Vgl.: Andrej Hunko: Das Programm HERKULES und der Standort Meckenheim, in: Paul Schäfer: Militär und Rüstung in NRW, Dortmund, 23. Februar 2008.

<sup>20</sup> „Auftrag und Aufgaben der Dienststelle“, <http://www.logistikzentrum.bundeswehr.de> (17.6.2009).

<sup>21</sup> „Logistikzentrum der Bundeswehr - das logistische Kompetenzzentrum der Bundeswehr in Wilhelmshaven“, Pressemitteilung des LogZBW vom 19.03.2002.

<sup>22</sup> Führungsstab der Streitkräfte: „Die Streitkräftebasis“, Ausgabe 01/07.

<sup>23</sup> So berichtet die Bundeswehr am 13.5.2009 über den Luftumschlagzug in Rostock-Laage: „Acht bis 15 Maschinen fertigt der 30-köpfige Luftumschlagzug pro Woche ab. Stolz erzählen die Soldaten, dass sie vor wenigen Wochen die 1000. Iljuschin beladen haben.“ Am 21.1.2008 meldete die Luftwaffe: „Derzeit starten sechs bis zehn IL 76 jede Woche vom Fliegerhorst Trolenhagen, die nach einem Zwischenstop in Baku (Aserbaidschan), ihre Fracht nach Nordafghanistan transportieren.“ Am 14.3.2007 berichtete die Lausitzer Rundschau über den Flughafen Jagel: „Auf einem der größten Militärflughäfen Deutschlands in der Nähe von Schleswig landen täglich russische Iljuschin-Transportmaschinen.“ Die „Friedenspolitischen Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein“ vom 07.08.2006 berichteten: „Schon jetzt transportieren Iljuschin-76-Maschinen einer Privatfirma aus Aserbaidschan Nachschub für das Bundeswehrkontingent in Afghanistan vom Flugplatz Hahn im Hunsrück nach Mazar-e Sharif“.

<sup>24</sup> Christoph Marischka: Das Militärdrehkreuz Halle/Leipzig, in: IMI / DFG-VK: Kein Frieden mit der NATO - Die NATO als Waffe des Westens, Tübingen 2009.

<sup>25</sup> Bundestags-Drucksache 16/4343.

<sup>26</sup> „STUTE unterstützt Bundeswehr mit kompetenter Transportlogistik“, Presseinformation der Stute Verkehrs-

GmbH, [www.stute.de](http://www.stute.de) (17.6.2009).

<sup>27</sup> Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2006 (48. Bericht) Bundestagsdrucksache 16/4700.

<sup>28</sup> Zwischen 2002 und 2005 wurden von der Bundeswehr neben Kühne und Nagel, deren Tochterfirma Stute Verkehrs-GmbH sowie deren Tochter Militärlogistik Competence Center folgende deutsche Firmen von der Bundeswehr mit See- und Fluglogistik in und nach Afghanistan beauftragt: IMEX Spedition- und Handels- GmbH, DHL Worldwide Express, TCI GmbH, Interdean AG, Müller & Partner, ATEGE, Schenker Logistik, Rentsch, EAC. Für die Infrastruktur der Feldlager der Bundeswehr in Afghanistan von der Strom- und Wasserversorgung über die Verpflegung bis hin zur Reinigung wurden im selben Zeitraum Verträge mit folgenden deutschen Firmen geschlossen: Gebr. Heinemann, Kärcher, ABZ, OHB, Züblin International,

KB Impuls Service GmbH, Ecolog.

<sup>29</sup> Wolfgang Hoffmann: Kampf ums Geld, in: Die Zeit, 36/1998

# Lesetipp

## Krieg als Popkultur: Die neu gestaltete „Y“

von Andreas Seifert

Die Runderneuerung des Bundeswehrmagazins „Y“ ist die gelungene Antwort auf die verkürzten Aufmerksamkeitsspannen seiner Soldaten: kleinteilig und bunt. Seit 2001 hat die Bundeswehr mit dem Magazin Y versucht, seinen Soldaten, Reservisten und deren Angehörigen ein „zeitgemäßes“ Informationsangebot zu liefern. Jetzt ist der „optische Auftritt in die Jahre gekommen“ (Editorial, 6/2009) und wird durch ein Konzept ersetzt, das noch weiter auf Text verzichtet und Themen modern in kleine und kleinste Häppchen zerlegt.

In der ersten Ausgabe wird erläutert, wie man sich das in Zukunft vorstellt: Kraftvoll soll der erste Eindruck sein.<sup>1</sup> Mit markigen Titelbildern soll der Grundton eines Heftes gesetzt werden. Bunt, aber eben zeitgemäß bunt, soll die Sache sein. Weg mit dem alten (Post-)Gelb, dem Relikt einer Zeit, in der man noch Y mit Yellow verlängerte. Das neue Gelb ist ein Gold: „eine Farbe der Ehre, die dem Heft Ruhe und Seriosität verleihen darf“. Markige Farben auch sonst: Schwarz-grün, „erinnert an militär-typisches Oliv“; Grün, „ein Schuss Natürlichkeit und Freundlichkeit“; und das dominante Blau, „kühl, hart, klar“. Eingeschobene Infokästen, Zitate und vor allem Infografiken sollen die Texte ergänzen und die Seiten auflockern. Also wird, wo immer möglich, der Text um Infografiken, Witzchen und Banalitäten ergänzt: „Die P-3C ist kein neuer 2-Komponentenkleber, sondern ...“ (das Flugzeug, welches auf den vorhergehenden vier Seiten eingehend besprochen wurde) (6/2009, S. 46). Der Versuch, sich der Zielgruppe anzunähern, gerät hier und da ein bisschen aus dem Ruder. So lautet die Eingangsfrage zum Faktenblock „Rohstoffkrise“: „Wird mein Handy unbezahlbar?“ (6/2009, S. 52). Das mag als gewollter Lacher eingepflanzt gewesen sein, geht jedoch hier und da nach hinten los und nimmt dem Blatt die Seriosität.

Das Maß zu finden, in dem Grafik, Fotos, Info-Kästen und Fließtext in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, misslingt leider zu oft. Poppige Elemente zerschneiden den Seitenaufbau zur Unkenntlichkeit und den Anschluss des Textes findet nur der Geübte. Sich überlagernde Ele-

mente und oftmals aufgeblasene Typographie unterstützen diesen Effekt (besonders misslungen: 6/2009, S. 82/83).

Inhaltlich ist die Y übrigens so gut (oder schlecht) wie die alte - die Tendenz zu noch kürzeren Texten, verkürzt auch das ein oder andere Argument oder dient als Vorwand, eine mögliche Kritik komplett unter den Tisch fallen zu lassen. Weiterführende Links und Literaturhinweise gibt es nur dort, wo dies zielführend erscheint - d.h. bei einem Beitrag über schnelle Motorräder, aber nicht bei komplexen Themen der Politik, sei es Afghanistan oder die Flüchtlingsproblematik. Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass die Y sich nicht als Sprachrohr der Regierung begreift - und doch lässt sie es manchmal lieber offen, wie die Berliner Position ist. Der Beitrag zu Georgien ist hierfür ein schönes Beispiel (7/2009, S. 10-15). So wird zwar betont (in einer Extra-Spalte versteht sich), dass die USA auch unter Obama Georgien und andere osteuropäische Länder darin unterstützt, Mitglied in der NATO zu werden, was auf Widerstand der Russischen Föderation trifft - aber auf den Verweis auf die ablehnende/abwartende Haltung der Bundesregierung zu diesem Thema wartet man vergebens. Besser noch: Infokästen sei Dank wird auf Seite 14 dann unter der Frage „Was ist die deutsche Position?“ umfassend aufgeklärt. Der Gesamttext lautet: „Deutschland war der erste Staat, der 1992 in Tiflis (Tbilisi) eine Botschaft eröffnete. Es unterstützt aktiv die Vermittlungsbemühungen um eine politische Lösung des Abchasienskonflikts.“ Wie und wo erfährt man leider nicht. Im Gegensatz hierzu erfährt die russische oder die amerikanische Position deutlich mehr an (einseitiger) Aufmerksamkeit. Es bleibt der Eindruck, als hängt die Y noch überkommen Feindbildern aus dem Kalten Krieg nach.

Da kann man nur mit dem Werbespruch der Zeitschrift selbst beipflichten: „Näher am Geschehen sind nur unsere Soldaten im Einsatz“ - oder: die Bundeswehr wird hier vielleicht schneller im Einsatz sein, als ihr lieb ist und die Y wird uns dann über die technischen Tücken dieses Einsatzes aufklären. Die Aufteilung in „politische Themen“



und die „Bundeswehr im Einsatz“ bildet dabei einen vor allem auch stilistischen Bruch ab. Ist die Bundeswehr erst einmal vor Ort, erübrigt sich das Hinterfragen der Einsatzziele von selbst und der Text konzentriert sich auf die Wiedergabe konkreter Einsatzerfahrungen. Der Beitrag über die Bundeswehr in Afghanistan käme auch ohne den Hintergrund Afghanistan aus - ein beliebiges Lager in einem beliebigen Land reicht völlig: „Hauptfeldwebel Jonas Hecke erläutert: Vor dem Einsatz haben wir eine umfangreiche fachliche Ausbildung in den Gefechtsarten Angriff, Verteidigung und Verzögerung erhalten. Dazu einsatzspezifische Lehrgänge sowie die Ausbildung Kampf in schwierigem Gelände.“ Die Thematisierung der Isolation der kämpfenden Truppe in Afghanistan unterbleibt wie vieles andere auch. Ersetzt wird dies durch die Schilderung von Tagesabläufen. Sogar der Bundeswehr sollte es zweifelhaft erscheinen, Analysen durch Bekenntnisse zu ersetzen und Informationen wie Puzzle-teile anzubieten, statt sie in Argumentationen zu integrieren.

Im Fazit ist die neue Y ein hübsches Magazin für alle, die keine Zweifel an der Politik und am Militär haben wollen. Sie ist moderner und poppiger geworden und hinterlässt mehr den Eindruck eines überladenen Internetportals als den einer Zeitschrift. Der Internetauftritt der Zeitschrift kommt übrigens deutlich biederer daher. Dort fällt dann auch auf, wie kurz die Texte wirklich sind. Optisch wird der Webauftritt aber sicher auch bald verändert: „Auch die Medien der Truppeninformation müssen sich immer wieder der Frage stellen, wie sie noch besser und ansprechender dazu beitragen können, die Staatsbürger in Uniform umfassend über ihre Bundeswehr zu informieren.“ (Dr. Franz Josef Jung, Minister, Y, 6/2009, S. 7).

\*\* Name zum Schutz des Kameraden geändert

### Anmerkung

<sup>1</sup> Y, Ausgabe 6/2009, S. 6-7. Online ist die Y ebenfalls einsehbar ([www.y-punkt.de](http://www.y-punkt.de)), die hier angesprochen „Erklärung“ findet sich als PDF: [http://www.y-punkt.de/fileserving/PortalFiles/02DB13100000001/W27SEKYD328INFODE/die\\_neue\\_y.pdf](http://www.y-punkt.de/fileserving/PortalFiles/02DB13100000001/W27SEKYD328INFODE/die_neue_y.pdf)



# Wehrpflichtigen oder Berufsarmee?

von Michael Schulze von Glasfer

Während die Wehrpflicht international ein Auslaufmodell darstellt, ist in Deutschland die große Koalition der Kriegsbefürworter aus CDU, FDP, SPD und Grünen in dieser Frage gespalten. Aus diesem Grund ist es erforderlich, genauer hinzusehen, mit welchen Motiven für die Beibehaltung oder Abschaffung des Zwangsdienstes plädiert wird.

Die momentanen Regierungsparteien halten an der Wehrpflicht fest und wollen dies auch in Zukunft tun. Schon im Dezember 2007 in Hannover stellte die CDU in ihrem Grundsatzprogramm klar: „Wir bekennen uns zur Wehrpflicht“ – daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Grundlage für „Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr“ sei die allgemeine Wehrpflicht und müsse daher auch in Zukunft beibehalten werden, so die Konservativen.<sup>1</sup> Auch die bayerische CDU-Schwesterpartei CSU spricht sich für eine Beibehaltung der Wehrpflicht aus: „Die Allgemeine Wehrpflicht bleibt von zentraler Bedeutung für unsere nationale Sicherheitsvorsorge“. Die CSU sieht vielfältige Gefahren auf Deutschland zukommen und strebt „eine Ausdehnung der Allgemeinen Wehrpflicht zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht für Männer, die den Dienst auch im Zivil- und Katastrophenschutz ermöglicht, sowie eine bessere Anrechnung von Freiwilligendienst“, an.<sup>2</sup> Auch in ihrem Programm für die kommende Bundestagswahl bestätigen die beiden konservativen Parteien ihren Wehrpflicht-freundlichen Kurs.<sup>3</sup> Auf eine „Fortentwicklung der Wehrpflicht“ unter „Beibehaltung der Musterung“ setzt die SPD. Ziel einer Wehrpflicht-Reform sei es laut Sozialdemokraten, nur „diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten“. Reiche dies nicht aus, sollen Wehrpflichtige den Armee-Bedarf decken.<sup>4</sup> Die SPD gehört also nicht wie CDU/CSU zu den radikalen Vertretern der Wehrpflicht.

Alle momentan im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien lehnen die Wehrpflicht ab. Die Grünen wollen „die Bundeswehr gemäß ihren Aufgaben deutlich reduzieren und die Wehrpflicht abschaffen“, heißt es im Programm für die kommende Bundestagswahl im September.<sup>5</sup> Ausführlicher widmet sich die FDP dem Thema: die Wehrpflicht gehöre „schnellstens ausgesetzt“, meint die Partei. Der Zwangsdienst sei heutzutage

„nicht mehr zu begründen“, er sei in seiner „Ausgestaltung zutiefst ungerecht“. Aus Sicht der Liberalen sei die Wehrpflicht „für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mittlerweile sogar kontraproduktiv“. Über die Forderung nach einer Abschaffung der Wehrpflicht hinaus geht die Linkspartei. In ihrem Wahlprogramm bekräftigt die Partei ihre militärkritische Linie und möchte die „Wehrpflicht abschaffen“. Zusätzlich soll der Armee aber auch die Nachwuchswerbung im öffentlichen Raum erschwert werden: geworben werden darf nur noch, wenn „Vertreterinnen und Vertreter gegenteiliger Auffassungen“ ebenfalls bei Werbeveranstaltungen auftreten dürfen.<sup>7</sup>

Kommt es nach der Parlamentswahl im September nicht zu einer großen Koalition von SPD und CDU/CSU, wird voraussichtlich mindestens eine Partei an der Regierung beteiligt sein, die die Wehrpflicht abschaffen will – am wahrscheinlichsten die FDP, da Umfragen auf eine Mehrheit des liberal-konservativen Lagers deuten. Ob die Wehrpflicht dann wirklich abgeschafft wird, werden die Koalitionsverhandlungen zeigen. Auffällig ist jedenfalls, dass sich nahezu die komplette Parteienlandschaft einerseits darüber einig ist, dass die Bundeswehr nunmehr als „Armee im Einsatz“ (Weißbuch der Bundeswehr) zu fungieren hat, also Militäreinsätze im Ausland mittlerweile die Kernaufgabe der Truppe darstellen. Andererseits scheint man sich jedoch über die Rolle der Wehrpflicht in diesem Zusammenhang uneins zu sein. Und tatsächlich, auf den ersten Blick sind Wehrpflichtige für das heutige Anforderungsprofil nahezu nutzlos, denn sie dürfen nicht in Auslandseinsätze geschickt werden. Weshalb dennoch Teile des Militärs und der politischen Eliten so krampfhaft an dem Zwangsdienst festhalten wollen, verdeutlicht ein Zitat von Wolfgang Schneiderhahn, dem Generalinspekteur der Bundeswehr: „Nur über die hohe Zahl der Grundwehrdienstleistenden, die freiwillig ihren Wehrdienst verlängern, kommen wir mit vertretbaren finanziellen Mitteln an ein Reservoir gut qualifizierten Personals. Ohne sie wäre die hohe Zahl der Auslandseinsätze nicht dauerhaft durchzuhalten.“<sup>8</sup> Sollte die Wehrpflicht also abgeschafft werden, würden sich die Probleme der Bundeswehr, an ausreichend (insbesondere hochqualifizierte) Rekruten zu gelangen, massiv verschärfen. Sie wäre demzufolge gezwungen,

diesen „Verlust“ anderweitig zu kompensieren. Folgerichtig titelte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung bereits vor einigen Jahren: „Rekrutierungsbüros in jeder Fußgängerzone? Wenn die Wehrpflicht kippt, wird es für die Bundeswehr noch schwieriger, genügend Soldaten zu finden. Vor allem qualifizierte Leute.“<sup>9</sup>

Die Bundeswehr ohne Wehrpflicht darf also nie ohne die daraus resultierenden Veränderungen betrachtet werden. Die Linkspartei hat dies offenbar erkannt und in ihrem Wahlprogramm gleich darauf reagiert: die Bundeswehr würde nach Abschaffung der Wehrpflicht noch massiver für den Dienst an der Waffe werben. Ohne Wehrpflicht müsste die Armee ihren Nachwuchs in der Öffentlichkeit anwerben – mit noch mehr Bundeswehr-Werbemaßnahmen in Schulen, den Medien und im öffentlichen Raum müsste gerechnet werden. Sollte der Zwangsdienst wirklich abgeschafft werden, ist eine zunehmende Werbetätigkeit der Bundeswehr im öffentlichen Raum die logische Konsequenz. Die Forderung nach einer Abschaffung der Wehrpflicht muss aus einer linken Perspektive also immer auch eine Kritik an öffentlichen Bundeswehr-Werbemaßnahmen zur Rekrutengewinnung und Image-Verbesserung beinhalten.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Grundsatzprogramm der CDU: „Grundsätze für Deutschland: Freiheit und Sicherheit“; beschlossen auf dem Bundesparteitag am 3.-4. Dezember 2007 in Hannover

<sup>2</sup> Grundsatzprogramm der CSU: „Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestaltet“; beschlossen auf dem Parteitag am 28. September 2007 in München

<sup>3</sup> Regierungsprogramm von CDU/CSU 2009-2013: „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für Deutschland“; beschlossen auf der gemeinsamen Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung am 28. Juni 2009

<sup>4</sup> Regierungsprogramm der SPD 2009-2013: „Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland.“; beschlossen auf dem Bundesparteitag am 14. Juni 2009 in Berlin

<sup>5</sup> Bundestagswahlprogramm der Partei DIE GRÜNEN; beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz am 8.-10. Mai 2009 in Berlin

<sup>6</sup> Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei: „Die Mitte stärken.“; beschlossen auf dem Bundesparteitag am 15.-17. Mai 2009 in Hannover

<sup>7</sup> Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE: „Konsequent für Demokratie und Frieden“; beschlossen auf dem Bundesparteitag am 20./21. Juni 2009 in Berlin

<sup>8</sup> Schneiderhahn, Wolfgang: Bei der Wehrpflicht soll es bleiben, in: Bundeswehr Aktuell, 02.04.2007; S. 7

<sup>9</sup> Lohse, Eckart: Rekrutierungsbüros in jeder Fußgängerzone?, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27.08.2007

# Eskalation am Golf von Aden

## Schuss vor den Bug oder Schlag ins Wasser?

von Christoph Marischka

Das International Maritime Bureau (IMB) wurde 1981 von der internationalen Handelskammer (ICC) gegründet mit dem Ziel, die Kriminalität auf See zu beobachten und ihre Verfolgung zu erleichtern. Hierzu unterhält sie u.a. Kontakt zu Interpol und zur Weltzollorganisation (WCO) sowie den mittlerweile im Rahmen der Pirateriebekämpfung patrouillierenden Marineverbänden. Zugleich macht sie sich für eine umfassende Definition der Piraterie stark, nach der fast jede kriminelle Handlung auf See unter diese fällt. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit besteht darin, Meldungen über diesbezügliche Vorfälle zu sammeln und entsprechende Lagebilder zu erstellen. Das IMB stellt auf der Homepage der Internationalen Handelskammer eine stets aktualisierte „Live Piracy Map“ zur Verfügung, in der auch die Koordinaten „verdächtiger Schiffe“ eingetragen sind, gibt Warnmeldungen für bestimmte Regionen aus und erstellt regelmäßige Berichte über die Piraterie auf den Weltmeeren. Diese Berichte gelten als anerkannte Quellen über Vorfälle von Seeräuberei sowie deren Häufigkeit und geografische Verteilung, obwohl sie nicht im eigentlichen Sinne veröffentlicht werden, sondern nur für die „interne Nutzung der Empfänger“ bestimmt sind. Finanziert werden die Berichte neben der zyprischen Regierung v.a. von großen Versicherungsunternehmen und nationalen Werftverbänden, also von Institutionen, die tendenziell ein Interesse an sicheren Handelsrouten auf See haben.

Insofern erscheint der Halbjahresbericht 2009 des IMB, den die Handelskammer Mitte Juli zirkulieren ließ, widersprüchlich. Einerseits wird in diesem unter „Danksagungen“ das Engagement der internationalen Seestreitkräfte am Golf von Aden ausdrücklich „begrüßt und unterstützt“, andererseits zeigt der Bericht aber anhand seiner statistischen Daten, dass eben dieses Engagement keineswegs zu einem Rückgang der Piraterie in dieser Region geführt, sondern diese im Gegenteil in Umfang und Brutalität enorm zugenommen hat, seit die internationalen Kriegsschiffe dort präsent sind.

### Eskalation seit Juli 2008

So zeigt schon der Jahresbericht 2008 des IMB einen zaghaften Anstieg der weltweit

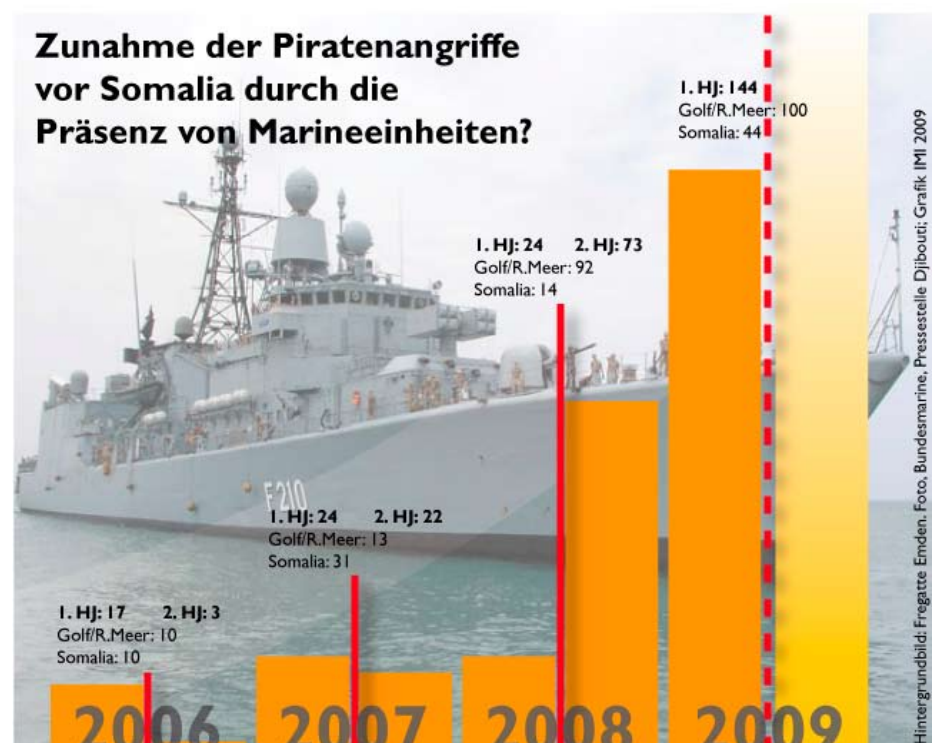
versuchten und erfolgten Piratenangriffe (nach IMB-Definition) von 263 im Jahre 2007 auf 293 im Jahre 2008, wobei die Zahlen in den meisten Regionen sogar rückläufig waren. Nur vor Malaysia, Myanmar, den Philippinen, Singapur, Vietnam, Ecuador, Venezuela, Angola, Kamerun, der Republik Kongo, Äquatorialguinea und Ghana nahmen die Meldungen gegenüber dem Vorjahr marginal um insgesamt 28 Fälle zu. Ohne den Golf von Aden und das Rote Meer - beide werden in den Berichten des IMB zusammengefasst - bliebe insgesamt ein Rückgang. Doch am Golf von Aden und dem Roten Meer stieg die Anzahl der gemeldeten Piratenangriffe von 13 im Jahr 2007 auf 92 im Jahr 2008. Damit wurde die Region 2008 zum absoluten Hot Spot der Piraterie und zwar mit weitem Abstand vor Nigeria und Indonesien, wo 2008 40 bzw. 28 Fälle gemeldet wurden.

Der Halbjahresbericht 2009 lässt nun den Zeitpunkt, an dem der rasante Anstieg begann, genauer eingrenzen, denn er vergleicht die Zahl der Überfälle im ersten Halbjahr 2009 mit denen im ersten Halbjahr 2008. Zwischen Januar und Juni 2008 waren am Golf von Aden und im Roten Meer erst 19 Vorfälle gemeldet worden, gerade einmal einer mehr als vor Nigeria.

Im ersten halben Jahr 2009 hingegen waren es genau 100. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle stieg demnach von 10 bzw. 13 2006 und 2007 im ersten Halbjahr 2008 auf 19 und dann sprunghaft auf 73 im zweiten Halbjahr 2008 bzw. 100 im ersten Halbjahr 2009. Angriffe in somalischen Küstengewässern wurden gesondert erfasst und stiegen von 10 im Jahre 2006 auf 31 im Jahre 2007. Im ersten Halbjahr 2008 wurden hier 5 Vorfälle gemeldet, im zweiten Halbjahr 2008 14 und im ersten Halbjahr 2009 44. Vor diesem Hintergrund von einem erfolgreichen Vorgehen der internationalen Seestreitkräfte zu sprechen, ist blanker Hohn.

### UN-Mandat für die Piratenjagd

Bereits am 21. April 2008 war die deutsche Fregatte Emden einem japanischen Handelsschiff, das 240 Seemeilen östlich von Aden von Piraten angegriffen worden war, mit einem Hubschrauber zur Hilfe gekommen. Das deutsche Kriegsschiff war zu dieser Zeit im Rahmen der Operation Enduring Freedom in den Gewässern unterwegs. Innerhalb der japanischen Regierung begann damit eine Debatte, ob die Piratenbekämpfung Teil des Kriegs gegen den Terror sei und das japanische Sondergesetz, das die Beteiligung der Streitkräfte an diesem im offenen Widerspruch zur Verfassung begründet, entsprechend ausgeweitet werden sollte, damit Handelsschiffe zukünftig von japanischen Zerstörern begleitet werden könnten. Ähnliche Debatten begannen gerade auch in Deutschland, als der UN-Sicherheitsrat am 2. Juni 2008 einstimmig die Resolution



1816 zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias verabschiedete, welche die Staaten autorisierte, in somalische Küstengewässer einzudringen und dort Piraterie „mit allen erforderlichen Mitteln“ zu verhindern. Die in der Region aktiven Kriegsschiffe und Militärflugzeuge wurden darin explizit aufgefordert, aufmerksam zu sein und zu kooperieren, um Angriffe auf Handelsschiffe zu unterbinden. Die Resolution basierte auf einer Vorlage, welche sieben europäische Küstenstaaten, die USA, Japan, Kanada und Australien gemeinsam mit Panama und Südkorea eingereicht hatten und entsprach einer entsprechenden Anfrage der somalischen Regierung, die zwar von der internationalen Gemeinschaft anerkannt wird und insbesondere von Äthiopien und den USA militärisch unterstützt wird, tatsächlich aber nur kleine Teile des Staatsgebietes kontrolliert und über keine innenpolitische Legitimität verfügt. Genau hierin wurde letztlich die Begründung für die außergewöhnliche UN-Resolution gesucht, dass die Regierung eben selbst nicht für Sicherheit und Ordnung sorgen könne und deshalb diese Funktion in ihren Küstengewässern an die internationale Gemeinschaft überträgt. Explizit und mehrfach wurde in der Resolution und bei ihrer Verabschiedung festgehalten, dass es sich hierbei um eine Ausnahme handle, die nur die Küstengewässer Somalias betreffe und sich hieraus keinerlei Neudefinition des Völkerrechts ergeben dürfe.

In der Folge stiegen plötzlich sowohl die Meldungen über Piratenangriffe als auch die Berichterstattung über diese.

### Humanitärer Auftrag?

Am 25. September 2008 bat der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon auf der Grundlage von Resolution 1816 offiziell die NATO, den Schutz von Schiffen im Auftrag des UN-World Food Program in der Region zu übernehmen, woraufhin die NATO sehr schnell ihre 2. Mittelmeerflotte (Standing NATO Maritime Group, SNMG 2) entsandte. Innerhalb eines Monats waren die ersten NATO-Schiffe vor Ort und übernahmen ihren neuen Auftrag, die Bekämpfung der Piraterie. Als Begründung für diese Anfrage der UN um militärischen Schutz durch die NATO galten die zuvor erfolgten Piratenangriffe auf Schiffe, die Güter im Auftrag des WFP transportieren und dass 90% der Nahrungsmittellieferungen nach Somalia über den Seeweg erfolgten. Würde dieser unterbrochen, drohten sich Hunger und Unterernährung in Ostafrika weiter zu verschlimmern. Tatsächlich wurden 2007 drei Schiffe mit Gütern des WFP von Piraten angegriffen,<sup>1</sup>

von etwa dreißig, die täglich im Auftrag des WFP unterwegs sind.<sup>2</sup> Das WFP ging deshalb bereits im November desselben Jahres dazu über, seine Ladung im kenianischen Mombasa auf kleinere Schiffe zu verladen, die dann bis nach Mogadischu eskortiert wurden. Danach gab es keine Übergriffe mehr auf Schiffe des WFP, bis im April 2009 - mittlerweile wurde der zwischenzeitlich unterbrochene NATO-Einsatz von der EU-Operation ATALANTA ergänzt - die unter US-amerikanischer Flagge stehende „Maersk Alabama“ auf dem Weg nach Mombasa geentert wurde. Deren Kapitän bot sich im Austausch für Schiff und Crew als Geisel an und die Alabama konnte mit zweitägiger Verspätung in Mombasa einlaufen. Der Kapitän wurde später in einer spektakulären Aktion durch US-Spezialeinheiten, bei der drei Piraten erschossen und einer festgenommen wurde, befreit.

Nur wenige Tage später wurden zwei weitere Schiffe, die Ladungen des WFP an Bord hatten, von Piraten angegriffen: die „Sea Horse“ 700km vor der somalischen Küste auf dem Rückweg nach Indien und die „Liberty Sun“ auf dem Weg von Port Sudan nach Mombasa.<sup>3</sup> Während die unter togolesischer Flagge fahrende Sea Horse gekapert und nach drei Tagen gegen ein Lösegeld von etwa 100.000 US\$ wieder von den Piraten freigegeben wurde, verlief der Angriff auf die Liberty Sun unter US-Flagge ungewöhnlich: Die Piraten feuerten mit Raketenwerfern und Maschinengewehren auf das Schiff und beschädigten dessen Rumpf. Obwohl es fünf Stunden dauerte, bis ein herbeigerufenes Boot der US-Marine eintraf, enterten die Piraten die Liberty Sun nicht. Deren Besatzung, die sich im Maschinenraum verbarrikadiert hatte und unverletzt blieb, und die internationalen Medien führen dies auf ein erfolgreiches Ausweichmanöver zurück. Einzig ein Bericht von BBC verweist darauf, dass die Piraten nach der gewaltsamen Befreiung des Kapitäns der Alabama Vergeltungsmaßnahmen angekündigt hätten.<sup>4</sup> Tatsächlich schien es eher die Absicht der Angreifer, das Schiff zu beschädigen als es zu kapern. Das nächstgelegene Kriegsschiff, das von der Liberty Sun zur Hilfe gerufen wurde, war denn auch die USS Bainbridge, von der die US-Kommandoaktion ausging und an deren Bord sich nach wie vor der Kapitän der Alabama befand. Dieser wurde von den internationalen Medien zwischenzeitlich als Held gefeiert und sollte am Tag nach dem Angriff in Mombasa seine Crew wieder treffen, um mit dieser gemeinsam und feierlich in die USA zurückzufliegen. Dieses durchaus als Medienereignis geplante Treffen fiel aufgrund des Angriffs auf die Liberty Sun

buchstäblich ins Wasser.<sup>5</sup>

Tatsächlich müssen die US-amerikanische Aktion zur Befreiung der Geisel ebenso wie die kurz zuvor, aber weniger erfolgreich mit Unterstützung der deutschen Fregatte Mecklenburg-Vorpommern erfolgte französische Kommandoaktion (hier wurde die Geisel gleich mitgetötet) auch abgesehen von den absehbaren Vergeltungsmaßnahmen kritisch betrachtet werden. Zukünftig werden sich Piraten nicht mehr auf eine Freigabe der Schiffe mitsamt Crew im Austausch gegen den Kapitän einlassen, die Geiseln eher ins Hinterland verschleppen, einsperren und auch töten. Tatsächlich weisen zahlreiche Medienberichte seither darauf hin, dass der Umgang der Piraten mit den Geiseln deutlich rauer geworden ist.

Von Kritik an dem Vorgehen der internationalen Truppen sind aber IMB und auch das WFP weit entfernt. Das WFP hatte bereits zum Abschluss des ersten NATO-Einsatzes zur Piratenbekämpfung im Dezember 2008 erklärt, dass „ohne diesen Schutz zwei Mio. Somalis eventuell Hunger hätten leiden müssen“, obwohl die Operation „Allied Provider“ erst im Oktober begann und bereits seit Ende 2007 keine Angriffe mehr auf Schiffe im Auftrag des WFP stattfanden, da diese ihre Route über Mombasa änderten.<sup>6</sup> Dass diese Route nun auch in Gefahr ist und Schiffe zunehmend auch weit vor der Küste angegriffen werden, gilt allgemein als Folge der internationalen, militärischen Piratenjagd und der UN-Resolution 1816. Anstatt diese aber zu kritisieren oder über einen Zusammenhang zwischen der US-amerikanischen Kommandoaktion und den Angriffen auf die Liberty Sun und die Sea Horse auch nur zu spekulieren, stellt das WFP im Einklang mit den Regierungen der USA und Somalias die Piratenangriffe weiterhin als primäres Hindernis der Versorgung Ostafrikas dar und fordert es ein entschiedeneres militärisches Vorgehen: „Wenn Nahrungsmittelhilfe Somalia, Kenia, den Südsudan und den Ostkongo nicht über Mombasa erreichen kann, werden Millionen Menschen hungern und die bereits hohe Verbreitung von Unterernährung wird weiter zunehmen. Piraterie in den Gewässern Somalias bereitet dem WFP, dessen Schiffe 2007 in drei Fällen angegriffen oder geentert wurden, bereits länger Sorgen. Da 90% der Nahrungsmittelhilfe Somalia über das Meer erreicht, fahren wir somalische Häfen nur noch mit Eskorten an...“<sup>7</sup>

### Die Piraten rüsten auf

Obwohl sowohl die räumliche Ausdehnung als auch die reine Summe der Pira-



tenüberfälle mit dem internationalen militärischen Engagement zunehmen, lässt sich jedoch evtl. ein weiterer Grund für dieses finden, der nicht in geopolitischen Interessen begründet ist, für die sich UN und deren WFP einspannen lassen. So macht bereits der IMB-Bericht für das Jahr 2008 deutlich, dass sich die Art der Piraterie vor Somalia und am Golf von Aden vor allem qualitativ deutlich von der in anderen von Piraterie betroffenen Gebieten unterschied: Während vor Asien und Afrika Schiffe überwiegend und vor Lateinamerika fast ausschließlich angegriffen werden, während sie vor Anker oder im Hafen liegen, wurden bereits 2008 44 Schiffe vor Somalia und im Golf von Aden während der Fahrt geentert. Damit wurden von weltweit insgesamt 87 Schiffen, die nicht vor Anker lagen, als sie überfallen wurden, etwa die Hälfte in dieser Region geentert - hinzu kommen 58 von weltweit 82 Versuchen, die fehlschlugen. Im ersten Halbjahr 2009 waren es 30 von 49 erfolgreichen Enterungen bei Fahrt und 114 von 120 missglückten Versuchen weltweit.

Solche Angriffe auf fahrende Schiffe verlaufen naturgemäß anders. So waren die Piraten 2008 bei 68 der 293 Angriffe weltweit lediglich mit Messern bewaffnet. Von den 139 Angriffen, bei denen sicher Schusswaffen im Spiel waren, erfolgten 85 im Golf von Aden und 17 in somalischen Gewässern, wobei auch von diesen die meisten auf das 2. Halbjahr entfallen. Auf hoher See geenterte Schiffe wurden meist mitsamt der Crew an die Küste Somalias gebracht. Daher gehen 2008 von den insgesamt 889 als Geiseln genommen Seeleuten 629 auf Überfälle am Golf von Aden und 186 auf solche vor Somalia zurück, wobei bis Juni 2008 insgesamt erst 190 Geiseln genommen wurden. Anstatt wie in anderen Regionen nur Teile der Fracht und Eigentum von der Besatzung zu rauben, verlangten die Piraten in dieser Region also überwiegend Lösegeld für die Schiffe und deren Besatzung von den Reedereien. Wurde dieses Lösegeld bezahlt, liefen die Überfälle jedoch meist recht glimpflich ab. Verletzte oder getötete Seeleute gab es 2008 weltweit 43, davon zwei vor Somalia und vier im Golf von Aden. Die meisten der 2008 betroffenen Schiffe wurden von deutschen Reedereien betrieben (41) gefolgt von Reedereien aus Singapur (31), Griechenland (23) und Japan (16) sowie Norwegen, dem Vereinigten Königreich und China mit jeweils 12 Schiffen.

Insofern ist durchaus ein starkes Interesse der betroffenen Staaten und ihrer Verbündeten an einer Bekämpfung der Piraterie anzunehmen, wenn auch nicht aus humanitären

Gründen. Doch auch vor dem Hintergrund dieses Interesses können die bislang erfolgten Einsätze schwerlich als Erfolg gewertet werden. Denn im ersten Halbjahr 2009 ist eben keinerlei Rückgang der Piraterie zu verzeichnen. Im Gegenteil scheinen die Piraten ihrerseits aufzurüsten und brutaler vorzugehen. Von den 240 in diesem Zeitraum erfolgten Angriffen weltweit wurden 151 nachweislich mit Schusswaffen ausgeführt und damit mehr, als im ganzen Jahr 2008. Davon entfallen alleine 78 auf den Golf von Aden und auf Somalia 41, womit insbesondere in somalischen Gewässern der Einsatz von Schusswaffen deutlich zugenommen hat. Der starke Anstieg an Geiselnahmen zwischen dem ersten Halbjahr 2008 und dem ersten Halbjahr 2009 von 190 Fällen auf 561 geht ausschließlich auf Somalia und den Golf von Aden zurück, wo zwischen Januar und Juni 2009 287 bzw. 198 Crewmitglieder (von mutmaßlichen Piraten abgesehen) verschleppt wurden - insgesamt 295 mehr als im ersten Halbjahr 2008 weltweit und 193 mehr als im gesamten Jahr 2007. Im gleichen Zeitraum wurden vor Somalia und am Golf von Aden insgesamt 10 Seeleute verletzt und getötet, fast doppelt so viele, wie im gesamten Vorjahr. 38 der angegriffenen Schiffe im ersten Halbjahr 2009 fuhren im Auftrag von Reedereien aus Deutschland, 33 aus Griechenland und 17 aus Singapur.

### **(Real-)Satire am Golf von Aden**

Dass die militärische Piratenjagd dennoch von den meisten Beteiligten als Erfolg bewertet wird und ihre Weiterführung außer Frage steht (allenfalls wird die Frage gestellt, ob sie noch "robuster" durchgeführt werden soll), mag also Erstaunen hervorrufen. Vielleicht geht es ja doch darum, einen völkerrechtlichen Präzedenzfall zu schaffen, sich die Herrschaft über einen sog. gescheiterten Staat stückchenweise und gemeinschaftlich anzueignen. Vielleicht geht es auch darum, insofern einen Präzedenzfall zu schaffen, als vor der Küste Somalias ganz offensichtlich Kapitalinteressen gegen eine verarmte und kriminalisierte Bevölkerung militärisch verteidigt werden sollen, auch wenn dies bislang erfolglos bleibt. Vielleicht kann auch keine der weltweiten Mächte nach dem frühen NATO-Engagement mehr darauf verzichten, vor der rohstoffreichen Küste Somalias an einem der Highways des Welt Handels Präsenz zu zeigen. Vielleicht geht es aber auch oder noch dazu um die pure "Lust am Einsatz" der führenden und aufstrebenden Seemächte in einem der internationalen Gewalt Preis gegebenen Gebiet. Diese scheint mittlerweile - profitträchtig - auch Privatpersonen erfasst zu haben. So

meldete das österreichische "Wirtschaftsblatt" am 22.6.2009:

"Ein russischer Kreuzfahrtunternehmer dreht den Spieß jetzt um und lädt reiche Russen zur Jagd auf Piraten vor Somalias Küste ein, der gefährlichsten Wasserstraße der Welt. Seine Geschäftsidee ist einfach: Sein Kreuzfahrtschiff ist der Köder für die Piraten. Versuchen die echten Piraten das scheinbar harmlose Schiff zu entern, erleben die Afrikaner ihr blaues Wunder. Statt wehrlosen Handelsmatrosen stehen ihnen bis an die Zähne bewaffnete russische Touristen gegenüber. Ein makabrer Touristen Spaß. Ein Tag an Bord des gecharterten Kreuzfahrtschiffes kostet 5.790 Dollar. Es wird solange geschippert, bis die echten Piraten auch wirklich angreifen. Mindestens ein Piratenüberfall mit Kaperungsversuch wird vom Reiseunternehmer garantiert. Die Route geht von Djibouti nach Mombasa in Kenia. Das Schiff fährt dafür möglichst nahe der somalischen Küste mit einer Geschwindigkeit von nur fünf nautischen Meilen entlang. Die Touristen können sich nach Belieben und Geldbeutel mit Waffen eindecken. Eine Maschinenpistole des Typs AK-47 kann von den russischen Kreuzfahrtpassagieren an Bord für 9 Dollar am Tag gemietet werden. 100 Schuss Munition kosten 12 Dollar. Ein Granatwerfer kostet 175 Dollar am Tag. Dazu gehören drei Granaten, die im Mietpreis enthalten sind. Die Benutzung eines an der Reeling fest installierten Maschinengewehres soll 475 Dollar kosten."

Wie die Verleger später bekannt gaben, handelte es sich dabei (höchstwahrscheinlich) um eine Satire. Noch!

### **Anmerkungen**

*Der Beitrag verwendet Zahlen aus zwei Berichten des ICC International Maritime Bureau zu "Piracy and Armed Robbery against Ships" von 2009. Die vollständigen Berichte können auf der Internetseite der IMB angefordert werden: [www.icc-ccs.org](http://www.icc-ccs.org)*

<sup>1</sup> „Two New Piracy Incidents Underline Threat to WFP Shipments“, Pressemitteilung des WFP vom 15.4.2009

<sup>2</sup> „Pirate Attacks Delay Food Sent to Africans - Millions in East, Central Africa could go hungry if delays continue“, [www.america.gov](http://www.america.gov), 1.6.2009

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> „Pirates attack second US vessel“, BBC, 15.4.2009

<sup>5</sup> „U.S. Cargo Ship Evades Somali Pirate Attack“, Associated Press, 15.4.2009

<sup>6</sup> „Successful completion of NATO mission Operation Allied Provider“, Pressemitteilung des NATO-Hauptquartiers in Europa (SHAPE) vom 12.12.2009

<sup>7</sup> Two New Piracy Incidents Underline Threat to WFP Shipments, Pressemitteilung des WFP vom 15.4.2009

# Irak: Im Clinch ums Öl

Trotz irakischer Vertragsangebote sind die Öl-Multis und Washington weit vom angestrebten Zugriff auf das irakische Öl entfernt.

von Joachim Guilliard

Ein halbes Jahr ist US-Präsident Barack Obama nun im Amt. Entgegen den Hoffnungen, die viele in seinen Amtsantritt setzten, geht die Besatzung im Irak nahezu unverändert weiter. Die Zahl der dort eingesetzten US-Soldaten hat sich nur um wenige Tausend verringert, die der Söldner ist noch gewachsen. Die im Wahlkampf versprochene Reduzierung der Kampftruppen ist faktisch mindestens bis Anfang nächsten Jahres ausgesetzt.<sup>1</sup>

Der Rückzug aus den Städten in die umliegenden Militärbasen, der laut Truppenstationierungsabkommen vom letzten Jahr bis Ende Juni abgeschlossen sein musste, ist vielerorts nur ein Etikettenschwindel. Viele Kampfeinheiten führen nun als „Trainings- und Unterstützungsgruppen“ den Krieg fort und dort, wo es nötig schien, wanderte ein US-Stützpunkt auch mal durch Änderung der Grenzen aus der städtischen Gemarkung. Und nicht nur die kommandierenden US-Generäle, auch der irakische Präsident Nouri al-Maliki denkt laut über eine Verlängerung der US-Truppen-Präsenz über den 31.12.2011 hinaus nach. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Besatzung daher weit über die im Stationierungsabkommen als „verbindlich“ festgeschriebene Deadline für den vollständigen Abzug aller US-Truppen aus dem Irak fort dauern.<sup>2</sup>

Die Maliki-Regierung weiß, dass sie sich ohne US-Truppen nicht lange halten könnte, und auch sonst konnte die Besatzungsmacht die Verhältnisse noch längst nicht so ordnen, dass sie ihre Truppen in größerem Maße abziehen könnte. Dies wird besonders an einem der wichtigsten offenen Punkte deutlich – dem Öl.

## Ölverträge im Angebot

In einer live im Fernsehen übertragenen Auktion hatte die irakische Regierung am 30.6.09 Serviceverträge für sechs Öl- und zwei Gasfelder angeboten. Es sollten dabei weder „Förderlizenzen vergeben“ noch „Ölfelder versteigert“ werden, wie es in den Medien hieß, sondern Aufträge für einen Ausbau der Ölförderung. Einerseits ein Schritt Richtung Privatisierung, andererseits weit von dem entfernt, was die Ölmultis

seit 2003 anstreben, spiegelt die Auktion die Pattsituation wider, in der sich die USA im Irak befinden.

Bis jetzt ist die Besatzungsmacht in ihrem Bemühen, westlichen Konzernen Zugriff aufs irakische Öl zu verschaffen, nicht weit gekommen. Breiter Widerstand auf allen Ebenen, auch im Parlament, hat bisher alle wichtigen diesbezüglichen Maßnahmen verhindert. Auch die Maliki-Regierung sah sich bisher gezwungen, der allgemeinen ablehnenden Haltung im Land Rechnung zu tragen. Das für die US-Pläne zentrale neue Ölgesetz ist blockiert, einige schon unterschriftsreife Verträge mit Shell, BP & Co. mussten wieder verworfen werden.<sup>3</sup>

Die Opposition gegen die Privatisierung gerät jedoch zunehmend in die Defensive. Nach sechs Jahren Missmanagement durch die Besatzungsmacht und die von ihr kontrollierten Regierungen und nach Verschleuderung von zig Milliarden Dollar setzt der Einbruch des Ölpreises die irakische Regierung erheblich unter Druck, den Ölkonzernen für ein paar schnelle Dollar-milliarden entgegenzukommen. Gleich acht Großaufträge für Iraks größte Lagerstätten sollten nun auf einen Schlag an ausländische Ölkonzerne vergeben werden mit dem Ziel, die Förderquote rasch von aktuell 2 bis 2,5 Millionen Barrel pro Tag (b/d) auf über 4 Millionen zu erhöhen (1 Barrel = 159 l).

Den meisten Konzernen ging das irakische Entgegenkommen allerdings noch nicht weit genug. Nur das Konsortium aus dem britischen Öl-Giganten BP und der staatlichen China National Petroleum Corporation (CNPC) war am Ende bereit, sich auf die aktuellen Bedingungen einzulassen und ein für die Iraker akzeptables Angebot zu unterbreiten. Es erhielt dafür den Zuschlag für Rumaila, das größte Ölfeld im Irak. Dieses Feld liefert aktuell schon fast die Hälfte des irakischen Öls und birgt mindestens weitere 17,8 Milliarden Barrel. Die anderen Konzerne und Konsortien haben jetzt noch Gelegenheit ihre Gebote nachzubessern. Sieben trafen bereits am nächsten Tag ein und werden jetzt abseits der Kameras geprüft.



## Rückkehr durch den Dienstboteneingang

Mit BP kommt nun zwar einer der mächtigen Öl-Konzerne, die vor gut 30 Jahren aus dem Land geworfen worden waren, wieder zurück in den Irak, allerdings durch den „Dienstboteneingang“: der Irak bietet im Moment nur „Technical Service Contracts“ (TSCs, techn. Dienstleistungs- oder Wartungsverträge) für Lagerstätten an, aus denen längst gefördert wird. Über diese recht speziell gestalteten Verträge werden die ausländischen Konzerne beauftragt, die Fördermengen einzelner Ölfelder auf ein festgelegtes Niveau zu bringen, indem die bestehenden Förderanlagen repariert, modernisiert und ausgebaut werden. Die Auftragnehmer übernehmen dabei zunächst die vollen Investitionskosten, bekommen diese aber ab dem Zeitpunkt zurückerstattet, ab dem die anvisierte Produktionssteigerung erreicht ist. Dasselbe gilt für alle anfallenden Zusatzkosten, wie Minenräumung, Sicherheitsfirmen etc. Bei Vertragsabschluss werden zudem noch happige Zeichnungsgebühren in Höhe von mehreren Hundert Millionen Dollar fällig. Auch diese Gebühr wird jedoch später mit Zinsen rückerstattet. Versüßt wird den Konzernen dieser limitierte Einstieg ins irakische Ölgeschäft durch Vertragslaufzeiten von mindestens 20 Jahren.

Die Ölkonzerne erhalten als Gegenleistung für ihr Engagement einen fixen Betrag für jedes Barrel, das über der Fördermenge liegt, die ohne die Investitionen zu erwarten wäre (in den meisten Ölfeldern sinkt diese im Moment). Sie erhalten zudem noch ein Vorrecht auf Folgeverträge zur Erschließung und Ausbeutung bereits bekannter, aber noch unerschlossener Lagerstätten in dem betroffenen Ölfeld.<sup>4</sup>

BP und CNPC hatten für Rumaila zunächst eine Förderprämie von 3,99 Dollar pro Barrel verlangt, ließen sich jedoch schließlich auf die 2 Dollar herunterhandeln, die der Irak als Obergrenze nannte. Ein von ExxonMobil geführtes Konsortium wollte dafür 4,80 Dollar, für andere Ölfelder wurden bis zu 21,40 Dollar verlangt. Das BP-CNPC Konsortium verpflichtete

sich bei seinem Gebot, den Output der vereinten Ölfelder Nord- und Süd-Rumaila von einer Million b/d auf 2,85 Mio. zu steigern. Die Zeichnungsgebühr beträgt 500 Millionen Dollar.<sup>5</sup>

Thamir Al-Ghadban, Ölminister in der ersten Interimsregierung und aktuell Chefberater des irakischen Premiers, sieht die Verträge daher auch als eine Form von Kredit, bei denen die Ölvorräte als Sicherheit dienen und der mit den späteren Öleinnahmen inkl. Zinsen abbezahlt wird.<sup>6</sup>

Die irakische Regierung und ihre US-amerikanischen „Berater“ wussten, wie unpopulär Verträge mit den westlichen Ölmultis sind und waren daher peinlich bemüht, jeden Anschein eines Ausverkaufs irakischer Ressourcen zu vermeiden. Auch die ungewöhnliche Transparenz durch eine öffentliche Übertragung der Auktion sollte die Akzeptanz erhöhen. Das Erdöl und die Ölquellen bleiben in der Tat vorerst vollständig in der Hand des Iraks, alle Anlagen werden Eigentum der regionalen staatlichen Ölfirma. Auch die Leitung des operativen Geschäfts wird nicht den ausländischen Konzernen überlassen. Der Produktionsbetrieb soll von speziellen Betriebsabteilungen, sog. „Field Operating Divisions“ gesteuert werden, in denen der regionale Staatskonzern und die ausländischen Firmen zusammenarbeiten.<sup>7</sup>

Agrund dieses beschränkten Angebots reagierte „Big Oil“, das seit 2003 mit aller Kraft darauf hinarbeitet, Ölfelder in eigener Regie ausbeuten und einen Anteil an den Reserven in ihren Büchern verbuchen zu können, sehr verhalten auf die irakischen Angebote. „Ans Schwarze Gold kommen sie zurzeit ohnehin noch nicht heran,“ monierte auch die *Financial Times Deutschland* ziemlich verschneupft. „Die jetzt versteigerten Lizenzverträge sehen lediglich vor, dass die Konzerne den Irak helfen, die Ausbeute der jeweiligen Felder zu steigern. Dafür bekommen sie im Gegenzug eine Geldprämie sowie das Versprechen eines privilegierten Zugangs zu noch nicht erschlossenen Vorkommen – nicht aber einen Tropfen Öl.“<sup>8</sup>

### Gefährliche Schritte in die Privatisierung

Service-Verträge mit ausländischen Konzernen, bei denen eine Regierung oder eine staatliche Ölfirma für einen festen Preis Aufträge für bestimmte Aufgaben vergibt, sind völlig normal im Ölgeschäft. Dies wird in den vollständig nationalisierten Industrien Saudi Arabiens oder Kuwaits so praktiziert und auch im Irak wurden solche Aufträge früher schon vergeben. Dennoch bedeuten die nun angebotenen Verträge,

sollten sie wirklich zustande kommen, einen bedeutenden Schritt in die Privatisierung der irakischen Ölproduktion und sind mit erheblichen Nachteilen und Gefahren für die Zukunft des Landes verbunden. Im Irak regt sich daher massiver Widerstand dagegen. Kein Kritiker ist grundsätzlich dagegen, ausländische Firmen mit der Modernisierung von Anlagen zu beauftragen. Kritik entzündet sich jedoch bereits am Umfang der Aufträge, den ungewöhnlich langen Laufzeiten und nicht zuletzt an den Vertragspartnern, den übermächtigen westlichen Öl-Multis.

Äußerst problematisch sind allein schon die langen Laufzeiten. So verpflichtet eine Klausel in den Verträgen den Irak, die finanziellen Interessen der Auftragnehmer zu schützen, d.h. die irakische Seite muss alles vermeiden, was deren Profite schmälern könnte. Dazu zählen auch neue Gesetze und Verordnungen. Würde z.B. das alte, noch unter Saddam Hussein eingeführte Gesetz 150 abgeschafft, das Angestellten im Ölsektor durch die Gleichstellung mit Beamten die gewerkschaftliche Betätigung untersagt, und erkämpften sich die legalisierten Ölgewerkschaften anschließend bessere Tarifverträge, so könnten die Ölmultis verlangen, dass die Betriebe, an denen sie beteiligt sind, davon ausgenommen werden.<sup>9</sup>

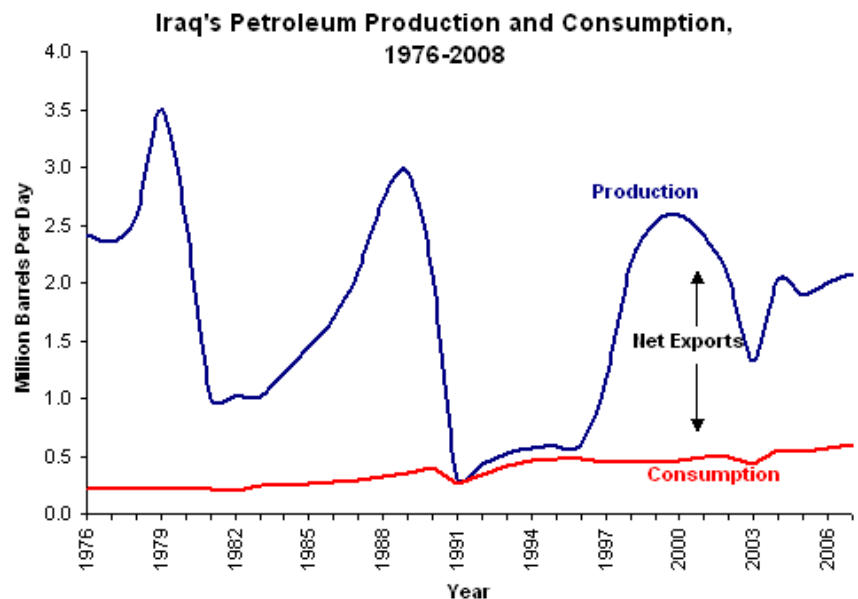
Für die Führungskräfte der staatlichen Ölindustrie, die öffentlich gegen die Auktion opponierten, besteht auch kein Zweifel, dass durch die Vergabe solcher Verträge irakisches Vermögen verschleudert wird. „Wir von der South Oil Company, die gesamte Führung, lehnen die erste Bieterrunde ab, sie ist gegen die Interessen der irakischen Ölindustrie,“ erklärte z.B. Fayal

al-Nema, der Chef des Konzerns, der das Gros des irakischen Öls produziert, gegenüber Reuters. „Die Dienstleistungsverträge werden die irakische Wirtschaft in Ketten legen und ihre Unabhängigkeit für die kommenden 20 Jahre einschränken. Leichtfertig verschleudern sie irakische Einkünfte.“<sup>10</sup>

Al-Nema, der erst vor kurzem die Führung des Konzerns übernommen hat und als loyal zu Ölminister Hussein al-Shahristani galt, schloss sich damit seinen Vorgängern, Jabbar Louaibi und Kifah Numan, an, die wegen ihres Beharrens auf einer eigenständigen, an den nationalen Interessen orientierten Ölproduktion den Hut nehmen mussten.

Der Irak hat seit 2003 über 8 Milliarden Dollar für neues Equipment, Rohölverarbeitungs-Anlagen und neue Ölbohrungen ausgegeben, so al-Nema weiter, und er sollte nichts aus der Hand geben, bevor die Früchte dieser Investitionen geerntet wurden. „Warum sollen wir diese bereits produzierenden Felder zu einer Zeit an internationale Ölkonzerne übergeben, in der wir dabei sind ... die Fördermenge in den nächsten zwei Jahren um 500.000 Barrels pro Tag zu steigern.“

Der Chef-Ingenieur der South Oil Company, Mahmud Abbas, teilte Reuters mit, dass er über 100 Unterschriften unter den leitenden Ingenieuren der Ölindustrie gegen die Auktion gesammelt habe. Und auch im irakischen Parlament herrscht Unmut über die „Einmischung“ der ausländischen Konzerne. Der Öl-Ausschuss besteht darauf, dass solche Verträge nach dem aktuell noch gültigen Recht vom Parlament gebilligt werden müssen und hatte al-Shahristani aufgefordert, die Bieterrunde zu verschieben.



Ölverbrauch und Ölproduktion des Irak, Grafik: Energy Information Administration



Die irakischen Ölgewerkschaften protestierten ebenfalls gegen die Bieterunde. Die „Iraqi Federation of Oil Unions“ (IFOU) sind, obwohl offiziell nicht anerkannt und immer wieder mit staatlicher Repression konfrontiert, die kampfstärksten Gewerkschaften im Irak und haben in der Vergangenheit sich sehr erfolgreich gegen Maßnahmen gewehrt, die die nationale Kontrolle des Ölreichtums beeinträchtigen könnten. Sie befürchten nun einen Rückfall „in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts, wo ausländische Ölfirmen die Ölrésourcen des irakischen Volkes auszubeuten und zu manipulieren“ pflegten. Durch die Verträge werde die irakische Wirtschaft der Lust und Laune ausländischer Konzerne ausgesetzt, sowie den Schwankungen und Spekulationen des Weltmarktes, heißt es in der Erklärung der IFOU. Dies werde die Kontrolle der irakischen Regierung über den Ölreichtums, schwächen und diesen Konzernen ermöglichen, einen erheblichen Einfluss auf das politische und wirtschaftliche Leben Iraks zu nehmen.<sup>11</sup>

Die Gewerkschafter und die anderen nationalistischen Kräfte haben noch einen weiteren Grund, einen Ausbau der Fördermengen zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen: fallen doch im Moment alle Einnahmen in die Verfügungsgewalt der amtierenden korrupten und sektiererischen Regierung und der Besatzungsmacht. Die Sorge, die Öleinnahmen würden dort versacken ist, so der „Iraq Oil Report“, weit verbreitet. „Wir befürchten, dass die Gelder aus den Investitionen in neue Ölquellen in die Taschen der Beamten der irakischen Regierung wandern werden und der Irak daher seine Wirtschaft nicht entwickeln kann“, so z.B. der Bagdader Professor der Wirtschaftswissenschaften Ghanim Mohieddin.<sup>12</sup> Die Öleinnahmen machen 95% der gesamten Staatseinnahmen aus, 2008 ungefähr 62 Milliarden Dollar.

Breites Misstrauen schlägt auch den großen westlichen Öl-Konzernen entgegen, die nach Ansicht der meisten Iraker nur darauf aus sind, „die irakischen Ölrésourcen zu stehlen“. Die Ölgewerkschaft sieht auch keinen Grund ausgerechnet die Dienste dieser Firmen anzufordern. Weit besser wäre dem Irak durch Serviceverträge gedient, mit denen gezielt moderne Technologie und Ausbildung eingekauft werden könne.

Normalerweise werden solche TSCs in der Tat mit Firmen abgeschlossen, die auf bestimmte Aufgaben spezialisiert sind, stellte auch Greg Muttitt von der privatisierungskritischen NGO „Platform“ fest. Die großen Ölkonzerne haben sonst überhaupt kein Interesse daran. Weder BP noch

ExxonMobil führten jemals solche Aufträge in irgendeinem anderen Land aus.<sup>13</sup> Sie streben „Production Sharing Agreements“ (Produktionsteilungsabkommen, PSAs) an, bei denen sie das Risiko beim Kapitaleinsatz voll übernehmen, dafür jedoch die Förderung kontrollieren und über einen saftigen Anteil am Öllexport wesentlich höhere Gewinne erzielen können. Im Irak geht es ihnen im Moment, wo aufgrund der Blockade des neuen Ölgesetzes bessere Abkommen nicht zu erreichen sind, nur darum, einen Fuß in die Tür zu bekommen. BP wollte beim größten irakischen Ölfeld nichts anbrennen lassen und hat zugegriffen. Die anderen setzen darauf, dass Washington und die leeren Kassen die irakische Regierung dazu nötigen werden, ihre Angebote nachzubessern.

Ungeachtet des Gemeales einschlägiger Zeitungen wie Wallstreet Journal, Financial Times oder Handelsblatt über das miserable Angebot der Iraker, sind auch bei den Bedingungen, die nun BP und CNPC akzeptiert haben, satte Gewinne zu machen. Wenn sie die zugesicherte Steigerung des Outputs erreichen, fließen Einnahmen in Höhe von 10 Mrd. Dollar auf ihre Konten<sup>14</sup> – und dies, angesichts der ungeheuren Reserven von leicht zugänglichem Öl, mit geringen Risiken. Das Volumen aller angebotenen Verträge zusammen beträgt ca. 16 Mrd. Dollar.<sup>15</sup>

Da das Gespann BP-CNPC mit 2.850.000 b/d ein Zielniveau für die Förderung anbieten, das viel höher liegt als die vom Ölministerium angestrebten 1.750.000 b/d<sup>16</sup>, hat das Konsortium bereits viel bessere Informationen als das Ministerium über die Möglichkeiten, eine solch hohe Fördererniveau zu erreichen, vermutet der norwegisch-irakische Ölexperte Ahmed M. Jiyad.<sup>17</sup> Gut möglich: BP und die britische „Exploration Consultants Ltd. (ECL)“ hatten 2005 den Auftrag für eine Studie der Lagerstätten in Rumaila erhalten.<sup>18</sup> Und wenn BP/CNPC ihre ursprüngliche Forderung von 3,99 Dollar pro Barrel ohne weiteres auf 2,00 Dollar halbieren konnten, gibt es dann nicht noch weiteren Spielraum nach unten?<sup>19</sup>

### Pattsituation

BP, Exxon Mobil, Royal Dutch Shell, Total, Chevron etc. lauern schon lange auf die Chance zur Rückkehr in das Land, in dem nach Saudi Arabien die weltgrößten Reserven des schwarzen Goldes liegen (115 bis 220 Milliarden Barrel), das zudem von bester Qualität und sehr billig zu fördern ist. Seit 2004 beraten sie bereits die diversen irakischen Regierungen kostenfrei und Mitte 2008 standen sie schon kurz davor,

die ersten Verträge ohne Ausschreibungen zu erhalten. Aufgrund heftiger Kritik im Irak und unverschämter Forderungen der Multis wurden sie schließlich aber wieder annulliert.<sup>20</sup>

### Selbstgeschaffene Sachzwänge

Der Einbruch des Ölpreises jedoch brachte die irakische Regierung nun in massiven Zugzwang. Im aktuellen Haushalt werden dadurch voraussichtlich 25 bis 30 Mrd. Dollar fehlen.<sup>21</sup> Das Parlament ging bei der Verabschiedung des Haushalts davon aus, dass die Löcher mit Mitteln aus den beträchtlichen Reserven gestopft werden können, die sich zwischen 2005 und 2008 aufgrund hoher Ölpreise und der Unfähigkeit der Regierung, die Mehreinnahmen nutzbringend zu investieren, bei der irakischen Zentralbank angesammelt haben – nach Schätzungen des US-amerikanischen Rechnungshofs stolze 47 Milliarden Dollar. Die Zentralbank jedoch, der das von der Besatzungsbehörde unter Paul Bremer erlassene Zentralbank Gesetz Nr. 56 nach neoliberaler Manier völlige Unabhängigkeit von Regierung und Parlament verschaffte<sup>22</sup>, weigert sich strikt Mittel daraus freizugeben.<sup>23</sup>

Die finanzielle Zwangslage ist im Wesentlichen eine hausgemachte Folge der Misswirtschaft der Besatzungsmacht und ihrer Regierungen in den letzten 6 Jahren. Wäre nur ein Teil der für den „Wiederaufbau“ bestimmten Gelder, die spurlos verschwunden oder wirkungslos versackt sind, auf effektive Weise in die Reparatur und Modernisierung der Erdölförderung und -verarbeitung investiert worden, so wären die Förderkapazitäten längst bedeutend höher. Auch die überschüssigen Öleinnahmen zwischen 2005 und 2008 hätten dafür verwendet werden können. (Der Öllexport wurde zwar auch stark durch Aktionen des Widerstands beeinträchtigt. Diese konzentrierten sich jedoch auf die Unterbrechung der Pipelines im Norden.)

Kritiker, wie die Ölgewerkschaften, sehen daher hinter dem mangelnden Ausbau der Ölförderung nicht nur Unfähigkeit, sondern die Absicht das Engagement ausländischer Firmen als unvermeidlich erscheinen zu lassen. „Wir machen das Ölministerium für die aktuelle Situation verantwortlich“, sagte Hassan Juma'a Awad, der Präsident der Iraqi Federation of Oil Unions. Die Verzögerung staatlicher Investitionen habe erst den Zwang geschaffen, ausländische Ölfirmen einzuladen.<sup>24</sup>

### Unfähig oder unwillig – Misswirtschaft unter Besatzung

Dies kann der vorige Chef der South Oil Company bestätigen. Jabbar al-Luaibi, der

sich erfolgreich bemüht hatte, mit den eigenen bescheidenen Mitteln eine Steigerung der Förderung zu erreichen, kritisierte das Ölministerium in einem jüngst erschienenen Interview vernichtend: Es sei die ganzen Jahre über entweder nicht willens oder nicht fähig gewesen, in vernünftiger Zeit dringend benötigte Reparaturmaßnahmen und Ausrüstung zu bewilligen.<sup>25</sup> So wären z.B. beim Bazargan-Ölfeld durch das Missmanagement monatelang 30.000 Barrel Öl am Tag verloren worden, weil das Ministerium erst nach über einem Jahr genötigt werden konnte, die Anschaffung neuer Durchlauf tanks zu bewilligen. Die Tanks kosteten nur 3 bis 4 Millionen Dollar, d.h. gerade soviel, wie durch ihr Fehlen pro Tag an Einnahmen verloren ging. Der Gesamtverlust summierte sich schließlich auf über eine Milliarde Dollar.

Nicht einmal die allernötigste Ausrüstung für die Kontrolle und das Management der angezapften Ölfelder sei ihnen bewilligt worden, so al-Luaibi weiter: Erdölförderung ohne Lagerstätten-Management sei aber wie Autofahren ohne Anzeige auf dem Armaturenbrett und führe zum aktuellen Einbruch der Förderung. Seit 2006 beträgt der Rückgang 400.000 b/d, falls nichts geschieht, rechnet er mit dem Verlust weiterer 200.000 b/d in den nächsten zwei Jahren. „Wenn das so weitergeht ..., müssen wir demnächst womöglich beginnen, Rohöl zu importieren.“<sup>26</sup>

### Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung

Das Ölministerium wird vorwiegend von Leuten geführt, die ihr Amt nicht wegen ihrer fachlichen Qualifikation sondern aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit oder durch Patronage erhielten. Diese stehen zudem unter dem massiven Einfluss der „Berater“ der US-Regierung und der Ölkonzerne. Die Arbeit des Ölministeriums wird zusätzlich gelähmt durch den Konflikt mit den kurdischen Parteien, die die Quellen auf dem von ihnen kontrollierten Territorium in eigener Regie und mit Hilfe ausländischer Konzerne ausbeuten möchten.

Die Ölindustrie selbst leidet unter dem Verlust eines guten Teils ihrer besten Experten, die ins Ausland gingen oder auch gekidnappt und ermordet wurden. Dieser durch die Besetzung verursachte Mangel an erfahrenen Fachleuten dient nun neben dem dringenden Bedarf an Öleinnahmen als Argument dafür, dass ausländische Konzerne den Job übernehmen müssen.

Al-Luaibi kann jedoch zahlreiche Beispiele nennen, wo irakische Firmen dennoch mit relativ wenig Aufwand die Förderquote auch alleine steigern könnten.

So wie beim Rattawi-Ölfeld, wo 2007 für 8 Millionen Dollar eine neue Anlage mit einer Fördermenge von 30.000 b/d hingestellt wurde. Hätte man den Auftrag ausländischen Firmen übergeben, hätte dies nach seiner Schätzung rund 4 Milliarden Dollar gekostet. Er hat dem Ölminister einen 2-Jahresplan unterbreitet, der durch den Ausbau geeigneter Quellen eine problemlose Steigerung des Outputs um insgesamt 300.000 bis 350.000 b/d ermöglichen würde und dies für nicht mehr als 500 Millionen Dollar – soviel wie diese Menge nach aktuellen Preisen in einem Monat an Mehreinnahmen einspielen würde. Er sieht daher so wenig wie die aktuelle Führung der staatlichen Ölkonzerne eine zwingende Notwendigkeit, jetzt im großen Stil Ölmultis ins Land zu holen und dafür Milliarden aus den Öleinnahmen auf deren Konten umzuleiten.<sup>27</sup>

Auch unabhängige Experten wie Greg Muttitt sehen große Nachteile darin, aus-

gerechnet jetzt, wo die irakische Regierung schwach ist, in massiver Finanznot steckt und keine Erfahrung mit juristisch ausgefeiltesten Ölfirmen hat, langfristige Verträge abzuschließen. Sie raten ebenfalls, die Fördermengen langsamer zu erhöhen und sich dabei auf die Restaurierung der bereits produzierenden Ölfelder Rumaila und Kirkuk und die erst teilweise erschlossenen „Super-giant“-Felder Majnoon und West Qurna zu konzentrieren. Diese Arbeit liegt auch ihrer Ansicht nach völlig innerhalb der Möglichkeiten irakischer Firmen, in einzelnen Fällen unterstützt durch spezialisierte ausländische Wartungsfirmen. Außerdem empfehlen sie die eigenen Kapazitäten dadurch zu fördern, dass man die abgewanderten oder geflohenen Ölexperten, die heute z.T. hohe Positionen in internationalen Gremien und Firmen besetzen, durch attraktive Angebote und ausreichende Garantien für ihre Sicherheit zur Rückkehr bewegt.<sup>28</sup>

All dies nützt allerdings wenig: solange die



US-Verteidigungsminister Robert M. Gates und der Kommandeur der Streitkräfte im Irak, General Raymond Odierno, in Bagdad, Foto: US Air Force, Sgt. Jerry Morrison

Besatzungsmacht und eine abhängige, korrupte und Gruppeninteressen verfolgende Regierung am Ruder sind, wird der Ölreichtum weiterhin nur tröpfchenweise bei der Bevölkerung ankommen. Wie viel Öl tatsächlich exportiert werden kann, ist auch eine politische Frage. Da ein erheblicher Teil der Einnahmen in den Krieg gegen die Opposition im Land fließt, werden Widerstandsgruppen auch weiterhin bestrebt sein, den Export durch Anschläge auf Pipelines zu sabotieren.

### Widerstand bleibt stark

Die Gegner eines breiten Einstiegs von „Big Oil“ haben jedenfalls gute Argumente und die weitere Entwicklung ist nicht ausgemacht. Selbst der Vertrag mit dem von BP geführten Konsortium ist noch nicht unter Dach und Fach. BP drängt auf einen Vertragsabschluss im August. Der anhaltende Widerstand aus der Ölindustrie und dem Parlament dürfte ihn jedoch noch weiter verzögern.

Und auch dann wäre noch nicht alles entschieden. Die Bewegung des schiitischen Klerikers Muqtada al-Sadr hat angekündigt, es werde „eine starke entschlossene Reaktion unsererseits geben und wir werden die Arbeit dieser Firmen stoppen.“ Und auch die Union der Ölgewerkschaften droht mit physischem Widerstand: „Die Gewerkschaft wird Proteste und Streiks organisieren, sobald die ausländischen Firmen in Basra eintreffen“, versicherte Generalsekretär Faleh Abood Umara.<sup>29</sup>

Einen Vorgeschmack auf massive Proteste von unten lieferte im April der Aufstand einiger Dörfer in der Provinz Wasit gegen die CNPC. Der chinesische Staatskonzern hat als erste ausländische Firma seit der Invasion einen Auftrag im Irak erhalten, indem ein alter Servicevertrag aus der Saddam-Ära wieder auferweckt wurde. Er ist nun dabei, für 3 Milliarden Dollar die Ölförderung aus dem Ahdad-Ölfeld in Wasit auszubauen. Wenige Monate nachdem er die Arbeit aufgenommen hatte, entlud sich jedoch die Wut der Dorfbewohner im Umkreis des Ölfelds darüber, dass sie bei den Jobs benachteiligt oder völlig übergangen wurden, durch Sabotage an Einrichtungen und Abtransport von Material und Maschinen.<sup>30</sup>

Die Leute sind zornig, daher stehlen sie Elektrizitätskabel und Generatoren vom Ölfeld, erklärte Abu Koraichi, ein Farmer, dessen Land nicht weit davon entfernt liegt. Ihnen seien Schulen, Straßen und Moscheen versprochen worden, sie hätten aber bisher nichts davon gesehen. „Sie werden niemand davon abhalten können, Anschläge auf das Ölfeld durchzuführen.“ Der Schaden sum-

mierte sich im April bereits auf eine Million Dollar. Die Erfahrungen dort geben nun der weit verbreiteten Sorge Nahrung, dass „der Ölreichtum dahinschwenden könnte“, ohne dass sich an der „verkrüppelten Infrastruktur und der Armut im Land was ändert“.<sup>31</sup>

Alles in allem keine guten Bedingungen für die nächste Bieterunde, bei der auch Verträge für noch unerschlossene Ölfelder angeboten werden sollen. Sie war ursprünglich für Dezember geplant, wird sich vermutlich jedoch hinauszögern. Die Besatzungsmacht und die Ölkonzerne haben offensichtlich noch ein weites Stück Weg vor sich. Ob sie je ankommen werden, bleibt offen. Solange diese Auseinandersetzung jedoch andauert, ist mit einem baldigen Abzug der US-Truppen nicht zu rechnen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Siehe J. Guilliard, Obamas Besatzungsplan, junge Welt, 20.03.2009

<sup>2</sup> Nach massivem Druck aus Washington wird zudem das für Juli vorgesehene Referendum über das Abkommen, wenn überhaupt, erst Anfang 2010 stattfinden. Erst die Vereinbarung dieses Referendums hatte dem Abkommen zur Mehrheit verholfen.

<sup>3</sup> Siehe J. Guilliard, Neoliberaler Kolonialismus im Irak, Friedensforum Juni/Juli 2009

<sup>4</sup> Siehe FACTBOX – Iraq's oil service contracts, Reuters, 26.6.2009. Einen detaillierten Überblick gibt Ruba Husari, „The Model Producing Oil Field Technical Service Contract (PFTSC): An Overview“, Middle East Economic Survey, VOL. LII, No 26, 6-Jul-2009

<sup>5</sup> Siehe Erklärung des irakischen Ölministeriums vom 30.6.2009, <http://images.businessweek.com/extras/09/06/iraqidrumailajune3009.pdf>

<sup>6</sup> Ruba Husari, Interview with Thamir Al-Ghadban, Iraq Oil Forum, 29.4.2009

<sup>7</sup> Thamir Al-Ghadban erläutert dies im o.g. Interview detailliert.

<sup>8</sup> „Lieber gucken als bieten“, Financial Times Deutschland, 01.07.2009

<sup>9</sup> Siehe Greg Muttitt, Iraq's Oil Field Bid Rounds – Development Or 'Stabilization?', Middle East Economic Survey, VOL. LII, No 19, 11.5.2009

<sup>10</sup> Iraq oil execs rebel over contract tenders, Reuters, 15.6.2009

<sup>11</sup> Ben Lando, Nizar Latif, One oil field awarded, many questions remain, Iraq Oil Report, 30.6.2009

<sup>12</sup> Big, careful steps, Iraq Oil Report, 14.7.2009

<sup>13</sup> Siehe Greg Muttitt, Iraq's Oil Field Bid Rounds – Development Or 'Stabilization' a.a.O.

<sup>14</sup> 6 Jahre lang durchschn. 400.000 b/d Mehrförderung ergäbe 1,75 Mrd, 16 Jahre lang das angestrebte Mehr von 850.000 b/d 8,7 Mrd. Dollar.

<sup>15</sup> Iraqi Oil: Companies Demand More Money To Accept Bids, AP, 30.6.2009

<sup>16</sup> Information on Contract Areas, Iraq Oil Ministry Data, Iraq Oil Forum, [www.Iraqoilforum.com](http://www.Iraqoilforum.com)

<sup>17</sup> Ahmed Mousa Jiyad, Preliminary remarks on Rumaila oilfield bid, Kommentar zu One oil

field awarded, many questions remain, Iraq Oil Report, 30.6.2009

<sup>18</sup> Siehe „Iraq Awards Studies for Top Reservoirs“, International Oil Daily, 18.1.2005 und Ruba Husari, The BP Prize, Iraq Oil Forum, 7.7.2009

<sup>19</sup> Fadhel Othman, Bid Round Aftermath, Iraq Oil Forum, 14.7.2009

<sup>20</sup> Siehe das Kapitel „Öl-Nationalismus“ in meinen Artikel Irak: Besatzungsende nicht in Sicht, in: AUSDRUCK (Dezember 2008)

<sup>21</sup> Going Into Debt To Cover Budget Deficit, Musings on Iraq, 21.5.2009

<sup>22</sup> Siehe Regulations and Orders, Coalition Provisional Authority (CPA) und „Das irakische Banksystem - Nach dem Sturz von Saddam Husseins musste das irakische Banksystem für die internationalen Finanzmärkte fit gemacht werden“, WPI Wirtschaftsplattform Irak, 16.2.2009

<sup>23</sup> „Central Bank of Iraq (CBI) declined government's request to borrow from Reserved funds“, IRAQdirectory.com, 5.5.2009, Iraq not to tap hard cash reserves despite fall in oil prices, Azzaman, 27.4.2009

<sup>24</sup> Ben Lando u.a, Workers rebel, Iraq Oil Report, 17.7.2009

<sup>25</sup> Ruba Husari, Interview with Jabbar Al-Luaibi, Iraq Oil Forum, 20.5.2009,

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Siehe Greg Muttitt, Iraq's Oil Field Bid Rounds – Development Or 'Stabilization' a.a.O.

<sup>29</sup> Ben Lando u.a, Workers rebel, Iraq Oil Report, 17.7.2009

<sup>30</sup> Ben Lando, A Chinese Lesson in Iraqi Oil Exploration, Time Magazine, 26.6.2009

<sup>31</sup> Nizar Latif, Phil Sands, Oil company on shaky ground, The National (Abu Dhabi), 5.7.2009



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de), Tel. 07071/49154